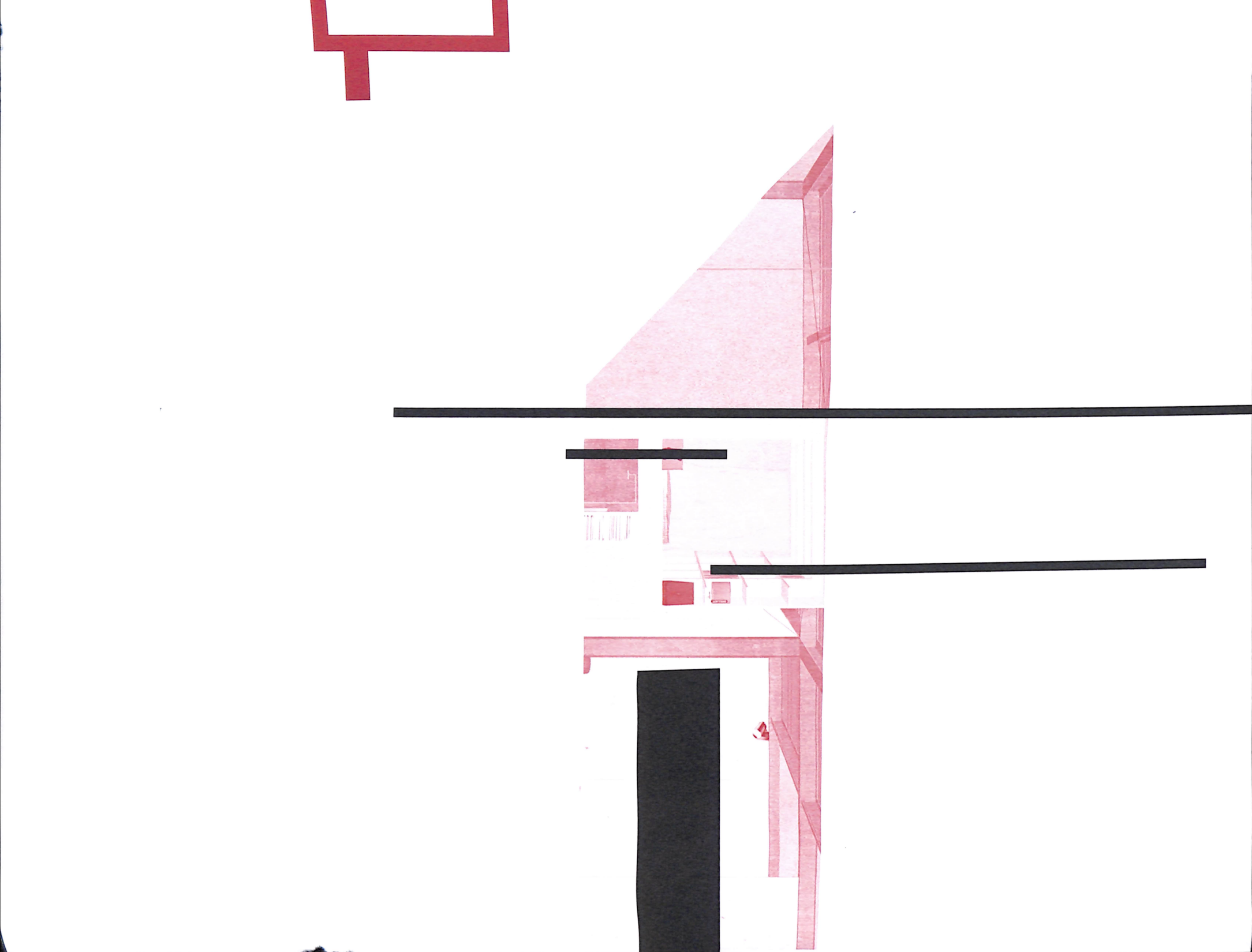
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Kritik

Nr. 2.16 · Dez 2016 · 55. Jhg.

Frankfurter Student_innenzeitschrift. Bis 08 gratis, ansonsten 2,5 Euro



INHALT

EDITORIAL 5

VORWORT 6

FRAGMENTARISCHES ZUR ORGANISATIONSFRAGE 8

DER HALBIERTE BLICK 12

DIE RÄTEORGANISATION IST KOMMUNISTISCHE PRODUKTION IST KULTURREVOLUTION 21

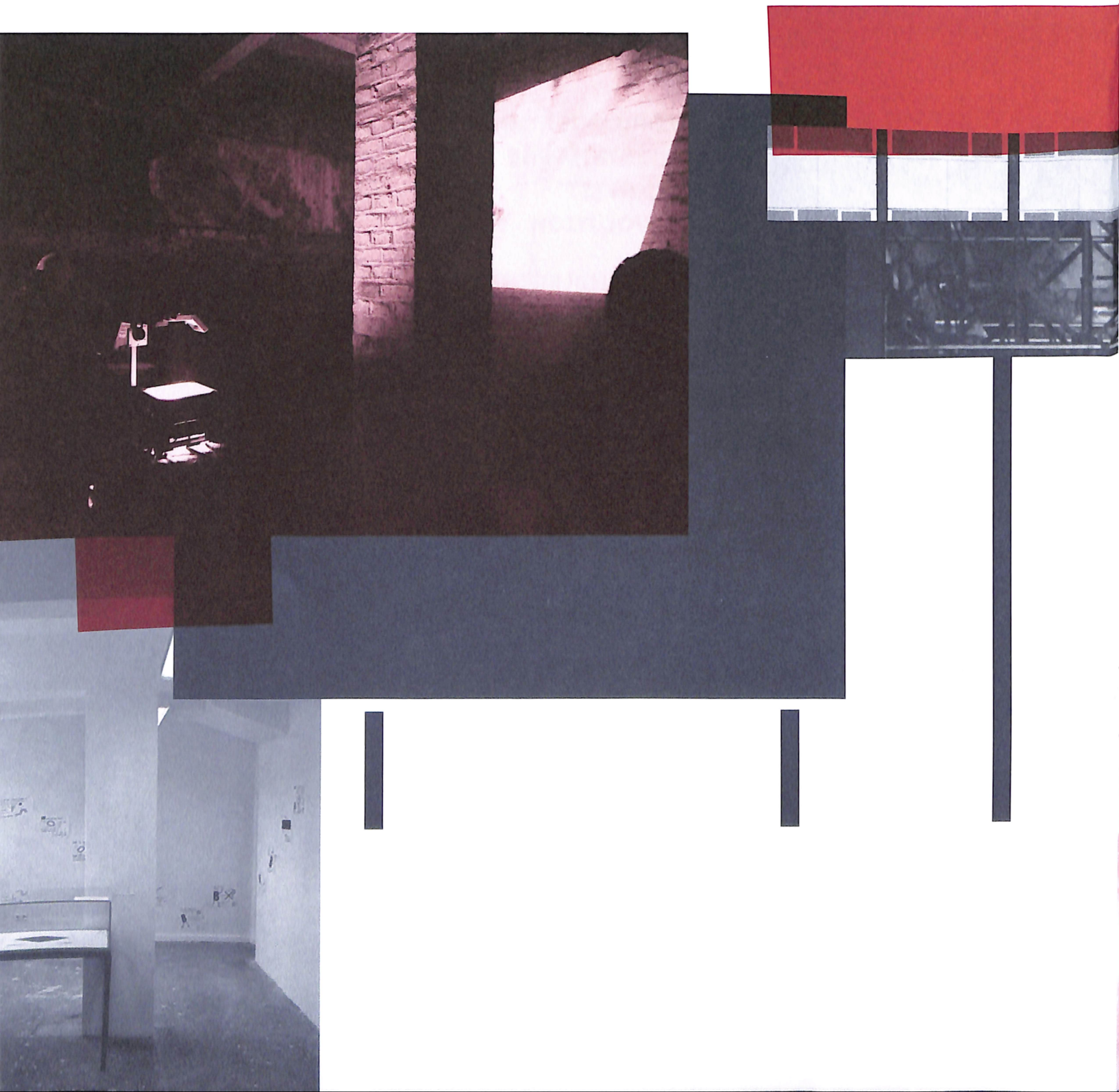
FÜR EINE GRUNDLEGENDE NEUAUSRICHTUNG LINKSRADIKALER POLITIK 30

DIE HÖCHSTE FORM DER SELBSTTÄGIGKEIT IST IHRE ORGANISIERTE FORM 39

KLASSE, ORGANISATION UND DETERMINATION 46

GLOSSAR-ARBEITSFELD 52

NACHWORT 54



EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

Strategiepapiere und deren Diskussion haben eine lange Tradition in der *diskus*: Wir erinnern nur an die Ausgabe *Jenseits des Hauptwiderspruchs… die Nebenwidersprüche antworten ums Ganze!*, die sich umfassend mit der kritischen Reflexion der Staatsbroschüre von *…ums Ganze* beschäftigt. Das vorliegende Heft haben wir der *Antifa Kritik und Klassenkampf (AKK)* überlassen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Strategiepapier *Der kommende Aufprall* zu diskutieren – und um als diskus-Redaktion mehr Zeit für die Selbstfindung zu haben.

Weder die *diskus*-Redaktion noch die Herausgeber_innen sind für den Inhalt des Heftes verantwortlich. Dennoch teilen wir die selbstkritische Diagnose der *AKK*, dass die gegenwärtige linksradikale Praxis unzureichend mit der Alltagswirklichkeit verbunden ist und der Anspruch des Antikapitalismus dadurch oft zum unreflektierten Traditionsbestand oder zur leeren Phrase verkommt. Ein theoretisches und praktisches Vorankommen in der Organisationsfrage finden wir deshalb wichtig. In der Hoffnung, dieses Heft könne einen Beitrag dazu leisten, haben wir es der *AKK* zur freien Gestaltung übergeben. Ob das gelungen ist, ist innerhalb der *diskus*-Redaktion umstritten.
Vorerst erteilt sich die *AKK* hier das letzte Wort. Falls es Leser_innen nach der Lektüre in den Fingern juckt, weiter zu streiten, freuen wir uns über kritische Kommentare, die wir in unserem nächsten, von uns gestalteten Heft gerne im Bereich *Garip Dünya* abdrucken werden: diskus@copyriot.com.

Wir wünschen Euch viel Spaß bei der Lektüre,

Eure diskus-Redaktion

VORWORT

Seit der Publikation unseres Strategiepapiers *Der kommende Aufprall*[1] sind bereits mehr als anderthalb Jahre vergangen. In dieser Zeit waren wir in Städten unterwegs, um das Papier vorzustellen und haben mit einigen Genoss_innen fruchtbare Diskussionen über linke Strategien geführt. Dennoch mussten wir feststellen, dass Strategiepapiere in der Linken zwar gerne diskutiert werden und es auch gewisse Konjunkturen für solche Debatten zu geben scheint, wirklich ernsthafte Konsequenzen sich meist aber nicht daraus ergeben. So haben Genoss_innen in Kiel ein Dokument erstellt, das mehr als fünfzehn in den letzten beiden Jahren erschienene linksradikale Strategiepapiere aufzählt. Es war uns ein Anliegen, zumindest die vorliegenden Kritiken und Ergänzungen zu unserem Papier gesammelt herauszugeben, um so zumindest Teile unserer Diskussionen für die Nachwelt festgehalten zu haben und auch nicht direkt an der Debatte beteiligten Menschen die Möglichkeit zu geben, diese nachzuvollziehen. Wir freuen uns daher sehr, dass die Redaktion der *diskus* uns eine Ausgabe ihrer traditionsreichen Zeitschrift zu Verfügung gestellt hat und wir so dieses Anliegen in die Tat umsetzen konnten.

Am 30. April 2015 stellten wir im Frankfurter Klapperfeld zum ersten Mal unsere Thesen vor einem größeren Publikum auf die Probe. Wir diskutierten an diesem Abend zusammen mit der *Basisgruppe Antifaschismus* aus Bremen[2] und den *Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft* aus Berlin sozialrevolutionäre Strategien im Allgemeinen und unser Papier im Besonderen[3]. Der Beitrag zum Podium des Genossen aus Berlin liegt schriftlich in diesem Heft vor. In dem Text arbeitet der Genosse drei Punkte seines Dissens mit unserem Papier heraus. Das Ausbleiben proletarischer Kämpfe könne erstens nicht nur auf ein Strategiedefizit der Linken zurückgeführt werden, zweitens werde nicht deutlich, was im Zeitalter der digitalen Vernetzung der Nutzen einer die proletarischen Kämpfe verbindenden Organisation sein könnte und drittens neigten wir zum Organisationsfetisch, denn revolutionäre Strategien sind bei weitem nicht auf Organisationsfragen zu reduzieren, so die Kritik in dem Beitrag.

In unserem Text haben wir die Bedeutung von Kämpfen im Bereich der gesellschaftlichen Reproduktion hervorgehoben: Bestimmte kapitalistische Entwicklungstendenzen führen dazu, dass ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit auf diesen Bereich entfällt, weshalb das Kapital dort auch besonders angreifbar wird. Der Bereich der Reproduktions-

arbeit ist ein klassisches Feld feministischer Kämpfe, deren Bedeutung für eine kommunistische Strategie und Praxis wir unterstrichen. Drei Genoss_innen von der *translib* Leipzig* stellten dies auf die Probe und kamen zu dem Ergebnis, dass feministische Kämpfe in unserem Papier zu stark auf ökonomische Aspekte reduziert seien und andere Dimensionen des Feminismus so unterbelichtet blieben. In ihrem Beitrag *Der halbierte Blick* haben sie ihre feministische Kritik an unserem Papier dargelegt.

Emanuel Kapfinger geht in seinem Beitrag auf einen weiteren im *kommenden Aufprall* zwar angerissenen aber nicht ausbuchstabierten Aspekt ein: den der Selbstverwaltung. Dabei geht er sowohl auf Aspekte der Ökonomie, der Politik und der Kultur ein. Auch der Frage, was ausgelassenes Feiern mit der Revolution zu tun hat, wird in seinem Text nachgegangen. Diese Kulturrevolutionäre Aspekte der gesellschaftlichen und individuellen Befreiung kommen auch in dem Text *Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik* des Kollektivs aus Bremen zur Sprache. Auch ihnen geht unsere Kritik nicht weit genug. Eine revolutionäre Strategie auf der Höhe der Zeit müsse schon bedenken, dass das Kapital heute alle Sphären der Gesellschaft eingenommen hab und es daher nicht nur auf Kampfstrategien im ökonomischen Bereich ankomme. Wir haben uns ganz besonders über den Text aus Bremen gefreut, weil die Genoss_innen hier praktische und theoretische Überlegungen vorgelegt haben, die den unseren sehr, sehr nahe stehen. Gerade zu einem Zeitpunkt, an dem unsere Diskussionen mit anderen Linken abklangen und wir uns fragten, wie es nun weitergehen könnte, kamen diese Genoss_innen aus einer anderen Stadt und völlig unabhängig zu ähnlichen strategischen Einsichten und brachten so frische Energie in die Diskussion und forderten ein, dass es bei dieser nicht bleiben könne.

Lenin bemerkte in seiner Schrift *Staat und Revolution* einmal, dass sein Idealbild des Sozialismus in der Umgestaltung der ganzen Gesellschaft in eine Fabrik liege. Aufgrund einer Fußnote am Ende unseres Textes wurden wir von einigen Leuten so verstanden, als würden wir die fordistische Variante dieser Idee vertreten. Statt die Gesellschaft in eine Fabrik zu verwandeln, würden wir diese nun in ein riesiges (sozialistisches) Büro transformieren wollen. Wir haben aber niemals eine Neugründung des *Sozialistischen Büros* vorgeschlagen. Dies wäre uns schon aufgrund dessen größtenteils linkssozialdemokratischen Programms zuwider. Vielmehr ging es uns darum, den vom SB entwickelten aber niemals vollständig umgesetzten »Arbeitsfeldansatz« für die heutige Organisationsdebatte fruchtbar zu machen. Nach der Veröffentlichung entdeckten wir, dass das *Hans-Jürgen-Krahl-Institut* bereits während des … *ums Ganze*-Kongresses im Jahr 2010 eine ganz ähnlichen Vorschlag gemacht und sich auch ansonsten bereits eingehend mit diesem Organisationsansatz auseinandergesetzt hat. In ihrem Artikel *Zur Kritik des Sozialistischen Büros* sowie in einem ans Ende gestellten Glossar stellen sie den Stand ihrer aktuellen Auseinandersetzung mit diesem Thema vor.

Der letzte Text von Florian Geisler und Alex Struwe aus dem Umfeld der *diskus*-Redaktion widmet sich einigen Grechtenfragen der Theorie, die unser Papier mit sich bringt, und will einen Beitrag zur Lösung dieser leisten. Ähnlich wie die *translib* sehen sie Mängel in dem von uns in unserem Papier verwendeten Totalitätsbegriff.

Das Heft wird abgeschlossen mit einem von uns verfassten Nachwort, in dem wir auf einige der in den Artikeln geäußerten Kritikpunkte eingehen. Abschließend werfen wir einige weitere Fragen bezüglich des weiteren Vorgehens in der Debatte um sozialrevolutionäre Strategie und Organisierung auf. Wir hoffen, in diesen mit interessierten Genoss_innen weiterzukommen und wünschen Euch nun eine anregende Lektüre!

Es ist übrigens zwar sinnvoll zur Lektüre dieser Ausgabe unser Strategiepapier zu kennen, seine Kenntnis ist aber keine zwingende Voraussetzung zum Verständnis der hier enthaltenen Artikel. Sie stehen für sich und bieten auch so interessante Einblick in einige Evergreens linker Debatten.

Ein weiteres Dankeschön gilt der *Realism Working Group* aus Frankfurt. Diese hat das ästhetische Konzept dieses Heftes erarbeitet und einen kleinen Beitrag verfasst, in dem sie dieses vorstellen.

***.notes**

1 Das Strategiepapier *Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise* findet Ihr auf unserer Homepage unter: http://akkffm.blogsport.de/images/DerkommendeAufprall.pdf

2 Die BA Bremen ist leider mit keinem Beitrag in dieser Ausgabe vertreten. Die BA hat aber unlängst einige *Thesen zur Strategie in sozialen Kämpfen* vorgelegt, die einen sehr wertvollen Beitrag zur linken Strategiedebatte bilden. Der Text findet sich online unter: http://basisgruppe-antifa.org/wp/2016/10/03/thesen-zur-strategie-in-sozialen-kaempfen/.

3 Der Mitschnitt dieser Diskussion findet sich im Netz unter: https://archive.org/details/DerKommendeAufprall1Podium https://archive.org/details/DerKommendeAufprall1Diskussion.

FRAGMENTARISCHES ZUR ORGANISATIONSFRAGE

Dass die Frage der Organisierung keine sekundäre ist, die der eigentlich wichtigen revolutionären Theorie äußerlich bleiben könnte, und dass überhaupt keine revolutionäre Praxis denkbar ist, die nicht wenigstens implizit auch die Organisationsfrage stellt, das hat Georg Lukács 1923 auch jenen revolutionären Linken ins Stammbuch geschrieben, die aus guten Gründen mit Lukács' eigener Antwort auf die Organisationsfrage – mit der Partei – nichts anfangen können und wollen (Lukács 1988: 452ff.).

Wenn auch die andere traditionelle Antwort auf die Organisationsfrage – die Räte – historisch fragwürdig geworden sind, wie wir an andere Stelle ausgeführt haben, dann ist guter Rat teuer (FuFdkG 2014: 78ff.). Insofern können wir, die *Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft*, die Initiative der *Antifa Kritik und Klassenkampf* zu einer erneuten Diskussion der Organisationfrage nur begrüßen.

In Eurem Papier *Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise* geht Ihr einen weiten Weg, bevor Ihr aus breit ausgreifenden theoretischen und strategischen Überlegungen im letzten Absatz des Papiers praktisch-organisatorische Schlüsse zieht. Um zu einer »politisch-strategischen Neuorientierung« der radikalen Linken jenseits von Event-Politik und reiner Kritik zu gelangen, wird zunächst ausführlich die aktuelle Krisendynamik unter die Lupe genommen (AKK 2015: 3). Mit den Thesen zur Krise, so wie sie in dem Papier vertreten werden, sind wir nahezu vollständig einverstanden. Dem folgt im Papier eine lange Auseinandersetzung mit dem Begriff der Klasse: von der strategischen Notwendigkeit, die »Träger_innen sozialrevolutionärer Veränderung« (AKK 2015: 10) als handlungsmächtiges Subjekt zu bestimmen, bis hin zu einer Klärung der Begriffe Klassenkampf und Klassenbewusstsein. Auch mit diesen Erörterungen sind wir grundsätzlich einverstanden; die Kritik an der Zurückweisung des Klassenbegriffs durch das *...umsGanze-Bündnis*, deren Formulierung fürs organisatorisch-theoretische Selbstverständ-

nis der *AKK* sicher ein wichtiger Schritt war, haben wir auch aus größerer organisatorischer Distanz sehr gern gelesen. Die Zuspitzung des Begriffs des Klassenbewusstseins auf den der »radikalen Bedürfnisse« (AKK 015: 16) hat uns sehr eingeleuchtet – vor allem auch deshalb, weil genau diese Zuspitzung eine theoretisch begründete Neuausrichtung aktueller Debatten um Care-Arbeit erlaubt, wie das Papier zeigt.

Nun können allgemeine Zustimmung und ostentativ betonte Gemeinsamkeiten – so hat das *Hans-Jürgen-Krahl-Institut* in seiner Kritik zu der Frankfurter Diskussionsveranstaltung des Aufprall-Papiers am 30.4.2015 hervorgehoben – in der Linken schon im Vorhinein fast als Garant dafür gelten, dass eine Diskussion folgenlos bleibt. Deshalb sollen im Folgenden nun drei Punkte des Dissenses markiert werden, die sich allesamt auf den letzten Abschnitt Eures Papiers beziehen, und hier eigentlich auch nur auf die letzten drei Seiten, in denen Ihr positiv einen Organisationsvorschlag unterbreitet – denn auch Eure Kritik an der vorherrschenden Event-Politik einer Linken, die jeden Kontakt zu der Lebenswirklichkeit der Proletarisierten (und zu ihrer eigenen Proletarität) verloren hat, teilen wir selbstverständlich.

Eure Vorschläge sind erfreulich konkret – und setzten sich damit sehenden Auges der Gefahr aus, angegriffen oder, wie Ihr schreibt, gar lächerlich gefunden zu werden. Lächerlich finden wir an Eurem Papier gar nichts; vor allem gefällt uns, dass Ihr nicht vollkommen geschichtsvergessen so tut, als könntet Ihr die ganze Organisationsfrage ganz neu erfinden. Wenn Ihr das *Sozialistische Büro (SB)* als Ansatzpunkt einer neuen Runde der Organisationsdebatte heranzieht, was auch wir – oder wenigstens einige von uns – prinzipiell oder potentiell ›fruchtbar‹ finden, sollte man aber vielleicht auch gleich bereits vorliegende Kritiken am *SB* und dessen *Arbeitsfeldansatz* mitdiskutieren. Denn ob das Versanden des *SB* im reformistischen Kleinklein tatsächlich nur oder auch nur vor allem dem konterrevolutionären Angriff nach 1977 geschuldet war, oder sich nicht auch den inneren Grenzen des Ansatzes selbst verdankte, ist doch wenigstens fraglich.

Insgesamt – das noch vorweg – hat uns Euer Organisationsvorschlag in gewisser Weise auch kalt erwischt. Natürlich schlagen wir uns in unserem engeren und weiteren Umfeld selbst mit Organisationsproblemen aller Art herum; eine irgendwie theoretisch gestützte Position dazu – also eben: »Methodisches zur Organisationsfrage« – haben wir aber nicht anzubieten. Insofern können wir auch nur einzelne Kritikpunkte aufzeigen, die sich selbst aber nicht zu einem kohärenten Ganzen oder gar einem Gegenentwurf zusammenfügen. Und weil selbst die Punkte des Dissenses, die wir hier formulieren, innerhalb unserer Gruppe nicht alle von einem Konsens getragen sind, werden sie auch nur von *Einem von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft* unterzeichnet. Sie sind mehr als Einzelmeinung, weil alle innerhalb der Gruppe diskutiert, stehen aber eben auch nicht für eine Gruppenposition, weil wir eine solche an diesem Punkt nicht vorzuweisen haben.

NUN ABER ZU UNSEREN KRITIKPUNKTEN

1. Ihr stellt zutreffend fest, dass die epochale Krise, die das kapitalistische System in globalem Maßstab seit nun demnächst zehn Jahren chaotisiert, in Deutschland bisher keine neuen Kämpfe der Proletarisierten hervorgetrieben hätte, die der Krisendynamik adäquat wären. Die Kämpfe wiederum, die es trotzdem ja gab und gibt, blieben untereinander ohne Bezug und kämen – abgesehen von lokalen Unterstützungsaktionen – auch nie wirklich auf den Schirm einer radikalen Linken. Diese habe sich stattdessen darauf verlegt, sich ihre Krisenproteste in Form von Kampagnen und Aktionstagen gleich selbst zu erfinden (und sich dann den Kopf über deren Folgenlosigkeit zu zerbrechen).

Statt das Ausbleiben übergreifender Kämpfe und Proteste nun zu beklagen (und dann – was Ihr nicht tut, was aber für viele Linke in Deutschland immer noch plausibel zu sein scheint – auf den deutschen Sozialcharakter zurückzuführen), schlagen wir vor, erst einmal nüchtern zu analysieren, warum das so ist. Es gibt, wie Ihr selbst im Abschnitt über den »Wettbewerbs- und Krisenkorporatismus« (AKK 2015: 6) des DGB andeutet, offenbar immer noch genug gute Gründe, warum den meisten Proletarier_innen in Deutschland ihr (relativ sicherer) Arbeitsplatz näher ist als die Not der Klassenbrüder und -schwestern in Griechenland.

In Eurem Papier klingt – negativ gebrochen – ein Organisationsoptimismus durch, den wir in Frage stellen würden. Das Fehlen einer übergreifenden proletarischen Kampfperspektive kann nicht bloß auf ein Strategiedefizit oder eine Organisierungsschwäche der Linken zurückgeführt werden. Das würde die Rolle überschätzen, die selbst eine gut organisierte Linke in einer Krise bestenfalls spielen könnte.

Statt also eine bloß organisatorische ›Vernetzung‹ voranzutreiben, müssen wir untersuchen, wie die Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Klassensegmente und -fraktionen konkret ›vernetzt‹ sind: wie sie zusammenhängen, wo sie ineinandergreifen – und wo eben nicht. Statt einfach zu unterstellen, dass die Interessen und Bedürfnisse aller Proletarisierten schon qua Proletarisierung letztlich zusammengehen, müsste konkret aufgezeigt werden, wie und warum die Streiks der Prekären bei Amazon, die Kämpfe von Mieter_innen, die Proteste von Refugees und der Streik der Lokführer_innen tatsächlich konvergieren – und wo eben nicht. Mit einer solchen Klassenanalyse der Kämpfe und ihres Ausbleibens – eine Analyse, die auch im Hinblick auf die erstarkenden rechtspopulistischen und rassistischen Bewegungen von Nöten wäre – könnte das Wort ›Vernetzung‹ gut materialistisch geerdet und so auch vor einer Fetischisierung zum neuen Allheilmittel bewahrt werden.

Gegen alles ›Politisieren‹ der Krise und gegen die Suche nach immer neuen Subjekten der Revolte hat sich für uns bisher – leider, könnte man sagen – eher ein ultra-mattickistischer Objektivismus bewährt, der durchaus davon ausgeht, dass es nur die Krisenhaftigkeit des Kapitals selbst sein kann, die es den Prolet_innen irgendwann möglich machen wird, das Kapital zum

Teufel zu jagen, dass diese Krisenhaftigkeit sich aber nur sehr begrenzt durch Interventionen beeinflussen oder forcieren lässt: weder keynesianisch-systemerhaltend noch sozialrevolutionär-systemsprengend. Wir sind uns im Klaren darüber, dass das jetzt arg defätistisch klingt. Was wir als eine radikale Linke tun können, ist daran mitzuwirken, dass sich proletarische Anspruchshaltungen in der Krise eher forcieren, statt sich mit dem Blick auf das Gesamtwohl vorauseilend immer schon zu mäßigen. Da es aber für die Proletarisierten vor allem auch immer um das eigene Überleben geht, sind auch diesem Impuls der Verschärfung enge Grenzen gesetzt, wenn sich gleichzeitig nirgendwo eine Perspektive über den bestehenden Schlamassel hinaus eröffnet. Eine solche Perspektive aber können wir – die wie auch immer bestimmte radikale Linke – jenseits unserer völlig marginalisierten Diskussionen gerade nicht anbieten, und wir tun gut dran, das klar zu sehen und offen einzubekennen.

2. Bei dem Drei-Schichten-Modell, das Ihr am Ende Eures Papiers vorschlagt, hapert es – das schreibt Ihr selbst, und deshalb stellt Ihr ja überhaupt auch nur Eure ›strategischen Überlegungen‹ an – schon auf der ersten Ebene, der Ebene der lokalen Kämpfe. Darüber hinaus aber stellt sich die Frage, was die überregionale Vernetzung und dann schließlich die Bündelung in einem Büro genau bringen sollen, bzw. welche der gegenwärtigen Mängel und Fehler damit genau behoben werden sollen. Liegt die Misere der Gegenwart wirklich darin begründet, dass den lokal Kämpfenden eine weitergehende Perspektive fehlt? Die Vorstellung von einer »chinesische[n] Mauer«, die es »zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits [und] weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits« gebe und die durchbrochen werden müsste (SB 1973: 11), scheint uns jedenfalls ein bisschen schematisch zu sein – und sie war es vielleicht auch schon 1973, als sie vom *SB* formuliert wurde. In den Mietkämpfen oder bei den Refugee-Protesten in Berlin in den letzten Jahren etwa war und ist es nicht so, dass die dort agierenden Leute bloß bis zu ihrem jeweiligen Tellerrand gucken. Bei den entsprechenden Veranstaltungen geht es vielmehr die ganze Zeit darum, wie entscheidend es wäre, die jeweiligen Kämpfe auf einen globalen Gesamtzusammenhang zu beziehen. Dass dieser Zusammenhang oft eher vermurkst hergestellt wird und auf modische Neoliberalismus-Schelte oder aber das Recycling eines modrigen Anti-Imperialismus hinausläuft, steht auf einem anderen Blatt. Dass wir bei solchen Gelegenheiten dann intervenieren müssen, steht außer Frage; ob die fälligen Interventionen allerdings wirklich in der Forderung nach einer weitergehenden Vernetzung oder der Eröffnung weitgespannter Perspektiven bestehen werden, oder nicht doch vielmehr im Kleinklein bärbeißiger (Ideologie-) Kritik, wäre zu sehen.

Bei anderen Kämpfen wird es sicher anders aussehen. Bei vielen betrieblichen oder Branchenkämpfen wird der Bezug auf eine weitere Perspektive noch deutlich eingeschränkter sein; da kämpft jede Branche, Belegschaft etc. pp. für sich, und auch von den Militanten der *GdL* war nix zu hören, was über die eigenen Arbeitsbedingungen hinausgegangen wäre – nicht mal die naheliegende Forderung, dass der Staat ordentlich Kohle in die Bahn stecken solle, weil die Autogesellschaft in den Umweltkollaps führt o. ä. (Daran ändert natürlich nichts, dass wir die Militanz des Streiks gerade in Deutschland sehr erfrischend fanden, und die panischen Reaktionen der Gegenseite waren auch bezeichnend).

Aus dem Postulat der ›Vernetzung‹ und dem technologisch-informatorisch verkürzten Verständnis, das schon das Wort nahelegt, zieht die Linke oft die Konsequenz, sich selbst eine Art Postboten-Funktion zuzuschreiben: Informationen zwischen den Kämpfen sollen übermittelt, Erfahrungen geteilt, verstreutes Wissen gebündelt werden. Das mag für das *SB* und noch mehr für die *AAU-E* eine angemessene Umschreibung der eigenen Funktion gewesen sein, muss aber im Zeitalter des Internets – das zugegebenermaßen »für uns alle immer noch ein bisschen Neuland« ist, wie Homer Simpson zu Recht bemerkt hat – mehr und mehr obsolet erscheinen. Und Gilles Dauvé hat einmal darauf aufmerksam gemacht, dass schon im analogen Zeitalter jeder Knast über mindestens ein klandestines Nachrichtensystem verfügte. Auf linke Postbot_innen hat hier nie jemand gewartet. Wir sollten gerade dann, wenn wir den »Sprung« hin zu ›utopischen‹ Praxis-Überlegungen wagen (vgl. AKK 2015: 20), unsere Aufgabe nicht zu gering veranschlagen. Es wird, schon beim ersten Schritt, mehr nötig sein als Vernetzung im Sinn von stiller Post.

3. Womit wir beim letzten und vielleicht heikelsten Punkt unserer Kritik wären. Die Kritik lässt sich auf die Frage bringen, ob es eigentlich immer und unbedingt richtig ist, Fragen der revolutionären Strategie als Organisierungsfrage, als Frage konkreter Organisierbarkeit zu diskutieren. Tut man dies nämlich, dann erscheint Organisierung bzw. die Organisation schnell als universeller Problemlöser.

Aus Angst davor, abstrakt-utopische Revolutionsfantasien zu produzieren und aus (historisch erfahrungsgesättigter) Scheu davor, in die Pose eines Feldherrn ohne Truppen zu verfallen, der am Schreib- oder Kneipentisch die Divisionen eines imaginären Weltproletariats dirigiert, vom dem er eigentlich gar nichts weiß, geht Ihr bei Euren »strategischen Überlegungen« immer von der eigenen Proletarisierung aus und fragt Euch dann, wie sich im dauernden Rückbezug auf diese ein Klassen- und Totalitätsbewusstsein entwickeln und organisatorisch institutionalisieren ließe. Das ist von der Grundbewegung natürlich sehr richtig, und genau das würden wir allen Polit-Clowns und Event-Profis aus irgendwelchen linksradikalen Bündnissen und Kampagnen auch immer als richtige Herangehensweise entgegenhalten. Aber wenn die Grundbewegung – Rückgang auf die eigene Proletarisierung und die eigene Involviertheit in die Krisenprozesse, die man analysiert und bekämpft – wenn diese Grundbewegung einmal im eigenen Denken verankert

ist, muss man auch wieder aufpassen, dass diese Bewegung nicht selbst fetischisiert wird, womit die eigentlich richtige Haltung dann wieder zur Fessel würde. Vielleicht sollten wir der Krahl'schen »sozialrevolutionären Phantasie«, die Ihr in Eurem Papier zitiert, auch mal (wieder) die Zügel schießen lassen; vielleicht sollten wir gemeinsam einmal (wieder) über revolutionstheoretische und revolutionsstrategische Fragen diskutieren, ohne uns gleich davon deprimieren zu lassen, welche Rolle die eigene kleine Prolet_innenexistenz und die eigene kleine Politgruppe dabei spielen könnte. Denkt man immer schon von der eigenen empirischen Situation als Individuum und Gruppe aus und erklärt dies allein zum Prüfstein des Realitätsgehalts der eigenen Strategien, dann drohen diese im Organisatorisch-Technischen stecken zu bleiben.[1]

Und wo wir schon über »Reisepläne in Richtung Utopia« (AKK 2015: 23) sprechen: Vielleicht sollten wir in unseren Strategiedebatten langsam auch einmal damit beginnen, auf der gegebenen historischen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte und vom erreichten Grad möglicher Vergesellschaftung aus schrittweise den Inhalt von Chiffren wie ›Abschaffung der Lohnarbeit‹ und ›Selbstabschaffung des Proletariats‹ zu bestimmen. Vielleicht würde ein solcher kollektiver Reflexions- und Diskussionsprozess dann irgendwann – »relative Hilflosigkeit« (ebd.: 23) aller ›Schritt-für Schritt-ins-Paradies-Pläne‹ etc. – auch dabei helfen, die je eigene Rolle und Funktion auf dem Weg zur Revolution neu zu bestimmen.

Also: ›Vernetzung‹ als inhaltliche Klärung der materiell-stofflichen und politisch-ökonomischen Zusammenhänge, in denen wir stecken und die uns – und alle Proletarisierten, gerade in Deutschland – im Moment eher vom Kämpfen abhalten als uns in Kämpfe hineintreiben; und ›Vernetzung‹ als immer konkreter werdende inhaltliche Bestimmung unserer Strategien und Ziele, damit diese – eben etwa ›Abschaffung der Lohnarbeit‹ und ›Selbstabschaffung des Proletariats‹ – nicht irgendwann selbst wieder zu hohl-abstrakten Gaga-Forderungen wie *Maximize Communism!* oder ähnlichem werden. Wenn wir das so angehen und im Kopf behalten können, dann schieben wir als Gruppe gern auch Schichten im neuen *Sozialistischen Büro*.

Einer von den Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft, Berlin

*.lit

LUKÁCS, GEORG (1988): *Methodisches zur Organisationsfrage*, in: ders.: Geschichte und Klassenbewusstsein. Darmstadt/Neuwird: 452–513.

FREUNDINNEN UND FREUNDE DER KLASSENLOSEN GESELLSCHAFT (2014): *Pannekoek in Bad Godesberg*, in: Mole Magazin Nr. 2. Leipzig: S. 78–83.

ANTIFA KRITIK & KLASSENKAMPF (2015): *Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise*. Frankfurt am Main.

FREUNDINNEN UND FREUNDE DER KLASSENLOSEN GESELLSCHAFT (2009): *Thesen zur Krise*, in: Kosmoprolet Nr. 2. Berlin: S. 16-49.

SOZIALISTISCHES BÜRO (1973): *Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro*. Offenbach am Main.

*.notes

1 Das Dilemma, in dem man sich als Revolutionär_in hier bewegt, kann man in allen möglichen Varianten immer neu beschreiben. In den *Thesen zur Krise* in *Kosmoprolet 2* haben wir dafür Formulierungen gefunden, die uns immer noch passend erscheinen: »Die klaffende Lücke der Aufhebungsperspektive kann nicht durch Blaupausen für die klassenlose Gesellschaft geschlossen werden, die eine Handvoll Radikale aus den Schubladen ziehen. Die neue Gesellschaft muss sich in der Praxis der Lohnabhängigen abzeichnen. Da die Sozialrevolutionäre meist selbst Lohnabhängige sind, wissen sie, wie verflucht schwer dies zu bewerkstelligen ist […]. Ihre Theorie ist andererseits mehr als passive Widerspiegelung der praktischen Bewegung, nämlich gedanklicher Vorgriff auf das noch nicht Existierende. In diesem Spannungsfeld irren die Sozialrevolutionäre umher, und soweit sie sich dessen bewusst sind und sich nicht blindlings auf die eine oder andere Seite des Gegensatzes schlagen, können sie vielleicht dazu beitragen, dass die sozialen Konflikte zu Klassenkämpfen eskalieren und die Commune in ihnen Gestalt annimmt.« (FuFdkG 2009: 47)

Gedanken zum Geschlechterverhältnis im *Kommenden Aufprall*

DER HALBIERTE BLICK

»Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.« (Karl Marx 1975: 385)

Vor dem Hintergrund der ideologischen Entwicklungen der sogenannten radikalen Linken seit den späten 1970er Jahren lässt das Papier *Der kommende Aufprall* der Frankfurter *Antifa Kritik und Klassenkampf* aufhorchen. Im Gegensatz zum notorischen *Abschied vom Proletariat* (André Gorz) gehen sie davon aus, dass sich die kapitalistische Klassengesellschaft durch ihre politischen und ökonomischen Umstrukturierungen hindurch nicht erledigt, sondern vielmehr verjüngt hat. Die praktische Antwort auf diesen Umstand kann, dem Papier zufolge, nicht in Defätismus, Kampagnenpolitik gegen dieses und jenes oder in reinen Ideenkämpfen bestehen. Nach wie vor stellt sich die Aufgabe einer Selbstorganisation der ausgebeuteten Lohnarbeiter_innen, wobei natürlich entsprechend der Veränderungen von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Klassenzusammensetzung neue Strategien, Ziele, Kampf- und Organisationsformen entwickelt sowie diskutiert werden müssen.

In dieser Allgemeinheit teilen wir die Einschätzungen der Autor_innen. Beim näheren Hinsehen sind jedoch einige theoretische Bestimmungen zentraler Kategorien im *Kommenden Aufprall* unzureichend und das muss sich auch politisch rächen. Die Ungereimtheiten entstehen unter anderem bei der Analyse und Kritik des Geschlechterverhältnisses, genauer: in den Versuchen, es in seinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Totalität und dem Klassenantagonismus zu begreifen. Wir sehen hier die Gefahr, um der ersehnten Kohärenz von Theorie, Organisation und Praxis willen vorschnell Inkommensurables gleichzumachen oder abzuschneiden. Auf der Strecke bleibt, was sich mit dem begrifflichen Arsenal der *Kritik der politischen Ökonomie* nicht fassen lässt, was nicht entlang der Klassengrenzen läuft und möglicherweise nicht durch das Klassenbewusstsein begriffen oder mit den Mitteln des Klassenkampfes überwunden werden kann: Das weiblichkeitsfeindliche Geschlechterverhältnis. Diese Thesen wollen wir auf den folgenden Seiten entfalten und damit eine Richtung andeuten, in die sich die kommunistische Diskussion bewegen sollte.

ZUM BEGRIFF DER TOTALITÄT

Der»bewusste[n] Totalitätsbezug« (Antifa Kritik und Klassenkampf 2015: 10) ist im *Kommenden Aufprall* der Dreh- und Angelpunkt sozialrevolutionärer Veränderung. Die zentrale Kategorie der Totalität bleibt dabei jedoch schillernd und widersprüchlich, gerade auch hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses. Einerseits wird festgehalten, »dass die gesellschaftliche Totalität nicht im Kapitalverhältnis aufgeht, sondern umfassender ist« (ebd.: 14). An anderer Stelle ist jedoch die Rede von der »Totalität der ökonomischen Prozesse« (ebd.: 15), bzw. der »Totalität des Kapitalverwertungsprozesses«. Es existieren demzufolge implizit zwei verschiedene ›Totalitäten‹, deren eine (Kapital) einen Teil der anderen (Gesellschaft) bilden soll. Dieser uneinheitliche, missverständliche und letztlich auch widersprüchliche Gebrauch des Wortes Totalität wird aber nirgends kenntlich gemacht. Vielmehr verschmelzen in der vieldeutigen Verwendung des Wortes Totalität tendenziell beide – Kapital und Gesellschaft – zu einer Einheit, wenn auch gegen die erklärte Absicht der Autor_innen.

Sehen wir näher auf die innere Struktur der gesellschaftlichen Totalität. Von ihr gelte: »Der Klassenantagonismus stellt nicht den einzigen und auch nicht den Hauptwiderspruch in kapitalistischen Gesellschaften dar.« (ebd.: 13) Es scheint also noch weitere antagonistische Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft zu geben, die eine vergleichbare, strukturierende Funktion in der gesellschaftlichen Totalität besitzen. Sind diese Antagonismen von derselben Art und Bedeutung? Und in welchem Verhältnis stehen sie zueinander? Die Autor_innen schreiben dazu:

> *»[Das Kapital] bedarf gesellschaftlicher Sphären und Verhältnisse, die einer anderen Logik folgen als es selbst – wie etwa des Staats oder des patriarchal-heterosexistischen Geschlechterverhältnisses –, die nicht einfach aus ihrer Funktionalität für das Kapital erklärt werden können und auf diese nicht zu reduzieren sind.«* (ebd.: 14)

Hier finden wir zwei weitere Absichtserklärungen: 1) Das Geschlechterverhältnis funktioniert nach einer »anderen Logik« (ebd.) als das Kapitalverhältnis und muss dementsprechend begriffen werden; 2) das Geschlechterverhältnis darf nicht nur in seiner Funktionalität für das Kapital betrachtet werden.

Diese Grundsätze finden aber leider keinen Niederschlag in den weiteren Ausführungen. Im gesamten Text wird das Geschlechterverhältnis ›ausschließlich‹ unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung behandelt, so als seien Frauenfeindlichkeit, der Hass auf das Weibliche, die Konstitution männlicher und weiblicher Subjektivität ausschließlich eine Frage der »Totalität des ökonomischen Prozesses«. Worin die vermeintliche »andere Logik« (ebd.) des Geschlechterverhältnisses liegt, bleibt unklar, wenn in seiner Theoretisierung nur die schon fix und fertig bereitstehenden Kategorien der *Kritik der politischen Ökonomie* berücksichtigt werden: Arbeit – gesellschaftliche Arbeitsteilung – Ausbeutung – unbezahlte Aneignung von Mehrarbeit. Geht aber jener Gegenstand überhaupt in diesen Begriffen (in dieser »Logik« (ebd.)) auf? Das wäre erst herauszufinden.

Der sich einstellende ökonomistische Eindruck wird verstärkt durch die Bestimmung des Klassenbewusstseins, einem weiteren Schlüsselbegriff in den revolutionstheoretischen Überlegungen des *Kommenden Aufpralls*. Obwohl der Klassenantagonismus die gesellschaftliche Totalität einerseits nicht erschöpfen soll, wird andererseits das Klassenbewusstsein zum Totalitätsbewusstsein überhöht.
»Dieser bewusste Totalitätsbezug, in dem die eigene Position innerhalb des Reproduktionsprozesses des Kapitalverhältnisses reflektiert wird, ist es, den wir als Klassenbewusstsein verstehen.« (ebd.: 10)
Die Momente der gesellschaftlichen Totalität, von denen zuvor gesagt wurde, sie gingen nicht im Kapitalverhältnis auf, scheinen hier verschwunden zu sein.

Doch was ist es denn nun, was in der latenten Hypostasierung des Kapitalverwertungsprozesses zur gesellschaftlichen Totalität nicht aufgeht? Hören wir dazu zunächst Friedrich Engels:

> *»Nach der materialistischen Auffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung, Wohnung und den dazu erforderlichen Werkzeugen; andrerseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen einer bestimmten Geschichtsepoche und eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andrerseits der Familie.«* (Friedrich Engels 1975: 27f.)

Die Marxisten interessieren sich jedoch in der Regel nur für eine Art der Produktion, nämlich die Arbeit und die im entsprechenden Produktions- und Verwertungsprozess von statten gehende Ausbeutung. Die andere Produktion, die Erzeugung der Menschen und die Produktion der Gattung in Familien- und Geschlechterbeziehungen, sowie die damit verbundenen Konstitutions- und Formungsprozesse von Leib und Psyche fallen unter den Tisch. Dieser halbierte Blick löst sich auf, wenn beide Prozesse als Momente einer Totalität begriffen werden, die in sich vermittelt ist.

Wichtig ist folgender daran anschließender Gedanke, den wir etwa bei Frigga Haug vorgeprägt finden: Das Geschlechterverhältnis durchzieht die gesamte gesellschaftliche Totalität, das heißt sowohl die gesellschaftliche Arbeitsteilung, als auch das in der gesellschaftlichen Totalität ›darüber‹ und ›darunter‹ Liegende. Will man das Geschlechterverhältnis in seiner konkreten Wirklichkeit begreifen, muss man daher das Zusammenspiel von politökonomischen Entwick-

lungen mit kulturellen und sozialpsychologischen verstehen. Daraus folgt wiederum, dass die *Kritik der politischen Ökonomie* zur Analyse und Kritik der gesellschaftlichen Totalität zwar unabdingbar ist, es jedoch darüber hinaus weiterer Begriffe und Theorien bedarf (z. B. eine Kulturtheorie, eine Theorie der Subjektivität), ohne dass freilich deren häufig idealistischer Charakter reproduziert werden darf – sei es in Form eines individualistischen Psychologismus oder als scheinbare Selbstbewegung der symbolischen Ordnungen.

Die verschiedenen Momente des historischen Gesamtprozesses entwickeln sich nicht völlig unabhängig voneinander, jedoch auch nicht notwendig simultan und harmonisch. Vielmehr kommt es zwischen ihnen zu Ungleichzeitigkeiten und Friktionen. Die Entwicklungen in der einen Dimension kann durch Stagnation oder Gegenentwicklungen in der anderen Dimension konterkariert werden. Viele Marxist_innen verabsolutieren jedoch Marxens Bestimmung des Kapitals als großem ›Leveller‹ und gehen ausgehend davon – einseitig und abstrakt – von einer quasi notwendigen Durchsetzung der Tendenz zur Nivellierung des Geschlechterverhältnisses in der kapitalistischen Epoche aus. Im konkreten gesellschaftlichen Gesamtprozess stehen jener durchaus vorhandenen Tendenz jedoch gewaltige Hemmnisse und Gegentendenzen entgegen, die sich insbesondere aus dem reich gefüllten Reservoir patriarchaler Bilder, Gesten und Erzählungen speisen, mithilfe derer besonders männliche Subjekte eine in krisenhafte Unordnung geratene Welt virtuell in Ordnung bringen und alltägliche Erfahrungen von Ohnmacht und Objektivierung zu kompensieren suchen. Auch hier gilt wieder, dass sich eine ökonomistische Verengung in der Theorie letztlich in der politischen Praxis rächt, da die libidinösen Wurzeln des gegenwärtig massiv grassierenden, maskulinistischen Autoritarismus unangetastet bleiben müssen.

BLICKE, AN SICH SELBST VORBEI

In der notorischen Schwierigkeit, Geschlechterverhältnis und Klassenverhältnis in ihrer Verflochtenheit theoretisch zu begreifen, zeigt sich nicht nur ein Mangel der Theorie oder des Denkvermögens – es schlägt sich hierin die gesellschaftliche Praxis selbst in ihren Trennungen nieder.

Wenn wir den Blick aus der makrosoziologischen Vogelperspektive ablegen, der die Gesellschaft in verschiedene vergeschlechtlichte ›Sphären‹ aufteilt – Privates und Öffentliches, Produktion und Reproduktion etc. – und die Gesellschaft stattdessen von ihrem Seelenende her betrachten, stellen wir fest, dass die gesellschaftlichen Individuen selbst – und mithin die erkennenden und handelnden Subjekte – immer schon geschlechtlich konstituierte sind. Im Zuge ihrer Subjektwerdung sind sie vom ersten Tag an mit der gesellschaftlichen Norm konfrontiert, sich mit dem männlichen oder weiblichen Geschlechtscharakter zu identifizieren. Dieser Prozess ist von maßgeblicher Bedeutung für die individuelle Lebensgeschichte. Er determiniert die Bedürfnisstruktur der Subjekte und ihre psychischen Dispositionen, den Umkreis ihrer erworbenen Fähigkeiten und Beziehungen zur Welt und zu ihren Mitmenschen, ihr Alltagsleben und ihren konkreten Erfahrungshorizont. Dies macht sich auch in den unterschiedlichen theoretischen und praktischen Interessen bemerkbar, die Männer und Frauen im Zuge ihrer Bildungsgeschichte ausprägen, den unterschiedlichen Foki, die sie in ihrer politischen Arbeit setzen – es ist das gesellschaftliche Sein der Menschen, das ihr Bewusstsein bestimmt.

Dass sich die Strebungen durchaus entlang der Geschlechtergrenzen unterscheiden, zeigt die Erfahrung aus unserer eigenen theoretischen Praxis. Zu einer Veranstaltung über *riots* in den schwedischen Vorstädten oder den Arbeiter_innenkämpfen im italienischen Logistiksektor strömen scharenweise *angry young men*, die man gerne auch bei der Diskussionsrunde zur Arbeitsteilung in heterosexuellen Paarbeziehungen begrüßt hätte. Da quillt der Saal dann wiederum von jungen Frauen über. Sie hängen der Referentin an den Lippen, weil das Gesagte sie trifft. Ihre *boyfriends* hatten da wohl schon etwas anderes vor. Vielleicht saßen sie zusammen in einer Kneipe und haben – wie schon ihre (geistigen) Väter und Großväter – Kurskorrekturen für die Weltpolitik erarbeitet oder sich über sublime Probleme der Wertformanalyse den Kopf zerbrochen. Sie vermieden es in jedem Falle, den Blick auf sich zu richten. Frauen ist diese Blickrichtung auf das sich in großen Teilen in Familie und Liebesbeziehungen abspielende Alltagsleben anscheinend geläufiger, werden sie doch fixiert auf Beziehungsarbeit, auf emotionale und leibliche Umsorgung ihrer Nächsten, die ihrerseits gerne in die – nicht nur intellektuelle – Ferne schweifen, sobald sie können. Die Abwendung des Blicks von diesem Naturgrund der bürgerlichen Gesellschaft, seine Verdrängung zugunsten einem Leben und Weben in diversen »idealistischen Superstrukturen« (Marx) ist herrschaftlich im vollsten Sinne des Wortes und fußt auf einer Geschichte der Ausbeutung in einer klassengesellschaftlichen und geschlechtlichen Arbeitsteilung. Sowohl ›Klasse‹ als auch ›Geschlecht‹ sind Abstraktionen. So wie der Bourgeoise in der bürgerlichen Gesellschaft nur freie und gleiche Individuen erblickt und die Klassenherrschaft ignorieren kann, weil er die Herrschaft ausübt, so kann der Klassenkämpfer sein männliches Geschlecht ignorieren, weil er die Herrschaft über die Frauen – das Geschlecht schlechthin – ausübt. »Er ist in der Familie der Bourgeois, die Frau repräsentiert das Proletariat.« (Engels 1975: 75)

Die erkenntniskritische Pointe dieser Beobachtungen lautet, dass auch Kommunisten in ihrem Tun ganz naturwüchsig dazu neigen, einen klassischen *male bias* zu reproduzieren, wie er auch für die Mehrheitsgesellschaft charakteristisch ist. *Der Kommende Aufprall* moniert zwar zu recht »die Abstraktheit der Kämpfe linker Politgruppen, die ihren Blick immer an sich selbst vorbei auf die Abschaffung des Kapitalismus richten.« (AKK 2015: 7) Doch wenn wir diesen Blick auf uns selbst richten, sehen wir eben nicht, wie die Autor_innen, eine geschlechtslose lohnabhängige

Klasse, sondern lohnabhängige Männer und lohnabhängige Frauen, die in entfremdeten Verhältnissen mit- und gegeneinander leben.

GEMEINSAM PROBLEME HABEN

In der Entfremdung, die das Geschlechterverhältnis bedeutet, fühlen sich Männer wohl wie der Fisch im Wasser, weil sie die Entfremdung als ihre eigee Macht wissen und in ihr den Schein einer menschlichen Existenz besitzen. Es ist der durch Gewalt erzwungene Schein von Individuierung und Freiheit, den das männliche Subjekt erringt, indem es die Frauen reduziert auf einen pauschalen Geschlechtscharakter ›Frau‹, dem jede Individuierung versagt bleibt. Frauen sind in der Entfremdung des Geschlechterverhältnisses vernichtet, weil sie in ihr die Ohnmacht und Abhängigkeit erfahren, dass ›Frausein‹ sich immer wieder als Gefahr für Leib und Leben, sowie als Grenze zu Räumen, Fähigkeiten, Rollen, Anerkennung, Freiheit darstellt. Frauen sind nicht einfach Rapperin oder Programmiererin oder Archäologin. Sie sind wesentlich Frau und damit ein nicht notwendig durch solche individuellen Tätigkeiten weiter zu spezifizierendes Genitivobjekt eines Rappers, eines Programmierers oder eines Archäologen.

Die Autor_innen des *Kommenden Aufpralls* gehen davon aus, dass sich ein revolutionäres Subjekt über die Geschlechterspaltung hinweg auf der Grundlage objektiver, gemeinsamer Interessen, sowie der subjektiven Einsicht in dieselben konstituieren kann. Das Proletariat sei zwar tatsächlich in sich heterogen, dennoch könnten und sollten die Proletarisierten letztlich zu der Einsicht gelangen, »dass ihre unterschiedlichen Positionen und die damit einhergehenden Gründe zu kämpfen einem gemeinsam geteilten Problemzusammenhang entspringen« (AKK 2015: 14). Das ›Problem‹ des Geschlechterverhältnisses ist aber eines, das Männer und Frauen ›nicht‹ auf gleiche Weise teilen. Denn die Abspaltung des ›Weiblichen‹ an sich selbst, sowie seine Verwerfung, Fixierung und Erniedrigung in der Person seiner leiblich-konkreten Trägerinnen, der Frauen, ist konstitutives Moment männlicher Subjektivität. Das Geschlechterverhältnis taugt also nicht so recht zum Teilen ›gemeinsamer‹ Probleme.

Die Versicherung der *Antifa Kritik und Klassenkampf*, die proletarischen Subjekte nicht homogenisieren zu wollen, setzt an die Stelle der falschen Vorstellung des Proletariats als homogenem Subjekt die zeitgemäße Vorstellung des Proletariats als buntfröhliche Vielfalt. Hier gibt es zwar Differenzen, aber, genau wie in der älteren Vorstellung, keine wirklichen Gegensätze. Daher kann nach einer Konzession an die Heterogenität des Klassensubjekts schnell zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen, äußeren Feind, das Kapital aufgerufen werden. Implizit werden so alle sozialen Kämpfe zu Kämpfen nach dem Schema ›Klasse gegen Klasse‹ – wir werden das für die feministischen Kämpfe noch zeigen. Dies verschleiert aber, dass es sich bei den Kämpfen »gegen [...] andere (rassifizierte, vergeschlechtlichte) Ausbeutungsverhältnisse« (ebd.: 14) oftmals um Kämpfe ›innerhalb‹ der Klasse der Lohnabhängigen handelt. Die reale Spaltung der Klasse entlang des hierarchischen Geschlechterverhältnisses bleibt im *Kommenden Aufprall* außen vor.

In der Sylvesternacht 2015 haben die aufs Kölner Pflaster geworfenen Überflussproletarier mannhaft bewiesen, dass es trotz aller Deklassierung dem Mann immer möglich ist, die eigene Ohnmacht mit Gewalt an Frauen auszulassen und sie zu erniedrigen. Wer sich vom ›System gefickt‹ fühlt, fickt Frauen, um in einem autoritären, mythischen Akt die eigene Ohnmachtserfahrung an denen auszuagieren, die in der gesellschaftlichen Hierarchie unten stehen. Auf keinen Fall darf mann sich selbst passiv lustvoll ficken lassen. Noch die Rhetorik vieler Linker strotzt nur so vor diesen Affekten: »Fuck the system!« Die Kompensation der Erfahrung, in dieser Gesellschaft über das eigene Leben nicht praktisch bestimmen zu können, äußert sich auch – aber nicht nur – in drastischer Gewalt. In Kultur und Kulturindustrie wimmelt es vor Bildern, die – wo reale Ohnmacht herrscht – die Illusion von Aktivität und Autonomie verkaufen. In den Männerwelten der Computerspiele können die Krieger, echte Helden, noch Abenteuer erleben, Strategien entwickeln und die Welt neu entwerfen. Das fetischisierte Bild der virilen Aktivität braucht aber als dialektisches Komplement die Objektivierung der Frau, ihre Stillstellung und Versteinerung in einem Bild, dessen Fratze aus allen Kinofilmen, aus jeder GMX-Werbung guckt.

autoren buchhandlung marx & co
Grüneburgweg 76 · 60323 Frankfurt am Main
Tel 069/72 29 72 · Fax 069/71 40 38 70
info@autorenbuchhandlung-marx.de
www.autorenbuchhandlung-marx.de

Marx an der Uni
Geisteswissenschaften
Belletristik
Sozialwissenschaften

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
INFO@KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE
WWW.KARL-MARX-BUCHHANDLUNG.DE

Sie ist der beschlagnahmte und fragmentierte Körper, das Bild der gefürchteten, gehassten und ersehnten Passivität. Diese Dimensionen – sexuelle Gewalt, Objektivierung und Verdinglichung der Frauen – des Geschlechterverhältnisses sind in dem *Kommenden Aufprall* weitgehend Anathema. Doch ist diese Abspaltung kein Zufall, sondern durchaus konform mit der Hauptlinie der kommunistischen Tradition, was etwa Clara Zetkins *Erinnerungen an Lenin* und die mit ihm geführten Gespräche über die sogenannte Frauenfrage offenbaren. Die Frauenbewegung hat wohl verstanden, dass Lenin und Konsorten ihre universellen Emanzipationskämpfe für eine Revolutionierung des Geschlechterverhältnisses als bürgerliches »Herumwühlen im Sexualleben« (Lenin) diskreditierten, pathologisierten und auf diesem Wege aus der proletarischen Bewegung zu exorzieren trachteten – sie haben ihre Schlüsse daraus gezogen und sich autonom organisiert. Die perennierende politische Spaltung zwischen kommunistischer und feministischer Bewegung ist daher bis auf weiteres eine notwendige. Nicht als Resultat einer manipulativen Strategie der herrschenden Klasse gegen das Proletariat, sondern als Ausdruck einer immer wieder vollzogenen Abspaltung und Halbierung der Emanzipation durch die kommunistische Bewegung selbst.

AUF EIGENEM TERRAIN

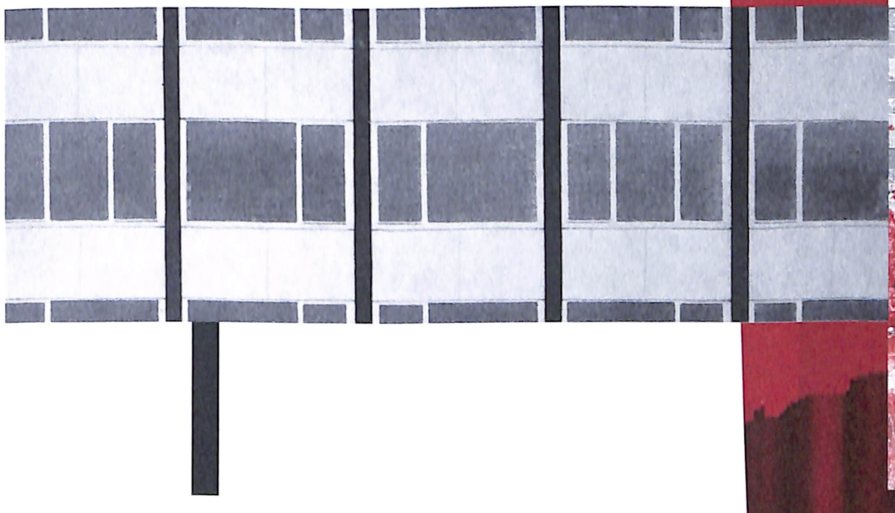
Wie gesagt ist es wenig verwunderlich, dass für den Feminismus die Kritik der Gewalt, der Repräsentationen und der Bilder so dringlich ist. Diese Momente des Feminismus fallen allerdings nicht ins Terrain der *Antifa Kritik und Klassenkampf*. Sie richtet ihr Augenmerk ausschließlich auf diejenigen feministischen Kämpfe, die tatsächlich vor allem Klassenauseinandersetzungen sind: auf die Kämpfe in der bezahlten Care-Arbeit. Eine Zuwendung zu den Sektoren der Sorge-, Pflegearbeit und Erziehungsarbeit ist durchaus sinnvoll, da die bis in die 1980er Jahre in der Hausfrau zentrierten Tätigkeiten zunehmend zerlegt und kommodifiziert werden in Hausarbeiterin, Leihmutter, Erzieherin, Pflegerin und Prostituierte und damit immer mehr Aspekte der bisher nicht-kommodifizierten Ausbeutung und Erniedrigung als Lohnarbeit verrichtet werden. Dadurch werden Tätigkeiten, die traditionell unentlohnt von Frauen verrichtet wurden, vermehrt zum Gegenstand von Kämpfen für mehr Lohn und weniger Arbeitszeit. Somit gibt es zwar zunehmend Klassenauseinandersetzungen von Lohnarbeiterinnen in feminisierten Sektoren ohne dass darum feministische Kämpfe generell unter den Begriff des Klassenkampfs subsumiert werden könnten. Diese Subsumtion führt entweder dazu, dass der Begriff Klassenkampf bis zur Beliebigkeit erweitert und um seine ökonomische Substanz gebracht wird, oder aber – und das scheint im *Kommenden Aufprall* der Fall zu sein – feministische Kämpfe – der Streit der Frauen – werden reduziert auf ihre ökonomische Dimension.

Man sollte sich allerdings darüber im Klaren sein, dass es in diesen Kämpfen vornehmlich nicht der Männermacht, der Männergewalt und dem frauenfeindlichen Geschlechterverhältnis an den Kragen geht, sondern im besten Fall dem Kapital. Ebenso wenig sollte man sich der Illusion hingeben, die Selbstbefreiung der Frau vollziehe sich schon durch ihre Integration in die Lohnarbeit und ihre Organisierung als klassenbewusste Arbeiterinnen. Frauen sollen sich auf diesem Wege gnädigerweise zu Männern ›emanzipieren‹, was keiner vernünftigen Frau genug sein kann. Zu all der Verkümmerung, die die weibliche Subjektivität bedeutet, dürfen Frauen auch noch die seelische Beschädigung der männlichen Subjektivität übernehmen. Frauen sind heute beides: leistungsbereiter, in der Konkurrenz sich knallhart durchsetzender Mann, der – by the way – schlechter verdient als die ›wirklichen‹ Männer und zugleich für den ›Gefühlshaushalt‹ der Nächsten sorgende, immer für andere, nie für sich seiende Frau. Frauen sind heute Lohnarbeiterin und zugleich Blitzableiter für den Mann, der alles Weibliche beneidet, fürchtet, hasst und begehrt. Obwohl diese Melange des Frau-Mann-Seins für Frau noch immer gefährlich, für zu viele Frauen tödlich ist, hat diese Entwicklung der letzten 40 Jahre den Spielraum für Frauen in den westlichen Gesellschaften auch erweitert. Das möchte selbstverständlich keine missen.

Eine ökonomische Betrachtung der Care-Arbeit als Feld von Klassenauseinandersetzungen lässt darüber hinaus die Frage offen, weshalb es gerade Frauen sind, deren Arbeit weniger wert ist, oder – von der Seite der Tätigkeit aus formuliert – weshalb bestimmte Tätigkeiten gesellschaftlich nicht anerkannt sind und gerade den Frauen zugeschoben werden, oder vielmehr: mit ihrem Geschlechtscharakter geradezu verwachsen scheinen. Diejenigen Arbeiten sind weibliche Arbeiten, in denen die grundlegende, existentielle Abhängigkeit des Einzelnen von Anderen nicht verschleiert werden kann, Arbeiten, die mit der (Un)Beherrschbarkeit von Körperöffnungen zu tun haben, Arbeiten mit denen, die sabbern und scheißen, ohne ihre Körper im Griff zu haben, Arbeiten mit denen, die sofort sterben würden ohne Sorge, Zuwendung und Pflege. Arbeiten, die die Erinnerung an die eigene leibliche Abhängigkeit wach ruft. Der totale Horror für das männliche Subjekt. Die geschlechtliche Arbeitsteilung verweist auf die patriarchale Geschlechterordnung, die älter ist als die bürgerliche Gesellschaft und die von den vergeschlechtlichten Subjekten psychosexuell verinnerlicht wurde. Dieses Moment lässt sich mit polit-ökonomischen Kategorien nicht erfassen und kritisieren.

TAKING

PLEASURES



KLASSENBEWUSSTSEIN UND NOCH WEITER

Sowohl das Klassenbewusstsein, als auch das feministische Bewusstsein bleiben oftmals als solche borniert und reproduzieren auf diese Weise verschiedene Entfremdungen. Soll dies im Sinne einer wirklichen, universellen gesellschaftlichen Emanzipation vermieden werden, müssen sich beide tendenziell zu einem kommunistischen Gattungsbewusstsein hin entwickeln, das ›alle‹ Hierarchien und Trennungen innerhalb der menschlichen Gattung theoretisch und praktisch negiert. Betrachtet man dies von der Seite des Klassenbewusstseins, so bedeutet das, dass dieses seinen naturwüchsigen Entstehungsgrund im Produktionsprozess und den dort geführten Kämpfen transzendieren muss. Ganz schematisch und leider ohne geschichtsphilosophischen Rückenwind gesprochen:

Klassenkämpfe entstehen zunächst als Kämpfe für grundlegende Rechte und die Bildung von Gewerkschaften, die die Konkurrenz unter den Arbeiter_innen abzuschwächen versuchen. Das darin enstehende Klassenbewusstsein hat wesentlich defensiven Charakter, denn es handelt sich um fundamentale Abwehrmaßnahmen gegen den zerstörerischen Heißhunger des Kapitals. In einem weiteren, politischen Sinn sprengt das Klassenbewusstsein diese enge, rein ökonomische Dimension, indem es gerade auf die Aufhebung der ›partikularen‹ ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen zielt, wie sie sich durch die ökonomische Fragmentierung der Klasse in verschiedene Arbeitszweige, Hierarchien, Unternehmen usw. notwendig ergeben. In der weiteren, politischen Perspektive wäre Klassenbewusstsein das Bewusstsein von der Möglichkeit und Notwendigkeit der Aneignung der gesellschaftlichen Produktion und ihrer bewussten Organisation durch die assoziierten Produzent_innen selbst. Erlangt das Klassenbewusstsein diese Tiefe, so hat es wesentlich offensiven Charakter. Die politische Idee des Kommunismus umfasst jedoch nicht nur den bewussten Übergang zu einer neuen Produktionsweise, einer neuen Form der Organisation gesellschaftlicher Arbeit als Stoffwechselprozess mit der Natur. Sie zielt vielmehr auf die – allein auf jener politisch-ökonomischen Grundlage zu realisierende – freie Entwicklung der Individuen und die Humanisierung aller menschlichen Beziehungen, auf eine Gesellschaft also, in der »der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei«. Der über alle ökonomischen oder politischen Fragen hinausweisende kategorische Imperativ des Kommunismus ist es daher, *»alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«. Die wirkliche historische Bewegung, in der sich dieser kategorische Imperativ Geltung verschaffen kann, vollzieht sich in einander überlagernden, verstärkenden, aber auch ständig konflikthaft kollidierenden Emanzipationskämpfen, wobei Klassenkämpfe und die feministischen Kämpfe um die Geschlechterordnung die Epizentren einer wirklichen Umwälzung darstellen. Freilich unterscheiden sich diese Kämpfe in ihren Mitteln und Ausdrucksweisen, sowie nicht zuletzt in der Zeitlichkeit der in ihnen angestrebten Veränderungen. Während sich besonders die Zerschlagung der Staatsmaschinerie als ein konzentriertes ›Umwerfen‹ derselben vorstellen lässt, lässt sich die notwendige Veränderung und Selbstveränderung der (eigenen) geschlechtlichen Subjektivität und des Geschlechterverhältnisses kaum anders denken, denn als ein langwieriger, kulturrevolutionärer Prozess, der sich von Zeit zu Zeit auch eruptiv, insgesamt aber eher peu à peu in den zwischenmenschlichen Beziehungen des Alltagslebens und einer neuartigen kulturellen Produktion vollziehen wird.

Kat Lux, Johannes Hauer, Marco Bonavena.

*.lit

ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF (2015): *Der kommende Aufprall. Strategische Überlegungen auf der Suche nach der Reißleine.* Frankfurt am Main.

MARX KARL/ENGELS FRIEDRICH (1976): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1 (MEW 1), Berlin.

MARX KARL/ENGELS FRIEDRICH (1975): *Der Urpsrung der Familie, des Privateigentums und des Staates*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 21 (MEW 21), Berlin.

ZETKIN, CLARA (1925): *Erinnerungen an Lenin*, Berlin.

*.notes

Die Autor_innen diskutieren im Lektürekurs »Geschlecht und Arbeit« der Leipziger translib

UNRAST – Neuerscheinung

Keeanga-Yamahtta Taylor
Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation

296 Seiten | 19.80 Euro
ISBN 978-3-89771-061-0

Von der BlackLivesMatter-Bewegung zu einer grundlegenden Transformation der USA gelangen

»Taylor zeigt sowohl im historischen Rückblick als auch in ihrer scharfsinnigen Gegenwartsanalyse, wie struktureller Rassismus auf vielfältige Weise im amerikanischen Klassensystem verankert ist, und liefert damit nicht nur für Amerika-interessierte Leser eine der stärksten und aktuellsten Rassismus-Analysen. (...) Es beinhaltet gleichzeitig eine kämpferische Zukunftsperspektive.«
Nina Scholz | taz

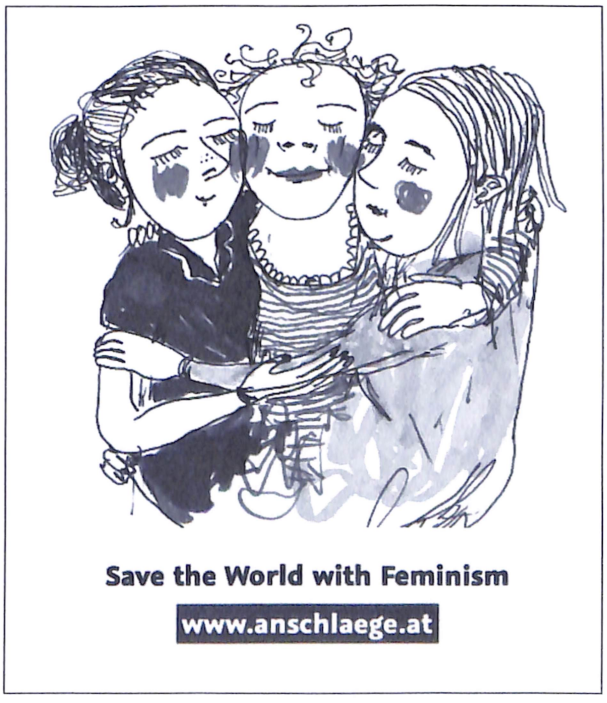
Zwischenraum Kollektiv (Hg.)
Decolonize the City!
Zur Kolonialität der Stadt

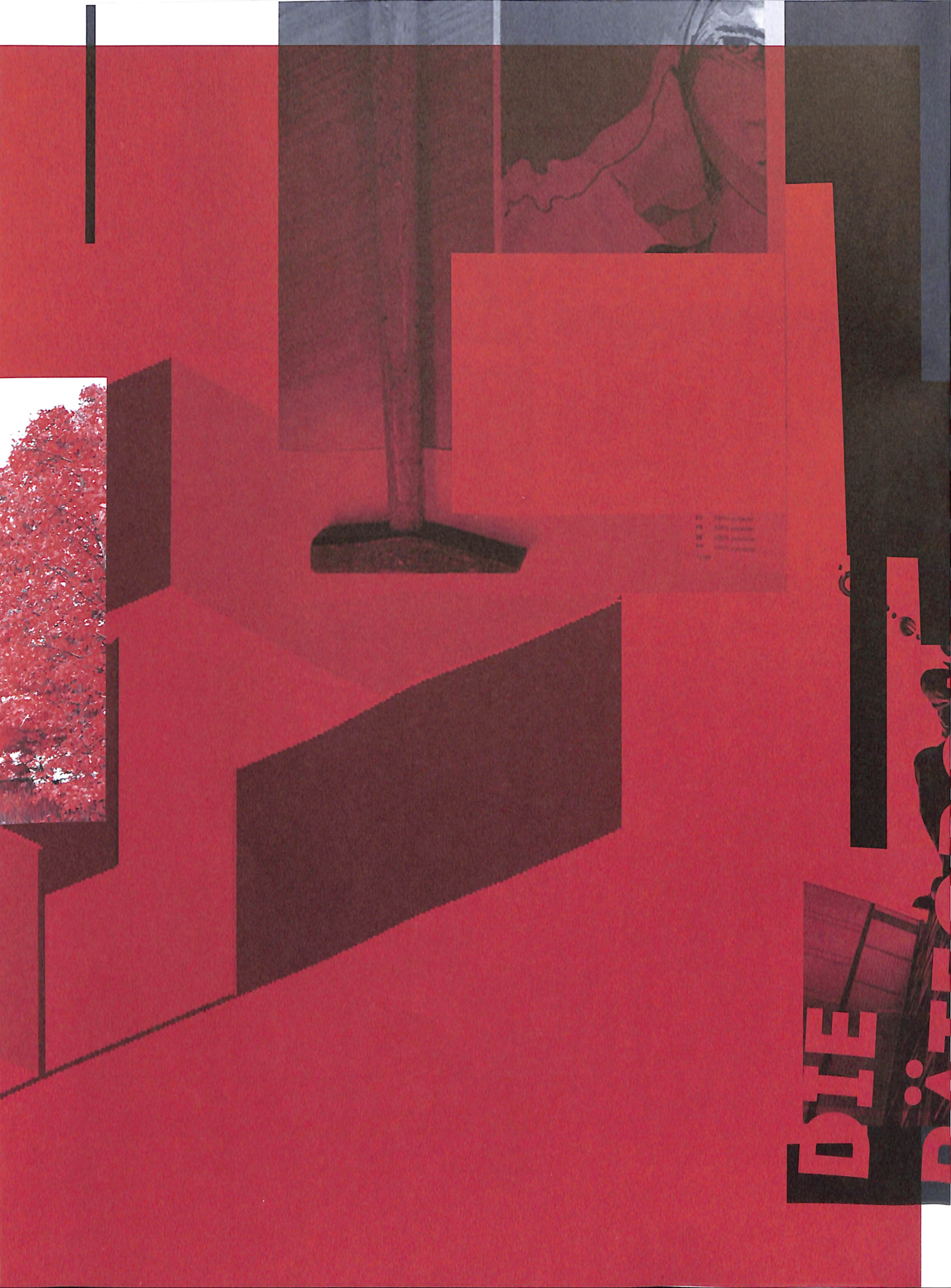
200 Seiten | 14 Euro
978-3-89771-546-2

Dekoloniale Studien, Urban Studies

Decolonize the City! versteht sich als notwendige Intervention in die deutschsprachige Debatte zur »europäischen Stadt«. Die Autor*innen fordern eine urbane Dekolonisierung und fragen aus einer rassismuskritischen und solidarischen Perspektive nach dem Alltag und den Kämpfen postkolonialer Migrant*innen und People of Color in der Stadt.

Das ganze Programm online : www.unrast-verlag.de




DIE

RÄTEORGANISATION IST KOMMUNISTISCHE PRODUKTION IST KULTURREVOLUTION

Über Paris 1871 und das Ziel des Strategiepapiers der *Antifa Kritik & Klassenkampf:* den Kommunismus

Am 19. März 1871 wurde die rote Fahne auf dem Stadthaus von Paris gehisst. Die Pariser Kommune war erstmals in der Geschichte keine Regierung mehr, sondern die Bevölkerung selbst, die jederzeit absetzbare Räte aus ihrer Mitte ins Stadthaus abordnete. Deren Maßnahmen brachen radikal mit dem Bisherigen. Die Stadträte schafften das stehende Heer ab und ersetzten es durch das bewaffnete Volk. Sie setzten die Mietzahlungen aus, ordneten die Übernahme von verlassenen Fabriken und Werkstätten durch Arbeiter_innengenossenschaften an und führten die unentgeltliche Schulbildung ein. In der Tendenz ging die Selbstverwaltung der Kommune »dahin, dass die Arbeiterinnen über die Probleme der Produktion und der Verteilung selbst beraten und sie lösen würden« (Holfeld 2014: 99). Der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft, wie Karl Marx schrieb.

In dieser Richtung einer »umfassenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung« (AKK 2015: 21), dem strategischen Ziel der *Antifa Kritik & Klassenkampf (AKK)*, muss deren Strategiepapier weitergedacht werden. Das muss, und so versuche ich das hier anzureißen, die Ökonomie genauso betreffen wie die politische Form und die Kultur. Denn dieses Ziel der Strategie hat wesentlichen Einfluss auf die Mittel der Strategie, die die *AKK* ausschließlich behandelt: Klassenbewusstsein und Organisierung. Dieses Weiterdenken erfordert die Kritik an denjenigen Schichten des Strategiepapiers, die einer kommunistischen Selbstbefreiung entgegenarbeiten.

1. Sich vom Spektakel der Eventpolitik, linker Selbstästhetisierung und wiederkehrendem Leninismus abwendend, hat die *AKK* einen definitiven und politisch notwendigen Ausgangspunkt für kommunistische Praxis heute geschaffen. Die von ihr eingeforderte Organisierung der Menschen in ihren Lebensverhältnissen ist die Bedingung für Alltagskämpfe, Erkenntnisprozesse und Solidarisierung.

Die Kämpfe dieser Basisorganisierung sollen, so die *AKK*, letztlich zur »Aneignung der [...] Bedingungen der Reproduktion führen« (AKK 2015: 14). Dennoch bleibt das Papier in diesem Punkt vage, der zudem in einem Gegensatz zu einer anderen strategischen Zielsetzung steht, die als Ausgangsfrage formuliert wird: »[N]ämlich die drängende Frage, wie sich in der gegenwärtigen Situation eine Linke handlungsfähig organisieren kann.« (ebd.: 3)

Diese Frage steht allerdings ›im Gegensatz‹ zur Entwicklung von nichtkapitalistischen Beziehungen aus der Organisierung, denn sie zielt, auf eine rein politische Organisierung ab, deren Sinn jenseits ihrer eigenen Kämpfe in der Umsetzung eines politischen Willens innerhalb des Staates liegt. Man muss die Organisierung aber, und darum wird es in Punkt 2 gehen, von der Aufhebung des Kapitalismus her denken, und konkret als Ansatzpunkt für den Aufbau kapital-unabhängiger Beziehungen.

Ich denke, dass gegenüber der Eventpolitik die Frage nach der Handlungsfähigkeit in die richtige Richtung, zum Klassenkampf, führt. Um wirklich zu ihm zu kommen, muss jedoch diese erste Frage zurückgenommen und die zweite gestellt werden, von der jedoch die Handlungsfähigkeit der Linken ein wichtiges Moment ist. Dass diese Frage problematisch ist, zeigt schon der Stellenwert der ›Linken‹ für die *AKK*. Schließlich handelt es sich hierbei um einen Begriff, der nur innerhalb der Sitzverteilung des bürgerlichen Parlaments Sinn macht und auf die französische Nationalversammlung des 18. Jahrhunderts zurückgeht, wo das Bürgertum zur Linken, der Adel zur Rechten des Königs Platz genommen hatte. Kommunist_innen müssen, und das folgt auch Marx, zu einer anderen politischen Selbstdefinition kommen.

Strategisch auf eine handlungsfähige Linke hinzuwirken, bezieht sich auf das Ziel, effektiv in der Konfrontation mit Staat, Kapital und Reaktion agieren zu können (vgl. ebd.: 10). Das Machtmittel dieser ›Gegenmacht‹ stellt die Streikfähigkeit der Basisorganisationen dar, die das Funktionieren des kapitalistischen Systems behindern können sollen (vgl. ebd.: 20). Damit folgt die Idee der handlungsfähigen Linken der geschlossenen Form einer bürgerlichen politischen Logik. Diese politische Logik beinhaltet einen Willen, der sich als allgemeinen Willen durchzusetzen sucht, und die Bestimmung der effektiven Mittel hierfür. Es ist dies die politische Logik des Staats selbst, und das wird solange so sein, als eine handlungsfähige Linke sich nicht durch Eigenes, sondern als ›Gegenmacht‹ gegen den Staat versteht und damit von diesem gerade abhängig ist.

Ist diese Handlungsfähigkeit als Ziel gesetzt, dann muss sich auch die Organisierung selbst nach der Zweckmäßigkeit für die Durchsetzung dieses politischen Willens bestimmen. Und entsprechend wird sich wieder das Problem einer Avantgarde-Partei nach Leninschem Muster ergeben. Das ist der Fall bei der *Interventionistischen Linken (IL)*, die zwar anders als die *AKK* eine Hegemonie, letztlich eine linke Mehrheit bei Wahlen, anstrebt, mit ihr aber die Zielsetzung der ›handlungsfähigen Linken‹ teilt. Die *IL* ist aus einer strategischen Verabredung im Jahr 1999 hervorgegangen, bei der vereinbart wurde, »eine neue, radikale gesellschaftliche Linke, die um politische Hegemonie ringt und Gegenmacht organisiert« (IL 2014) zu schaffen. Zwar tritt die *IL* nicht ›als‹ Avantgarde auf. Sie betont stets, dass die Prozesse der Selbstorganisation und Bewusstseinsbildung entscheidend sind. Zugleich hat sie aber sehr klare Überlegungen dazu, ›auf welche Weise‹ ihre Aktionen und Kampagnen so anzulegen sind, dass es in ihnen zu ›bestimmten‹ Erkenntnis- und Radikalisierungsprozessen und Subjektivitäten in Orientierung auf eine linke Hegemonie kommt.

Es ist nicht falsch, eine Interventionsmacht innerhalb der bestehenden Verhältnisse aufzubauen. Aber das darf nicht als selbständiges Ziel fixiert werden. Das Ziel muss vielmehr der Aufbau von Produktionsbeziehungen von solcher Stärke und Reichweite sein, dass sie die Selbsterhaltung unabhängig vom Kapital gewährleisten können. Wenn die Menschen in dieser Selbsterhaltung unabhängig werden, haben sie auch die Basis und die Macht, wirklich handlungsfähig gegenüber Staat und Kapital zu sein.

2. Wenn die gegenwärtige Organisierung auf kommunistische Produktionsbeziehungen hinarbeiten und eigentlich schon eine Vorstufe dazu darstellen soll, dann müssen sich die Organisierten gemeinsam über den ›Weg zum Kommunismus‹ klar werden, insbesondere darüber, was ihre konkrete Tätigkeit damit zu tun hat. Wolfram Pfreundschuh hat in *Grundlagen einer internationalen Kommunalwirtschaft* einige sehr wichtige Überlegungen dafür zusammengetragen.

Nicht funktionieren wird es so, wie es 1917 die Bolschewiki gemacht haben. Revolution hieß für sie zuallererst Übernahme der Staatsmacht, woraus keine Revolutionierung der Produktionsweise entstehen konnte. Die Bolschewiki hatten zwar vorgehabt, die Gesellschaft per Regierungsbeschluss kommunistisch zu gestalten. Aber kommunistische Produktionsbeziehungen kann man nicht von oben verfügen, die Menschen können sie nur selbst aufbauen und entwickeln.

Dafür müssen sie ihre Austauschbeziehungen nach ihren besonderen Arbeitszeiten, Fähigkeiten, Umständen und Bedürfnissen bemessen und regeln. Diese politische Vermittlung ihrer Arbeitsteilung wird nicht möglich sein, solange das Geld letztere vermittelt, denn das Geld ist ein Gleichmacher, für den individuelle Bedürfnisse und Umstände gleichgültig sind. Das Geld muss also abgeschafft werden. Sie wird aber auch nicht auf einer unmittelbaren Ebene von Individuum zu Individuum stattfinden können. Viel-

mehr muss die politische Verhandlung über die Austauschbeziehungen – der Hinweis auf Bedürfnisse, die Bemessung und Verteilung der Arbeiten, der Vorschlag neuer Arbeiten, die Einigung über all das – allgemein organisiert werden.

Die Form dieses politischen Prozesses ist die rätedemokratische Kommune, die »politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen« kann (Marx 1871: 342), eine Kommune wie die von 1871. Deren Räte waren ausnahmslos keine Berufspolitiker_innen, sondern stammten aus den Bezirken von Paris, in denen sie gewählt worden waren, kannten also die Verhältnisse ihrer Wähler_innen, weil sie ihre eigenen waren. Gegenüber ihren Wähler_innen waren diese Räte verantwortlich, und sie waren jederzeit absetzbar.

Die Macht des Kapitals besteht, solange das Proletariat frei ist von den Mitteln, sein Leben selbst zu reproduzieren. Solange wird das Proletariat seine Arbeitskraft dem Kapital verkaufen müssen, um zu überleben. Aber das Kapital muss die Produkte dieser Arbeitskraft wieder ans Proletariat verkaufen können. Wenn die Proletarier_innen anfangen, die Mittel für ihre Selbsterhaltung unabhängig vom Kapital zu produzieren, entziehen sie der Macht des Kapitals den Boden. Wenn niemand mehr die Produkte des Kapitals kauft, wird das Kapital seinen Wert verlieren und zugrundegehen. Mit dieser kapitalunabhängigen Selbsterhaltungsproduktion kann die kommunistische Entwicklung beginnen. Sie ist, anders als der Streik, die wirkliche Gegenmacht gegen das Kapital.

Die landwirtschaftliche Produktion der allernötigsten Lebensmittel in einem kleinen Kreis von guten Freund_innen oder die alleinstehende ›Genossenschaft ohne Chef_innen‹ sind natürlich keine Selbsterhaltung. Sie können nicht einmal unabhängig vom Kapital sein, was sie eigentlich wollen. Selbsterhaltung bezieht sich auf die wirklichen, gesellschaftlich entwickelten Bedürfnisse. Den Kapitalismus aufheben wird so eine andere Produktion nur, wenn »alle Menschen [...] ihre durch einen schon erreichten Lebensstandard durchschnittlich notwendigen Lebensmittel (Wohnung, Grundnahrung, Kleidung, Energie, Bildung, Sicherheit usw.) [...] beziehen.« (Pfreundschuh 2015)

Offensichtlich steht zwischen diesem allerersten Schritt in den Kommunismus und dem Jetzt so einiges. Wie kommen wir dahin? Dafür wird es keine fest umrissene Methode und kein klares Programm geben können. Man wird nirgends einen eindeutigen Hebel wie den Staat (Lenin) oder einen Flächenbrand von Streiks finden, um damit in einem zentralen Ereignis alles zu ändern. Vielmehr werden viele verschiedene Praxen zusammenkommen müssen. Dazu können genossenschaftliche Übernahmen von stillgelegten Betrieben, Häuser- und Betriebsbesetzungen, solidarische Tauschbeziehungen, Protestbewegungen, Rekommunalisierung von Energie und Verkehr, Demokratisierung der kommunalen Strukturen und rechtliche Erleichterung von solidarischer Wirtschaft gehören. Für all dies gibt es international und auch hierzulande schon zahlreiche Beispiele: Die *Zapatistas* in Mexiko, *Cecosesola* in Venezuela, das *Kommuja-Netzwerk* im Wendland, das *Mietshäusersyndikat*, *vio.me* in Griechenland, *Strike Bike* usw. usf. Diese Praxen werden lange nur als Vorstufe und Kampf gegen den Kapitalismus bestehen, erst nach viel Arbeit des Aufbaus werden wir zu einer nichtkapitalistischen Produktion kommen.

3. Wer nur gegen Auswüchse des Kapitalismus protestiert, ohne ein Bewusstsein der systemischen Zwänge zu haben,wird vielleicht ein paar halbe Verbesserungen erreichen, in seinem Kampf aber letztlich scheitern. Es ist genau, wie die *AKK* sagt: »Widerstand kann nur mit Klassenbewusstsein geleistet werden.«

Das formuliert sie aber in einer ziemlich problematischen existentialistischen Subjekttheorie. Sie versteht Klassenbewusstsein als die »Konstituierung potenzieller Träger_innen sozialrevolutionärer Veränderung« (AKK 2015: 10), damit als Konstituierung einer im Voraus bestimmten Subjektivität. Diese Subjektivität ist notwendige Bedingung für einen Zweck, der von der *AKK* vorausgesetzt wird: die ›sozialrevolutionäre Veränderung‹. Am Widerspruch des Kapitals gegen die Bedürfnisse der Proletarier_innen soll sich ein qualitativ neues Bewusstsein entzünden, das sich seiner Situation innerhalb der kapitalistischen Totalität bewusst ist, sich als »anti-fetischistisches« (ebd.: 14) nicht mehr täuschen lässt und sich stets solidarisch mit anderen verhält. Es ist dichotomisch der »reale[n] Bewusstseinslage;« (ebd.: 17) entgegengestellt und ermöglicht das ›Selbsttätigwerden in der Geschichte‹, also eine nur von sich selbst ausgehende geschichtliche Tätigkeit.

Was ist da der Unterschied zu der existentialistischen Erzählung, wonach die Menschen alle im Betrieb befangen sind und unselbständig vor sich hin vegetieren, bis sie von einem Stachel aufgereizt werden, endlich aufwachen und sich selbst ergreifen, von der Wortwahl abgesehen? Ein solcher Existentialismus ist mit der Vorstellung einer reinen Subjektivität verbunden, die unabhängig von ihren materiellen Verhältnissen eine qualitative Änderung zu einem autonomen Selbst, einem wesentlichen Ideal der bürgerlichen Ideologie, erfahren soll. So wird den Individuen aber vorgeschrieben, was für eine Subjektivität sie haben sollen.

Verbunden mit diesem Existentialismus ist die individualistische Gesellschaftskritik im Strategiepapier. Kriterium der Kritik ist stets der Widerspruch des Kapitals gegen das Bedürfnis des Individuums (vgl. bd.: 10/12), also der Marcusianismus der Unterdrückung des guten Individuellen durch das böse Abstrakt-Allgemeine. Der Riss dieser Gesellschaft geht aber mitten durch uns selbst. Genauso könnte man sagen, dass im Kapitalismus das Allgemeine den Interessen von Individuen unterworfen ist.

Man müsste die Frage des Bewusstseins nicht objektiv von der vorbestimmten Form des Totalitätsbezugs durch Widerspruchserfahrung angehen, sondern im eigentlichen Sinne subjektiv von konkreten Erfahrungsprozessen her, ausgehend von Enttäuschung, Zweifel, Erkenntnisohnmacht und den Wahrnehmungen, Grübeleien und Diskussionen, die zum Verstehen führen. Kritisches Bewusstsein geht, und hier hat das Papier

recht, vor allem aus lokalen Alltagskämpfen hervor, und die strategische Frage der Organisierung muss sich wesentlich um dieses Kleinteilige bemühen. Klassenbewusstsein kann dann aber nicht objektiv, als begrifflich zu bestimmende Form gefasst werden. Es ist eine bestimmte Weise, bereits bestehende Kämpfe zu führen, und ist subjektiv, auf ›uns‹ Akteur_innen bezogen. Klassenbewusstsein ist dann ein bestimmtes Bewusstsein, in dem ›wir‹ diese Kämpfe führen, und das vielleicht gar nicht so leicht zu erreichen und aufrechtzuerhalten ist. Sein fester Boden liegt nicht in einem ›anti-fetischistischem‹ Selbstsein, sondern in einer Kultur des Widerstands.

4. In einer Kultur des Widerstands, also einer Lebensweise des Widerstands, ist Solidarität zur Praxis des Alltags geworden: Sie steht dort in der Gewissheit, dass der_die andere ebenso für mich einstehen wird, wie ich für Ihn_sie.

»Als Sturmabteilungen der Nationalsozialisten in einem Bierlokal in der Schwartzkopfstraße ein Standquartier eingerichtet hatten, um von hier aus das Einfahrtsgebiet zum Wedding zu überwachen, schlossen sich die Bewohner des Viertels spontan zusammen, vertraten ihre übereinstimmenden Interessen und machten die Forderung auf Schließung des Versammlungshauses zu einer politischen Frage. [...] Da standen sie, die Träger der Handlung, in der Schwartzkopfstraße, der Pflugstraße. Sie waren aus den Fabriken, den Werkstätten gekommen. [...] Meine Mutter [...] stand in der Menge der Arbeiter und Arbeiterinnen, schwieg noch, wie die andern. Wir hatten geglaubt, sagte sie, daß die Faschisten sich durch unser Warten, unsre Ausdauer verdrängen ließen. Wir waren die Mehrheit hier. Es war unser Stadtteil.« *(Weiss 2005: 162f.)*

Zwar wurden diese Arbeiter_innen von der Polizei brutal auseinandergetrieben. In dieser Passage aus der *Ästhetik des Widerstands* wird aber kenntlich, was Organisierung sozial und kulturell heißen kann: Nicht Einzelne gehen auf die Straße, sondern der Stadtteil geht auf die Straße und steht für die übereinstimmenden Interessen ein. Organisierung, so verstanden, ist eine manifeste Verbindung der Menschen in ihrem Leben. Diese Verbindung ist wiederum nicht die zum spektakulären Bild gewordene homogene Arbeiter_innenkultur, sondern entsteht damals wie heute nur aus einem Zusammenhang von vielfältigen gemeinsamen Praktiken. Zu diesen sind zu zählen: die gegenseitige Unterstützung im Alltag der Reproduktion – Kinderversorgung, Mitteilung von Kenntnissen, Zurverfügungstellen von Fähigkeiten –, die geteilte Gestaltung von freier Zeit – Straßenfeste, widerständiges Liedgut (*die Internationale, Bella Ciao, Macht kaputt was euch kaputt macht, Deutschland muss sterben, damit wir leben können*), der gemeinsame, begeisternde Alkohol- und Drogenkonsum –, oder auch die Gestaltung des Viertels, der Kleidung und des Körpers, schließlich gemeinsame Widerstandserfahrungen und ein geteiltes und kommuniziertes Bewusstsein derselben Proletarität. Nicht für ein Klassenbewusstsein, das als selbständiges fixiert wurde, müssen wir strategisch agieren, sondern für den Aufbau dieser Widerstandskultur.

5. Die »Bedürfnis- und Bewusstseinsstrukturen [der lohnabhängigen Klasse] sowie ihr Alltagsleben müssen [...] untrennbarer Teil einer sozialrevolutionären Strategie und Praxis sein.« (AKK 2015: 12).

Das ist entscheidend, muss aber viel dezidierter, als es das Papier tut, ausgeführt werden. Das Alltagsleben als solches muss in seinen Lebensverhältnissen und seinem Eigensinn zu einem wesentlichen Bestandteil der Strategie werden. Es darf nicht zu einem Nebenschauplatz gegenüber der generalstreikfähigen politischen Organisierung im Horizont einer ›handlungsfähigen Linken‹ werden. Das ist die Tendenz des Papiers. Praktisch bedeutet dies, dass die Lebensverhältnisse des Privaten und der Kultur – der Wohnformen, der Familienformen, des Privateigentums am Kind, der privaten Konsumgestaltung ebenso wie der Psychotherapie, der Medien, des Theaters usw. usf. – aufgelöst und umgestaltet werden müssen.

Jüngere Initiativen in dieser Richtung hier in Frankfurt am Main waren die Besetzung des ehemaligen Sozialrathauses durch *communal west* im Jahr 2013, mit dem Ziel, ein selbstorganisiertes Stadtteilzentrum zu gründen, sowie die *Projektgruppe Philosophicum*, die, laut einem Flugblatt, in einem ehemaligen Universitätsgebäude »Wohnen, Arbeiten, Kultur und Erholung so [...] verknüpfen [wollte], dass diese Bereiche sich gegenseitig unterstützen und zu einem vielseitigen Alltagsleben führen.«

Einschlägig sind jedoch die vielfältigen Projekte vom Ende der 60er bis in die 80er hinein, die Kommunen, Kinderläden, antipsychiatrischen Einrichtungen und Medienprojekte. Stichwortgeber dieser kulturrevolutionären Bewegung war Wilhelm Reich.

6. Reich hatte zuerst in seiner *Massenpsychologie des Faschismus* von 1933 deutlich gemacht, dass die bürgerlichen Formen des Alltagslebens, insbesondere die patriarchale Kleinfamilie, eine moralische Schicht in den Menschen hervorbrachte, die einer emanzipatorischen Praxis entgegengesetzt war:

> *»Die revolutionäre Bewegung hatte auch die Bedeutung der dem Anscheine nach nebensächlichen kleinen Gewohnheiten des Alltags nicht richtig eingeschätzt, ja sehr oft sie in falscher Weise ausgenützt. Das kleinbürgerliche Schlafzimmer, das sich der ›Prolet‹ anschafft, sobald er Möglichkeiten dazu hat, auch wenn er sonst revolutionär gesinnt ist, die dazugehörige Unterdrückung der Frau, auch wenn er Kommunist ist, die ›anständige‹ Kleidung am Sonntag, steife Tanzformen und tausend andere ›Kleinigkeiten‹ haben bei chronischer Wirkung unvergleichlich mehr reaktionären Einfluß, als Tausende von revolutionären Versammlungsreden und Flugzetteln gutmachen können.« (Reich 1972[1933]: 90)*

In der erdrückenden kulturellen Atmosphäre der Kleinfamilie bilden sich nach Reich starke moralische Werte wie Anerkennung, Persönlichkeit, Pflichtbewusstsein, Anstand, Familientreue. Es ist eine gesellschaftlich produzierte moralische Schicht, die »den wirtschaftlich unterdrückten Menschen strukturell derart [verändert], daß er gegen sein materielles Interesse handelt, fühlt und denkt.« (ebd.: 57) An solche tiefe Schichten der Persönlichkeit wie den Wert des Anerkanntseins oder die Liebe zur Mutter kommt man »mit Argumenten des Verstandes nicht heran« (ebd.: 78).

Grundlage hierfür ist, so Reich, die innige Verflochtenheit von Familienbindung und ökonomischer Existenzbedingung. Die Familie ist einerseits die Einheit, die der ökonomischen Vereinzelung in der bürgerlichen Gesellschaft unterworfen ist. Sie ist auf sich allein gestellt und von anderen Familien isoliert. Dies hat Folgen für die innerfamiliären Beziehungen, zentral die patriarchale Stellung des Vaters. Andererseits nehmen diese Beziehungen die Gestalt der Liebe, einer sehr speziellen Liebe, an. Es ist nicht unmittelbar die materielle Abhängigkeit vom Vater, die es undenkbar macht, gegen seine Autorität zu verstoßen, sondern die Liebe zu ihm. Weil man sich nur im Schoße der Familie – nirgends sonst – wirklich aufgehoben wissen kann, darf man nie vergessen, wem man seinen Dank schuldig ist. Die ökonomischen Zwänge erfordern »eine strenge familiäre Bindung aller Familienmitglieder aneinander« (ebd.: 72). Diese Welt ist so sehr eingeengt von Liebespflichten und Liebesdrohungen, dass eine ständige Selbstbeherrschung nötig ist. Daraus entwickelt sich die »Haltung« der bürgerlichen Persönlichkeit, also die erwähnten Vorstellungen von Anstand, Pflicht, Anerkennung.

Während Reich die Bedeutung der Sexualität mystifizierte und die Lösung, vor allem in *Die Sexualität im Klassenkampf (1966 [1336])*, in befreitem Sex sah, überdies nur in heterosexuellem, zog in den 1960er Jahren der antiautoritäre Flügel des SDS den Schluss, dass für die Revolutionierung des bürgerlichen Individuums »kollektive Lebens- und Arbeitsformen entwickelt werden [müssen], in denen die Individuen sich neu produzieren können.« (Bookhagen et al. 1969: 32) Gemeint waren damit die »Erfahrungen der Kommunen, der Kinder- und Schülerläden und der Aktionsräte zur Befreiung der Frauen« (ebd.: 33).

Stimmt man Reich zu, dann folgt in der Tat, dass die ökonomische Isolation der Individuen, unter deren Zwängen sich alle Beziehungsbedürfnisse abspielen müssen, im Alltagsleben aufgehoben werden muss. Erst wenn das Alltagsleben gemeinsam reproduziert wird und das Individuum ökonomisch nicht immer nur wieder auf sich allein zurückgeworfen ist, werden sich die Ängste, moralischen Bedürfnisse und Selbstverwirklichungsphantasien auflösen.

Ein solcher Versuch war die Kommune 2 in Westberlin, in die 1967 sieben Erwachsene und zwei Kinder eingezogen waren. Die Kommune 2 stellte die ökonomische Reproduktion der Gruppe durch Ausgleich der verschieden hohen Einkünfte und gemeinsame Arbeit auf eine kollektive Basis, plante den Konsum, unter Achtung der individuellen Bedürfnisse, gemeinsam (Kleidung, Auto, Zigaretten), führte den Haushalt gemeinsam (Kochen, Einkaufen, Kassenbuch) und kümmerte sich auch gemeinsam um die beiden Kinder (vgl. ebd.: 52, 64ff.). Und so ähnlich haben es ja auch viele andere Kommunen und Hausbesetzungen versucht.

Die Emanzipation des Privatlebens stünde auch heute an. Zwar ist die autoritäre Familie, wie Reich sie beschreibt, einer Pädagogik des Kindeswohls in Patchwork-Familien gewichen. Diese neue familiäre Liebe ist aber nur eine neue Form der Entfremdung, und eher noch verschärft hat sich die Vereinzelung der Individuen, auf deren Boden sie ihr Alltags-, Beziehungs- und Gefühlsleben meistern müssen. Weder neue Mütter und Väter, die ›alles besser machen‹, noch eine postmoderne Änderung des Selbstverhältnisses können sich über die kapitalistische Lebensproduktion hinwegsetzen.

Es muss um die Kollektivierung der Reproduktionsformen des Privaten und die Aufhebung der ökonomischen Abhängigkeit und Vereinzelung gehen. Für eine revolutionäre Strategie ist es unabdingbar, der Reproduktion des bürgerlichen Individuums seine Voraussetzung zu entziehen. Erst wenn die Individuen nicht mehr von Anerkennung abhängig sind, wird der Entstehung des Rassismus der Boden entzogen. Erst, wenn Chef_in, bürgerliches Recht und Obrigkeit ihre moralische Aura verloren haben, ist die Basis für wirkliche Solidarität, gemeinsamen Kampf, Organisierung entlang geteilter Interessen gegeben.

In der Aufsprengung des bürgerlichen Alltagslebens geht es aber nicht nur darum, der Revolution nützlich zu sein. Das bürgerliche Alltagsleben reproduziert eine eigene Form abstrakter Herrschaft in der Kultur, nicht zuletzt die Logik der binären Geschlechtlichkeit. Die Kulturrevolution muss daher untrennbarer Bestandteil der emanzipatorischen Praxis sein.

7. 1871. Die Atmosphäre in Paris war hochpolitisiert. Allerorts schossen Komitees aus dem Boden und diskutierten die öffentlichen Angelegenheiten. Sie bildeten die wirkliche Selbstverwaltung von Paris. Zu ihr gehörte die Selbstorganisation und Selbstbewaffnung von Frauen. In Paris entstand damals die erste feministische Massenorganisation der Geschichte. Ausgelassenes Feiern war an der Tages- bzw. Nachtordnung, und die künstlerische Produktivität blühte in allen Schichten und Tendenzen auf. Es war selbstverständlich, dass das Alltagsleben nicht mehr von der Politik auszunehmen war, und die politische Betätigung unmittelbar im Alltagsleben stattfand: »Die Pariser Kommune ist das größte Fest des XIX. Jahrhunderts gewesen.« (Debord et al. 1962)

Bevor die Pariser Kommune am 28. Mai 1871 in einem beispiellosen Gemetzel von konterrevolutionären Truppen niedergeschossen wurde, war in ihr ein fast unglaubliches Gemeinschaftsleben, ein Kommunismus im Wortsinn, entstanden.

Emanuel Kapfinger

*.lit

BOOKHAGEN, CHRISTL / HEMMER, EIKE / RASPE, JAN; SCHULTZ, EBERHARD / STERGAR, MARION (1969): *Kommune 2. Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums. Berlin: Oberbaumverlag.*

DEBORD, GUY (1996 *[1967]*): *Die Gesellschaft des Spektakel S.* Berlin: Edition Tiamat.

DEBORD, GUY / KOTANYI, ATTILA / VANEIGEM, RAOU (1962): *Über die Pariser Kommune,* 18.03.1962. Online unter http://spektakel.blogsport.de/2014/03/18/ueber-die-pariser-kommune/.

HOLFELD, LUKAS (2014): *Das Spiel mit den Waffen. Zur Geschichte der Pariser Commune von 1871,* in: *Kunst, Spektakel und Revolution* (4), S. 83-107.

IL (2014): *IL im Aufbruch – ein Zwischenstandspapier.* Online unter http://interventionistische-linke.org/print/book/export/html/153.

MARX, KARL (1871): *Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation,* in: Marx-Engels-Werke, Bd. 17 (MEW 17). Berlin: Dietz, s. 313–365.

PFREUNDSCHUH, WOLFRAM (2015): *Grundlagen einer Internationalen Kommunalwirtschaft.* Online unter http://kulturkritik.net/was_tun/internationalwirtschaft/text_internationalwirtschaft.html, zuletzt geprüft am 09.02.2016.

REICH, WILHELM (1972 *[1933]*): *Die Massenpsychologie des Faschismus.* Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972.

REICH, WILHELM (1966 *[1936]*): *Die sexuelle Revolution. Zur charakterlichen Selbststeuerung des Menschen. Zuvor: Die Sexualität im Kulturkampf.* Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt 1966.

WEISS, PETER (2005): *Die Ästhetik des Widerstands. Frankfurt am Main: Suhrkamp.*

FÜR EINE GRUNDLEGENDE NEUAUSRICHTUNG LINKSRADIKALER POLITIK

In den letzten Jahren nehmen wir hoffnungsvoll eine neue Suchbewegung innerhalb der radikalen Linken wahr. Die Frage nach einer möglichen tatsächlichen Alternative zum Kapitalismus wird wieder stärker diskutiert – oder die Diskussion darüber zumindest stärker eingefordert – ebenso wie die Diskussion über die Frage, mit welchen konkreten Mitteln und Methoden eine tatsächliche Überwindung des kapitalistischen Systems denkbar sein könnte. Diese Suchbewegung zeigt sich u. a. in den zahlreichen Strategiepapieren, die in den letzten Jahren veröffentlicht wurden. Wir denken, dass es notwendig ist, die Diskussion über aktuelle Perspektiven linksradikaler Politik bundesweit und gruppenübergreifend zu intensivieren und ernsthafte, konkrete Schritte für eine veränderte Praxis daraus abzuleiten. Eines der veröffentlichten Strategiepapiere ist »Der kommende Aufprall« der Antifa Kritik & Klassenkampf, in dem neben einer ausführlichen Analyse der Krisenentwicklung und der aktuellen Verhältnisse auch Rückschlüsse für eine linksradikale Praxis gezogen werden. Besonders gefallen hat uns an dem Text der Bezug auf den Doppelcharakter von Bedürfnissen im kapitalistischen System ebenso wie die Bedeutung, die dementsprechend dem Reproduktionsbereich zugeschrieben wird und darin feministischen antikapitalistischen Kämpfen.

Wir möchten dem Text dennoch einige Aspekte hinzufügen, vor allem in Hinblick auf die praktischen Rückschlüsse, die sich aus der getätigten Analyse ergeben. Die von der *AKK* geschilderten drei Ebenen greifen unserer Meinung nach zu kurz, insbesondere in Bezug auf die Frage der Organisierung und gesellschaftlichen Praxis. Zudem möchten wir den Aspekt des Internationalismus als strategische Notwendigkeit betonen. Die folgenden Gedanken basieren auf dem von uns veröffentlichten Thesenpapier zur grundlegenden Neuausrichtung linksradikaler Politik[1].

REVOLUTIONÄRE POLITIK HEISST, UM DAS POTENTIAL DER GESELLSCHAFT ZU WISSEN

Wir teilen die Ansicht der *AKK*, dass es einer linken Politik bedarf, die sich aus ihrer Zurückgezogenheit und dem Zurückgedrängtsein herausarbeitet. Die wichtigste Grundlage für eine veränderte Praxis sehen wir darin, die Kluft zwischen radikaler Linker und Gesellschaft zu überwinden. Denn die tatsächliche Überwindung kapitalistischer, patriarchaler und staatlicher Strukturen kann weder für die Gesellschaft erkämpft noch ohne oder gegen sie durchgesetzt werden. Vielmehr ist Revolution nur als kontinuierlicher Prozess zu verstehen, der von breiten Teilen der Bevölkerung getragen und erkämpft wird. Andernfalls verkommt Revolution zu einem Herrschafts- und Zwangsprojekt von oben und linksradikale Politik zu Elitarismus, weil der Kampf für die Gesellschaft den Kampf in und mit ihr ersetzt. Um das grundlegende Potential für emanzipative Veränderungen auch in der bundesdeutschen Gesellschaft zu erkennen, ist es wichtig, dass wir zwischen Strukturen und Individuen und zwischen Staat und Gesellschaft unterscheiden und uns selbst als Teil der gespaltenen und widersprüchlichen Gesellschaft begreifen. Das bedeutet, einen radikalen Bruch mit den selbstbezogenen, identitären und subkulturell geprägten Aspekten bisheriger Szenepolitik zu vollziehen.

Die linksradikale ›Szene‹ hat für viele, die sich ihr zugehörig fühlen, vor allem eine soziale und emotionale Bedeutung. Der subjektive Vorteil des Szenelebens besteht erst einmal unabhängig von ihrer gesellschaftspolitischen Relevanz. Dadurch drängt sich die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht unmittelbar auf, denn das Szenedasein lässt sich als Rückzug in eine gesellschaftliche Nischenexistenz leben, als eine Art Aussteiger_innentum. Damit wird der Erhalt der Subkultur zum Wert an sich. Das Heraustreten aus den gewohnten Kreisen und der Geborgenheit einer uns ständig bestätigenden Kultur ist bei einigen mit Unsicherheiten und Ängsten verbunden. Wir denken, es bedarf eines bewussten, gemeinsamen Lernprozesses, um sich die Fähigkeit (wieder)anzueignen bzw. weiter zu entwickeln, andersdenkenden Menschen auf Augenhöhe zu begegnen, Widersprüche auszuhalten und eigene Analysen und Standpunkte zu vertreten und verständlich zu vermitteln. Das erfordert sowohl die kollektive Auseinandersetzung mit eigenen Ängsten und Unsicherheiten, die gemeinschaftliche Aneignung von Fertigkeiten und Kenntnissen, als auch die Diskussion der Frage, wie revolutionäre Inhalte so vermittelt werden können, dass sie als relevant und realistisch betrachtet und empfunden werden.

NEUAUSRICHTUNG LINKSRADIKALER PRAXIS

Dem Rückzug in die Bequemlichkeit der eigenen Szene entspricht eine politische Praxis, die vorwiegend auf abstrakter politischer Ebene ansetzt und sich in einzelnen, gespalteten Teilbereichs- und Abwehrkämpfen zerreibt, Einpunktbewegungen und Gipfelmobilisierungen favorisiert und Kampagnenpolitik als zentrale Methode einsetzt. Wir sind der Meinung, dass es einer grundsätzlichen, tiefgreifenden Veränderung und Neuausrichtung linksradikaler Politik bedarf. In der Bundesrepublik ist der bürgerliche Staat als vermeintlich neutraler Verwaltungsstaat tief im Bewusstsein der Menschen und den Strukturen der Gesellschaft verwurzelt. Er durchdringt fast alle Bereiche und regelt fast alle zwischenmenschlichen Beziehungen. Entsprechend groß ist die Obrigkeitsgläubigkeit, während es kaum Vorstellungen davon gibt, wie sich eine Gesellschaft ohne zentrale staatliche Kontrolle und Regulierung selbst organisieren kann. Eine tatsächliche Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen und damit die Überwindung des kapitalistischen Sys-

tems, des Prinzips der Klassenherrschaft und des Staates kann nur dann stattfinden, wenn Menschen überhaupt erst einmal wieder Erfahrung mit Selbstorganisation und darin mit Selbstwirksamkeit und Solidarität machen.

Insofern geht uns die im *kommenden Aufprall* beschriebene Strategie der Intervention in und Vernetzung bestehender sozialer Kämpfe und politischer Gruppen nicht weit genug. Die Logik des Kapitals hat alle Bereiche der Gesellschaft eingenommen. Als Konsequenz haben sich Faktoren wie Konkurrenz, Leistungs- und Arbeitszwang, Individualisierung und Prekarität etabliert, die zur Spaltung und Atomisierung der Gesellschaft führten und führen. Unter solchen Bedingungen werden nicht nur gemeinsame Probleme als individuelle wahrgenommen und ihnen dementsprechend individuell begegnet. Jede_r ist dem kapitalistischen System infolge der Durchsetzung des Neoliberalismus nach der Zerstörung kollektiver sozialer Strukturen auch tatsächlich einzeln und allein ausgesetzt, sei es im Betrieb, vor dem Amt etc. Es ist kein Wunder, dass unter diesen prekären Bedingungen Konkurrenz den Platz von Solidarität einnimmt und Individualisierung den Platz von Gemeinschaftlichkeit. Auch werden rassistische und nationalistische Spaltungstendenzen gestärkt. Die gesellschaftlichen Bedingungen für spontane emanzipatorische Organisierungsprozesse werden dadurch erheblich erschwert. Insofern reicht es unserer Ansicht nach nicht aus, eine Plattform ins Leben zu rufen, auf der sich bestehende soziale Kämpfe und politische Gruppen vernetzen, weil sie so ohne soziale Basis im Alltagsleben der Menschen und dadurch hohl bleibt. Wir halten es für notwendig, weit vorher zu beginnen und überhaupt erst wieder Räume und Strukturen aufzubauen und zu stärken, in denen wir als Gesellschaft lernen, wie wir unser Leben ohne Vermittlung des Staates selbst organisieren und Probleme im Alltag selbständig miteinander aushandeln können. Wir müssen Orte schaffen, an denen die herrschenden unterdrückerischen Werte, Normen, Denkweisen und Strukturen infrage gestellt und verändert werden können. Orte, an denen neue Erfahrungen möglich sind. Orte, an denen sich emanzipative Werte und Denkweisen herausbilden können. Den Aufbau von selbstorganisierten Strukturen halten wir letztlich überall dort für sinnvoll und notwendig, wo sich unser Alltag vollzieht, um diesen Alltag zunehmend dem staatlichen Zugriff zu entreißen und in das Feld gesellschaftlicher Selbstbestimmung zu überführen. Offenkundige Felder sind Erwerbstätigkeit (Betrieb, Ämter), Wohnen (Haus, Straße, Stadtteil), Reproduktion (insbesondere Kinder und Pflege) sowie Lebensgrundlagen (solidarische Netzwerke, Lebensmittelproduktion, Gesundheit) etc. Da viele Lohnabhängige vor allem im prekären Niedriglohnbereich keine festen Arbeitsplätze mehr haben, sondern häufig den Betrieb wechseln und dadurch vereinzelt sind, werden die Bedingungen für eine kontinuierliche Organisierung und Entwicklung von Kämpfen auf Grundlage des Arbeitsalltags zunehmend schwieriger. Vor diesem Hintergrund spielt der Aufbau von selbstorganisierten Strukturen in Stadtteilen eine besondere Rolle. Diese können dann Ausgangspunkt von Kämpfen auch in anderen Bereichen werden.

REVOLUTIONÄRE KULTUR STATT NEOLIBERALE WERTE

Die Fokussierung im *kommenden Aufprall* auf Arbeitskämpfe und soziale Revolution vernachlässigt unserer Ansicht nach wesentliche Aspekte einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung. Wir begreifen Revolution nicht nur als eine Veränderung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen, sondern auch als radikale Veränderung des individuellen und gesellschaftlichen Seins und damit der Art und Weise, wie wir unsere Beziehungen gestalten, miteinander kommunizieren und uns zu einander verhalten. Kapitalismus hat nicht nur Strukturen der Ausbeutung geschaffen, sondern sich auch auf allen Ebenen in unsere Köpfe und Herzen eingegraben. Revolution als kontinuierlicher Prozess bedeutet insofern die ganzheitliche Befreiung von den Strukturen, dem Denken und Fühlen des kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Systems. Eine revolutionäre Kultur entsteht dabei nicht durch die bloße Abwesenheit von falschen und unterdrückerischen Denk- und Verhaltensweisen (›wir sind antikapitalistisch, antirassistisch, antisexistisch etc.‹). Vielmehr müssen die entsprechenden Alternativen aktiv geschaffen und ins Leben gerufen werden. Das heißt: Die Veränderung und Entwicklung unserer eigenen Persönlichkeit sowie die konkrete Verwirklichung emanzipatorischer und solidarischer Umgangsweisen in unseren Strukturen müssen fester Bestandteil unserer politischen Arbeit werden. Denn revolutionäre Politik beginnt als allererstes bei uns selbst. Ob wir eine gesellschaftliche Kraft werden, hängt unserer Ansicht nach auch davon ab, inwiefern es uns im Hier und Jetzt bereits gelingt, eine andere Kultur des Alltagslebens zu schaffen und inwiefern sich Menschen in unseren Strukturen gesehen, willkommen geheißen und einbezogen fühlen. Das Erleben solch einer anderen Kultur ist das wirksamste Mittel, um dem Glauben an die Unveränderlichkeit der Dinge entgegenzutreten und Menschen das Wissen um die Machbarkeit wirksamen, selbstbestimmten und gemeinschaftlichen Handelns zu vermitteln.

EINE REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE BEDARF IN DER BRD EINER RADIKALEN KRITIK DES STAATES, DER SOZIALDEMOKRATIE UND IHREN INSTITUTIONEN

Die fehlende Erfahrung und das fehlende Selbstbewusstsein in und mit sozialen Kämpfen führt dazu, dass sich linksradikale Gruppen auf dem Weg raus aus der Subkultur häufig den vermeintlichen Repräsentant_innen der Gesellschaft wie Gewerkschaften, Parteien oder staatlichen Stadtteilstrukturen zuwenden und sich auf deren vermeintliche Erfahrung und Mobilisierungskraft berufen. Diese Bündnisse werden dabei häufig als Ersatz für eine echte Organisierung und einen Kampf von unten angesehen. Die Überzeugung, Gesellschaftsveränderung könne über Teilhabe an den Institutionen des parlamentarisch organisierten Staates und der institutionalisierten Zivilgesellschaft erzielt werden, reicht weit in linksradikale politische Ansätze hinein. Als Ursachen hierfür sehen wir u. a. ein tiefes Misstrauen gegenüber der Bevölkerung und ihrem Potential zu Emanzipation und Selbstbestimmung sowie die der Bewegungsstarre folgende Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit. Wir halten eine radikale Kritik am Staat ebenso wie am Konzept der Zivilgesellschaft und sozialdemokratischen Institutionen für grundlegend für eine revolutionäre Praxis in der BRD. Reformistische und linksliberale Politikansätze sind unserer Meinung nach eines der größten Hindernisse und Gefahren für die Entwicklung und das Fortbestehen von revolutionären Bewegungen. Allein die Analyse der Rolle der deutschen Sozialdemokratie seit den 1900er Jahren reicht aus, um diese Einschätzung zu unterstreichen. Die Geschichte zeigt, dass die Sozialdemokratie sowohl institutionell als auch ideologisch zur Spaltung der Arbeiter_innenklasse sowie der Spaltung der Linken diente. Ähnlich lässt sich die Geschichte der reformistischen Gewerkschaften in der BRD bis heute auswerten. Aber auch eine Analyse des Scheiterns der sozialen Aufstände an verschiedenen Orten weltweit zeigt die spalterische und konterrevolutionäre Rolle, die reformistische Kräfte spielten (innerhalb der Anti-Austeritätsbewegung in Griechenland, *15M* in Spanien, der Aufstände des ›arabischen Frühlings‹, grüne Bewegung im Iran etc.). Insofern kritisieren wir den Ansatz einiger linksradikaler Gruppen, die immer noch eine Zusammenarbeit mit reformistischen Gewerkschaften, NGOs, Parteien etc. als strategisch (und nicht taktisch) sinnvoll betonen und der Arbeit an der Basis der Gesellschaft vorziehen. Es liegt auf der Hand, dass aus Bündnissen mit Funktionär_innen von Institutionen weder die emanzipatorische Kultur noch die Erfahrung mit basisbestimmten demokratischen Strukturen von unten hervorgehen, die eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft von unten ermöglichen. Bestenfalls mündet eine solche Politik in einem sozialdemokratischen Parlamentarismusmodell. Die selbstbestimmte Gestaltung des Alltags und gesellschaftliche Selbstorganisation aber entstehen aus den kollektiven Erfahrungen einer gemeinsam und unmittelbar von unten gestalteten Bewegung. Die zentrale Aufgabe linksradikaler Politik besteht vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis unseres Erachtens darin, selbstorganisierte Strukturen an der Basis der Gesellschaft zu schaffen und zu stärken, die im Alltag der Menschen verankert sind, über einzelne Kämpfe hinaus reichen und auf das verweisen, was wir in Zukunft anstreben.

DIE BASIS EINER GESELLSCHAFTLICHEN KRAFT IST DIE ORGANISIERUNG

In einigen Diskussionen mit Genoss_innen über Perspektiven linksradikaler Politik nehmen wir die Tendenz wahr, dass sich die Politisierung des eigenen Lebens und die Entwicklung einer gesellschaftlichen Praxis in einer Politik der ersten Person erschöpft. Dabei wird unserer Ansicht nach die Bedeutung von Organisierung vernachlässigt, mit der Gefahr, dass wir es am Ende mit lauter kleinteiligen, unverbundenen lokalen Praxen und Initiativen zu tun haben, die sich leicht vom System schlucken lassen. Wir sehen in Organisierung eine zentrale Notwendigkeit revolutionärer Politik, die sich sowohl aus der Analyse der Auswirkungen der kapitalistischen Verhältnisse als auch aus der Analyse historischer und gegenwärtiger revolutionärer Erhebungen, ihren Entstehungsbedingungen sowie den Gründen für ihr Scheitern ergibt.

Die Geschichte zeigt, dass revolutionären Erhebungen ebenso wie radikalen Kämpfen häufig jahrzehntelange, kontinuierliche, geduldige, organisierte Arbeit vorausgegangen ist. Sehr anschaulich wird dies z. B. in der russischen Revolution von 1905, der spanischen Revolution von 1936 oder den aktuellen Entwicklungen in Rojava. Dies macht deutlich, dass organisierte revolutionäre Strukturen zur Entstehung einer revolutionären Bewegung einen wichtigen Beitrag leisten. In unrevolutionären Zeiten sehen wir die Aufgaben vor allem darin, die Ideen und Methoden der Selbstorganisierung von unten, radikale revolutionäre Vorstellungen und Analysen in der Gesellschaft zu verbreiten, zum Aufbau selbstorganisierter Strukturen in allen Lebensbereichen aktiv beizutragen und aktuelle Kämpfe zu unterstützen, in denen für die Durchsetzung konkreter Verbesserungen gekämpft wird, sowie Auseinandersetzungen und Kämpfe anzustoßen und zu radikalisieren. Zudem ist es wichtig, soziale und solidarische Strukturen im Sinne einer widerständigen Infrastruktur aufzubauen. Diese sind nicht nur für einen dauerhaften Kampf unabdingbar, sondern auch während revolutionärer Prozesse oftmals entscheidend dafür, dass Aufstandsbewegungen trotz der Angriffe des Systems weiter bestehen können und eine realistische Aussicht haben, eine Doppelmachtsituation zwischen Staat und selbstorganisierter Gesellschaft zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Auch die Analyse historischer und gegenwärtiger Aufstände zeigt, dass das Vorhandensein von organisierten Strukturen für den Verlauf von Aufständen von elementarer Wichtigkeit ist. Bewegungen scheitern in

RUND
UMS
LEBEN.
RUNDUM GUT

sozialen Kämpfen ebenso wie in revolutionären Situationen, wenn sie nicht über eigene ständige organisierte Strukturen verfügen. Zwar ist die Spontanität der Massen in Kombination mit den materiellen Bedingungen maßgeblich für das Ausbrechen revolutionärer Situationen, die Organisiertheit ist jedoch wichtig für deren Erfolg und Fortbestehen. Andernfalls überlassen wir den Erfolg spontaner Erhebungen völlig ihrer spontanen Durchsetzungskraft gegenüber den organisiert vorgehenden Angriffen des Systems. Die für viele überraschend ausgebrochenen Erhebungen in den letzten Jahren wie die grüne Bewegung im Iran, die Aufstände des *arabischen Frühlings* in Ägypten, Tunesien, Syrien, die Gezi-Proteste in der Türkei, die Massenproteste des *15M* in Spanien, die Anti-Austeritätsproteste in Griechenland haben zwar gezeigt, dass innerhalb dieser Bewegungen spontan Methoden und Elemente der Selbstorganisierung von unten entwickelt und angewandt wurden und ähnliche Basisstrukturen wie Stadtteilkomitees entstanden sind. Gleichzeitig waren diese spontanen Erhebungen aber massiven Angriffen durch die alten Regimes, reformistische und konterrevolutionäre Kräfte ausgesetzt, die ihrerseits organisiert vorgingen und versuchten, die Bewegungen zu spalten, zu instrumentalisieren, zu zerschlagen etc. Wenn Menschen in spontanen Erhebungen erst anfangen, sich die Kenntnisse, die Strukturen und die Erfahrung von Selbstorganisierung sowie das politische Bewusstsein und eine revolutionäre Analyse anzueignen, wenn sie am meisten den Angriffen der konterrevolutionären Kräfte ausgesetzt sind, führt das dazu, dass sie nicht in der Lage sind, langfristig zu bestehen.

Da die Hegemonie der kapitalistischen Ideen eine strukturelle Hegemonie ist, ist es zudem nicht möglich, einzeln oder in gespaltenen kleinen Gruppen gegen sie anzukämpfen. Die Prekarität hat auch die materiellen Bedingungen des politischen und sozialen Kampfes von Linksradikalen verändert. Unorganisiert und vereinzelt wächst die Gefahr, dass wir die herrschenden Denkweisen verinnerlichen und reproduzieren oder im Versuch aufgesogen werden, die eigenen Alltagsprobleme individuell zu lösen. Um vor diesem Hintergrund emanzipative Denkweisen zu verteidigen, zu entwickeln und auszuweiten, bedarf es eines organisierten, kollektiven Kampfes. Gleichzeitig bildet Organisierung die Grundlage für politisches Handeln, das sich an der Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und Entwicklungen orientiert und daraus Strategien, Taktiken und Ziele ableitet. Die vielen Strategiedebatten in unseren Strukturen und die häufig geäußerte Kritik an unserer Politik werden keine Veränderungen zur Folge haben, solange es keinen festen organisierten Rahmen gibt, in dem Veränderung gemeinsam stattfinden kann.

Wir denken, eine der drängendsten Fragen von Revolutionär_innen in der heutigen Zeit ist es, eine geeignete Form der Organisierung zu finden, die den momentanen Bedingungen und Notwendigkeiten entspricht und die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt. Es gibt keine alten, vorgegebenen Lösungen, sondern wir müssen uns kreativ auf die Suche nach neuen Formen der Organisierung machen. Dabei lässt sich festhalten, dass hierarchische Organisationsformen und Führungskonzepte für gesellschaftliche Emanzipation und Selbstbestimmung vollkommen untauglich sind. Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass sie zur Unterdrückung der selbstorganisierten und emanzipatorischen Momente revolutionärer Bewegungen dienten und zur (Wieder-)Herstellung neuer Klassenherrschaft. Entsprechend ist eine Form der überregionalen, revolutionären Organisierung notwendig, in der die Entscheidungsmacht in allen Fragen an der Basis bleibt, die aber dennoch verbindliche Strukturen und ein gemeinsames strategisches Vorgehen ermöglicht. Wir sind nicht in der Lage, hier und jetzt eine konkrete Skizze einer revolutionären Organisation zu entwerfen. Einige grundlegende Aspekte haben wir in unserem Thesenpapier benannt, letztlich muss eine konkrete Form jedoch im gemeinsamen Aufbauprozess und aus einer gemeinsamen Praxis und Diskussion entstehen.

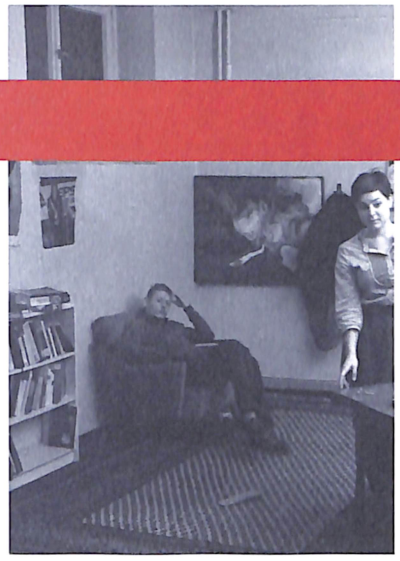
INTERNATIONALISMUS ALS STRATEGISCHE NOTWENDIGKEIT

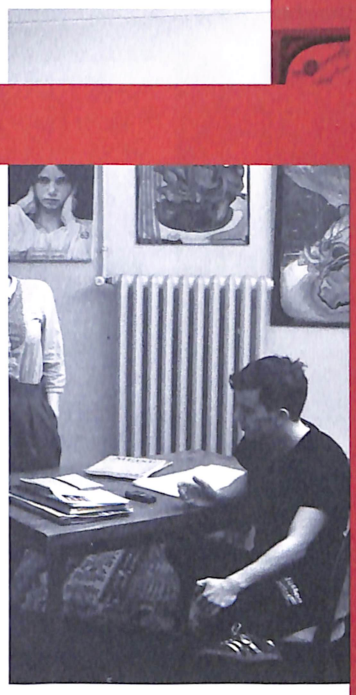
Als letztes möchten wir auf den Aspekt des Internationalismus eingehen, der die Grundlage für unsere Strategie aber auch Organisierungsprozess bildet und der im *kommenden Aufprall* fehlt. Unter Internationalismus wird häufig ausschließlich die Solidarität mit und Unterstützung von Kämpfen und Bewegungen an anderen Orten der Welt verstanden. Wir sehen Internationalismus jedoch als eine strategische Notwendigkeit, die sich aus der Analyse der historisch-materiellen Bedingungen ableitet. Durch die zunehmend globale Organisierung des Kapitals sind auch die Lebens- und Kampfbedingungen an unterschiedlichen Orten voneinander abhängig. Dies zeigte sich z. B. an der Situation in Griechenland. Durch das fast völlige Fehlen von sozialen Kämpfen in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten konnte die Bundesregierung weitreichende Umstrukturierungen auf dem Arbeitsmarkt (aber auch in anderen Bereichen) vornehmen. Dadurch wurde nicht nur die Konkurrenz innerhalb der EU verstärkt, sondern auch das Herrschaftsprojekt der EU gegen die Interessen der Bevölkerungen insgesamt ausgebaut. Diese Entwicklungen haben die Lebens- und Kampfbedingungen v.a. in der europäischen Peripherie massiv verschlechtert. Am Beispiel Griechenlands wird deutlich, dass das Fehlen von antikapitalistischen Kämpfen in den kapitalistischen Zentren wie der BRD ein wichtiger Faktor ist, der die Bedingungen revolutionärer Bewegungen an anderen Orten der Welt beeinflusst. Dies gilt insbesondere auch für Kämpfe in Ländern des globalen Südens, da der Einfluss der westlich-industrialisierten Staaten hier massiv ist. Deshalb erschöpft sich Internationalismus für uns nicht in ›passiver‹ Solidarität mit den Kämpfen an anderen Orten der Welt, sondern beinhaltet v.a. auch die Stärkung internationalistisch ausgerichteter Kämpfe in der bundesdeutschen Gesellschaft. Die Hindernisse bzw. Voraussetzungen für die Entstehung von inter-

nationaler Solidarität und Beteiligung an internationalen Kämpfen sind dieselben, wie für die Entstehung emanzipatorischer Klassenkämpfe in der hiesigen Gesellschaft. Wesentlich für beide ist, dass die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft und die Unvereinbarkeit von Interessengegensätze verschiedener Klassen wieder ins gesellschaftliche Bewusstsein gebracht werden. Auch gilt es, die Gemeinsamkeit und Verbindung von unterschiedlichen Kämpfen herauszustellen und zusammenzudenken – sowohl international als auch hinsichtlich verschiedener Unterdrückungsverhältnisse (Kämpfe gegen rassistische, sexistische, klassistische etc. Unterdrückung) und unterschiedlicher sozialer Kampffelder (Arbeit, Wohnen, Reproduktion, Gesundheit, Bildung etc.).

Der zweite Aspekt, der sich in Bezug auf Internationalismus aus den o. g. Überlegungen ergibt bezieht sich auf die Art und den Aufbauprozess einer revolutionären Organisation. Eine revolutionäre Organisation von radikalen Linken muss den Kontakt zu allen in der BRD lebenden Linken suchen und aufbauen, um sich gemeinsam zu organisieren. Die Erfahrungen aus anderen Kämpfen und das Wissen über die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen an unterschiedlichen Orten fließen so in die Analyse der hiesigen Verhältnisse mit ein und stärken eine internationalistische Perspektive. Durch die gemeinsame Organisierung existiert zudem ein direkter Zugang zu und Kenntnis über den migrantischen Teil der bundesdeutschen Bevölkerung, der ein wichtiges Potential für soziale Veränderung darstellt. Darüber hinaus wird dadurch auch verhindert, dass Unterdrückungsformen in Teilen der Bevölkerung nicht ernst genommen oder ausgeklammert werden. Denn nationalistische, rassistische und rechte Tendenzen nehmen in der Bundesrepublik nicht nur innerhalb der weiß-deutschen Bevölkerung zu, sondern auch innerhalb von migrantischen Communities, ebenso wie islamistische Tendenzen im Rahmen der Ausbreitung des politischen Islam. Gleichzeitig heißt Internationalismus klassischerweise auch den Kontakt zu revolutionären Gruppen weltweit zu suchen, deren Kämpfe zu unterstützen, von ihren Erfahrungen zu lernen und in Austausch auf Augenhöhe zu treten. Internationale Solidarität bedeutet für uns, die tatsächliche Auseinandersetzung zu suchen, eigene Kritik zu äußern, Fragen zu stellen und zu diskutieren. Gleichzeitig ist längerfristig die Frage zu diskutieren, wie die Zusammenarbeit unter verschiedenen revolutionären Gruppen und Organisationen über nationale Grenzen hinweg und über einen gegenseitigen Austausch hinaus aussehen und funktionieren kann.

Kollektiv aus Bremen





***.lit**

KOLLEKTIV BREMEN (2016): *Thesen über Kritik linksradikaler Politik, Organisierung und revolutionäre Praxis,* Bremen, online unter: http://www.trend.infopartisan.net/trd0616/t170616.html.

POLIZEI
POLIZEI

DIE HÖCHSTE FORM DER SELBSTTÄTIGKEIT IST IHRE ORGANISIERTE FORM

Zur Kritik des sozialistischen Büros

Die Genoss_innen der *Antifa-Kritik & Klassenkampf* haben in ihrem Traktat *Der kommende Aufprall* an das *Sozialistische Büro (SB)* erinnert und damit eine Diskussion über dessen mögliche Neugründung angeregt.

Die anhaltende geschichtliche Aktualität des SB hat seinen letzten Grund darin, dass sein es kennzeichnender Arbeitsfeldansatz von ihm selbst nicht entfaltet wurde. Der Arbeitsfeldansatz ist keimhaft geblieben, und hat in dieser Form die Hülle des *SB* überlebt; er ist unabgegolten. Das *SB* als möglicher Organisator der Arbeitsfelder hat sich selbst als ein uneingelöstes Versprechen hinterlassen. Eine Kritik des *SB* muss daher zwischen dessen Wesen und Erscheinung unterscheiden.[1]

ZWEIERLEI LINKSSOZIALISMUS

Dieser Widerspruch spiegelt sich innerhalb der Geschichte des *SB* in dem Konflikt zwischen Rudi Dutschke und Oskar Negt wider. Der wesentliche Widerspruch zwischen Dutschke und Negt liegt darin, ob die Konstituierung des *SB* aus dem überlieferten ›parteiischen Totalitätsbewusstsein‹ als historisch gewordene Voraussetzung des Arbeitsfeldansatzes anerkannt wird oder wie eine Art Verlegenheit geleugnet werden müsse, da beides eigentlich miteinander unvereinbar wäre. Inbegriff dieses Widerspruchs war die Parteifrage:

> *»Die revolutionäre Partei hat die Aufgabe«, schreibt Dutschke, »gerade die durch den kapitalistischen Produktionsprozeß unterdrückten Bedürfnisse und Triebe der unterdrückten Klasse in politisch-organisatorischer Gestalt sichtbar werden zu lassen. Wir erblicken im demokratischen Zentralismus die Widerspiegelung eines sozialdemokratischen Disziplin- und Demokratiebegriffs. Die Trennung der Bolschewiki von der internationalen Sozialdemokratie in den Tagen nach Beginn des ersten Weltkrieges war eine fundamentale politische, aber keine prinzipiell politisch organisatorische.«*
> *(Dutschke/Scharrer 1971: 5)*

Das *SB*, das sich selbst der Aufgabe einer »Wiederaufnahme von Fragestellungen, die in der Periode von 1918 bis 1933 gegenwärtig waren« (SB 1975: 19) bewusst war, hätte diese Aufhebung der alten Sozialdemokratie »politisch organisatorisch« zu vollenden gehabt.

Denn »es geht nicht mehr darum«, so Dutschke mit Blick auf die Bolschewiki, »das Rätesystem der direkten Demokratie als politisches Instrument der Machtergreifung der Partei für die Diktatur der Avantgarde zu gebrauchen, es geht vielmehr darum, die Trennung von ökonomischem und politischem Kampf, die Trennung von Partei und Räten, aufzuheben.« (Dutschke/Scharrer 1971: 5)

Aufgabe der Partei sei es, »die politische Unmittelbarkeit im Rahmen der gesellschaftlichen und geschichtlichen Totalität des Prozesses der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse um ihre Befreiung theoretisch und praktisch zu verstehen. Allein darin liegt der Führungsanspruch des revolutionären Marxismus, hat sich die Führungsfähigkeit bzw. Unfähigkeit einer revolutionären Organisation zu zeigen.« (Dutschke 1975: 125) Nur in diesem strengen Sinne entsprechen sich bei Dutschke ›Partei‹ und ›Sozialistisches Büro‹, ›Arbeitsfelder‹ und ›Räte‹.

Dutschke dessen ungeachtet als »verkappten Leninisten« (Negt 2001: 342) zu diffamieren, wie Negt es tat, wird nur verständlich durch die Kenntnis von dessen eigenem Opportunismus. Negt leugnet, dass der sich in der ›Partei‹ manifestierende Unterschied zwischen Kommunist_innen und der Masse der Arbeiter_innen, durch eine andere Form proletarischer Organisation aufgehoben werden könne. In einer zeitgenössischen Kritik an den Thesen des *SB* durch die *Roten Zellen/AK München*, der späteren *Marxistischen Gruppe* ist, wenn auch von einem traditionellen Standpunkt aus, der Negtsche Opportunismus treffend gekennzeichnet:

> *»Den Widerspruch aller kommunistischen Politik, daß Kommunisten auf eine Arbeiterklasse treffen, die das Ziel der proletarischen Revolution noch nicht zu dem ihren gemacht hat, also zunächst getrennt vom Proletariat darauf hinwirken müssen, daß es sich dieses Ziel setzt, ›löst‹ das SB so auf: Es verbietet organisierte Politik und Agitation, weil sie hinderlich für die Autonomie der Arbeiter ist und eröffnet dafür ein Büro, in dem die Arbeiter ganz selbsttätig ihre Erfahrung austauschen können, ihre eigenen, versteht sich. Die Funktion der Thesenmacher in diesem Büro besteht dann wohl darin, in Arbeitssitzungen den Arbeitern zu erklären, sie sollten sich ja von niemandem etwas erklären lassen. Das SB jedoch stellt wie Lenin die Existenz falschen Bewußtseins bei der Arbeiterklasse fest – aber nur um es in 74 Thesen gegen alle zu verteidigen, die es verändern wollen. Das SB spricht wiederholte Male aus, daß es auf den Erfahrungen der Arbeiter – und ihnen entspringt doch auch das falsche Bewußtsein – gegen ihre wissenschaftliche Erklärung beharrt, für die es offenbar die Arbeiter nicht für zuständig hält. Nicht um die Durchsetzung kommunistischer Politik, die ihre Zielsetzungen und Mittel aus dem wissenschaftlichen Sozialismus begründet, geht es dem SB, sondern um die Beseitigung all dessen, was Kommunisten irgendwelcher Art von der Arbeiterklasse, wie sie geht und steht, unterscheidet. Daß damit auch das SB überflüssig wird, ist ein Gedanke, den kein SB-ler wahrhaben will, und mit Recht: wer als einziges Ziel die Anpassung von vorhandenen politischen Anstrengungen an die aktuellen Interessen der Arbeiter verfolgt, der hat genug zu tun.« (AK Rote Zellen 1975)*

Während Dutschke »einen der wesentlichen Gründe« für die Unterentwicklung der Klassenkämpfe darin sieht, dass »die antiautoritäre Sozialismus-Kommunismus-Tendenz noch keine konkrete Alternative zu den hemmenden, aber recht fest und sogar noch attraktiv dastehenden alten Organisationsformen« (Dutschke 2003: 120f.) hervorgebracht hat, es also auf die aktive und bewusste Artikulation eines objektiven geschichtlichen Bedürfnisses durch die Schaffung einer neuen Organisationsform ankäme, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen, findet sich bei Negt die klassische opportunistische Denkfigur des ›Nachtrabs‹, die Partei könne immer nur das theoretisch und organisatorisch nachvollziehen, was die Massen bereits selbst an Interessen artikuliert haben.

In einer, wie Dutschke in seinen Tagebüchern vermerkt, »scharfen« (Dutschke 2003: 278) Diskussion in Hannover Ende der 1970er Jahre, die nach Negts Erinnerung sogar »zerbrochen« (Negt 2001: 156) sein soll, wird dies besonders deutlich. Dutschkes Standpunkt wird in diesem Gesprächsausschnitt von dem Kursbuchredakteur Harald Wieser wiedergegeben:

»*Bevor*«, so Negt zu Wieser, »*die Massenloyalität gegenüber der Sozialdemokratie nicht spürbar zurückgegangen ist, ist die neue linke Partei nichts weiter als die, vielleicht etwas bessere und größere, Wiederholung von etwas, was wir in den bestehenden Kleinparteien bereits haben: eine Partei und Politik aus der Isolation heraus, eine Studenten- und Jugendpartei, in der sofort nach dem Gründungstag die Fraktionskämpfe ausbrechen würden.*« Harald Wieser antwortet: »*Das ist ein neuralgischer Punkt in der Parteifrage. Denn vielleicht stimmt das umgekehrte Argument: Die Massenloyalität zu den herrschenden Parteien ist gerade deshalb noch so unerschüttert, weil es eine attraktive linke Alternative, weil es die neue linke Partei noch nicht gibt.*« Darauf entgegnet seinerseits Negt: »*Das ist so plausibel wie falsch. Es ist deshalb falsch, weil es diese Alternativen doch gibt: die DKP, die kommunistischen Gruppen.*« »*Nein*«, *erwidert Wieser dann*, »*sie sind eben keine Alternativen; keine Alternativen für das Potential der Leute, von denen wir sprechen: die mit der SPD unzufrieden sind, aber gegenüber den autoritären Sozialismus Modellen von DKP und KPD mindestens ebenso große Vorbehalte haben.*« (Negt/Wieser 1977: 186f.)

Dutschkes Linkssozialismus liegt politisch wie theoretisch jenseits von Sozialdemokratie und Leninismus, Negts ›Linkssozialismus‹ als deren einfache, formalistische Negation nur dazwischen. Er vertritt einen »verrückten Reformismus« (AK Rote Zellen 1975), so das Verdikt der *AK Rote Zellen/München*, als dessen parlamentarisches Pendant heute die Partei *Die Linke* angesehen werden könnte.

Oskar Negt ist aber zugleich bis heute der einzige Theoretiker des Arbeitsfeldansatzes. Die Theorie dieses Ansatzes liegt also bisher selbst noch in einer nur opportunistischen Form vor. Rudi Dutschke hat offenbar – zumindest sind die betreffenden Dokumente nicht mehr auffindbar – keine zusammenhängende Kritik an Negts opportunistischer Theorie hinterlassen. Dennoch lassen sich bei ihm an jedem strategischen Wendepunkt in der Geschichte des *SB* die entscheidenden Hauptlinien einer solchen Kritik finden.

Zu der nachfolgenden Darstellung des Arbeitsfeldansatzes entlang dieser Dutschkeschen Leitlinien fühlen wir uns umso mehr berechtigt, als Oskar Negt selbst im Juni 1976 in einem Brief an Dutschke schrieb:

> »*Wir müssen versuchen, die von Dir aufgeworfene Dialektik von Räteorganisation und Partei noch tiefer zu begreifen und Lösungen anzubieten.*« *(Dutschke 1996: 372)*

DIE MONADOLOGIE DES ›ARBEITSFELDANSATZES‹

Der Arbeitsfeldansatz des *SB* kann am deutlichsten in den Begriffen der Leibnizschen Monadologie dargestellt werden. Den Grundgedanken formulierte Oskar Negt so:

> »*Die verschiedenen Arbeitsfelder sind, was die Erfahrungsbedingungen für die einzelnen Individuen und was die konkreten Arbeitsprozesse anbetrifft, Stücke der gesellschaftlichen Totalität, die man nicht von außen in sie hineintragen muss. In jedem Arbeitsfeld reproduziert sich also die gesellschaftliche Totalität, und es ist von der Sache her unmöglich, die einzelnen Arbeitsfelder ohne willkürliche Abstraktion voneinander zu isolieren und auf die Vertretung rein beruflicher Interessen zu beschränken.*« *(Negt 1976a: 455f.)*

Weiter schreibt er, dass, da der »inhaltliche Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktionsprozesse«, die Totalität, »alltäglich vorhanden« sei, sie daher »nicht erst durch eine übergreifende Organisation hergestellt werden« müsse; in einer neuen »sozialistischen Strategie« werdw der gegebene gesellschaftliche Zusammenhang vielmehr an jedem Punkt »politisch aktualisiert« (Negt 1976a: 456).

Arbeitsfeld ist jedwedes Produktions- und Reproduktionsverhältnis innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, tausendfältig verbunden mit deren arbeitsteiligem Zusammenhang.

Das Verhältnis der Arbeitsfelder zum »inhaltlichen Zusammenhang der gesellschaftlichen Produktionsprozesse« entspricht genau der Bestimmung des Verhältnisses der Leibnizschen Monaden zur Totalität. Jede Monade ist zugleich selbst Totalität wie auch selbsttätige Spiegelung der Gesamtheit der anderen Monaden. Die Monaden untereinander unterscheiden sich durch den Grad der Deutlichkeit, der Trennschärfe, mit der sie die Totalität widerspiegeln, so dass Leibniz von einer »unendlichen Zahl von Abstufungen in den Monaden« spricht, »von denen die einen die anderen mehr oder weniger beherrschen.« (Leibniz 884: § 4)

Dieses graduelle Verhältnis fasst Leibniz als eines zwischen ›Zentralmonade‹ und ›Masse‹:

> »*Es gibt überall einfache Substanzen, die tatsächlich durch eigene Handlungen voneinander geschieden sind und die dauernd ihre Beziehungen zueinander ändern. Und jede einfache Substanz oder unterschiedene Monade, die das Zentrum einer zusammengesetzten Substanz und das Prinzip seiner Einzigkeit bildet, wird von einer Masse umgeben, die aus einer unendlichen Zahl anderer Monaden zusammengesetzt ist, welche den eigentlichen Körper dieser Zentralmonade bilden, gemäß dessen Erregung sie gleichsam als eine Art Mittelpunkt die Dinge, die außer ihr sind, darstellt.*« (Leibniz 1884: § 3)

Diese Verhältnisbestimmungen erinnern an die Sätze in den *Grundrissen*, mit denen Marx das Verhältnis

der verschiedenen »zusammengesetzten« Produktionsverhältnisse zur Einheit der Produktionsweise veranschaulicht:

> *»In allen Gesellschaftsformen ist es eine bestimmte Produktion, die allen übrigen, und deren Verhältnisse daher auch allen übrigen, Rang und Einfluß anweist. Es ist eine allgemeine Beleuchtung, worein alle übrigen Farben getaucht sind und welche sie in ihrer Besonderheit modifiziert. Es ist ein besondrer Äther, der das spezifische Gewicht alles ihm hervorstechenden Daseins bestimmt.« (Marx 1953: 27)*

Doch was vorläufig als »mehr oder weniger beherrschen« bezeichnet wurde, muss präziser als ein dialektisches Verhältnis von Aktivität und Passivität bezeichnet werden, welches Leibniz eben als ein selbsttätiges Widerspiegeln fasst:

> *»[W]as sich in bestimmter Hinsicht als aktiv erweist«*, nämlich die Zentralmonade, sei *»von einem anderen Gesichtspunkt aus passiv: Es ist aktiv insofern, als das, was man deutlich in ihm erkennt, den Grund dafür abgibt, was sich in einem anderen«*, der Masse, *»ereignet; und es ist insofern passiv, als der Grund dessen, was sich in ihm ereignet, sich in dem findet, was sich deutlich in einem anderen erkennen lässt« (Leibniz 1998: §52).*

Die Aktivität einer Monade ist darum nicht nur relativ in Hinblick auf eine andere, deutlichere und tiefere Monade, der gegenüber sie ihrerseits »beherrscht« ist; auch die Aktivität selbst, da sie die »Erregung« dessen ausdrückt, der »beherrscht« wird, enthält somit ein Moment der Passivität.

Die Selbsttätigkeit jeder Monade ist der letzte Grund dafür, ›was sich ereignet‹, sie ist zugleich der Durchgangs- oder Umschlagspunkt der Totalität, die zum einen die Impression jeder Monade ist und die zum anderen aber auch durch die Monaden, in graduell unterschiedlicher Tiefe, artikuliert wird.

Somit ist Selbstreflexion, die Widerspiegelung des Grundes, zugleich eine Totalitätserkenntnis, die Erkenntnis des »Prinzips« der Totalität. Weshalb Leibniz an diesem Punkt noch einmal die aktiven Monaden untereinander danach unterscheidet, dass die einen ›schlafend‹ wären, sich also nicht bewusst wahrnehmen, während die anderen ›erwacht‹ seien, also ihre Wahrnehmung wahrnehmen würden, oder bewusst wären (vgl. Leibniz 1998: §20ff.).

Nach diesem Verstande wäre das *SB* im Verhältnis zu den Arbeitsfeldern eine Zentralmonade, tendenziell der vollkommene Spiegel des ›gesellschaftlichen Gesamtarbeiters‹.

Seine »einfache Substanz«, die sich in ihm vereinigenden Individuen, verwirklichen diese, vorerst nur mögliche, Einheit des Gesamtarbeiters im *SB*, auf Grundlage eines gemeinsamen parteiischen Totalitäts- oder Klassenbewusstseins, um dann in den Arbeitsfeldern die ›Erregung‹ der sie umgebenden Masse schlafender Monaden im Spiegel der Totalität darzustellen, sie zu artikulieren, also in dem jeweiligen Arbeitsfeld selbst wieder als Zentralmonade zu fungieren.

Die Selbsttätigkeit der Massenindividuen ist der letzte Grund dafür, »was sich ereignet«. Die Reflexion ihrer sie darin antreibenden unmittelbaren Interessen im Spiegel der Totalität, also der möglichen Einheit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, ist im Wesentlichen die Selbstreflexion des Forminhalts dieser Interessen. Die dadurch mögliche Unterscheidung eines Bedürfnisinhalts von seiner kapitalistischen Formierung zum ›Interesse‹ ist selbst schon die Artikulation eines neuen, radikalen Bedürfnisses, dessen Befriedigung nur in der organisierten Selbsttätigkeit neue, dem Bedürfnis entsprechende Formen annehmen kann. Dieses Bewusstsein, Bedürfnisse und die sie vermittelnden Gefühle umfassende Bildungsprozesse der Massenindividuen zu »universellen Individuen« (Marx 1953: 440), wie Marx es nannte, ist die innerste Dynamik des *SB* und seiner Arbeitsfelder.

»Die Tätigkeit in den Arbeitsfeldern und die in den Organisationskernen« ist, so Negt, »personell identisch« (Negt 1976a: 459). Das ist die nicht äußerlich herangetragene und nicht repräsentative ›politische Aktualisierung‹ jedes Punktes. Der Zusammenhang zur Totalität ist unbewusst und darum nur potentiell, der Akt seiner Bewusstwerdung verändert zugleich die Form der Totalität. Indem das Einzelne sich spontan, d.h. hier von sich aus, selbsttätig auf das Allgemeine, die Gesamtheit der anderen Monaden bezieht, ist das so umgeschaffene Allgemeine nicht mehr, wie noch im Kapitalismus, »die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen« (Marx 1953: 156), wie Marx schreibt, sondern ein »konkret Allgemeines«, gebildet aus dem Bedürfnis der Einzelnen nach Gesellschaft.

Im Gegensatz zu Leibniz aber, der mit seiner Monadologie die »prästabilierte Harmonie« der besten aller denkbaren Welten beschreiben wollte, ist die Monadenlehre in ihrer Anwendung auf das *SB* und dessen Arbeitsfelder ein Begriff für die Umwälzung einer Totalität, nämlich jener der bürgerlichen Gesellschaft, in eine andere, die wirklich kommunistische. Darum schreibt Negt auch: »Es gibt keine ein für allemal festgelegte Hierarchie der Gewichtung der einzelnen Arbeitsfelder.« (Negt 1976a: 455)

Und bereits in den *Ansatzpunkten sozialistischer Politik in der Bundesrepublik* der *Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro*, also noch vor der eigentlichen Gründung des *SB* heißt es hierzu:

> *»Der Kampf um demokratische sozialistische Organisationsformen der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse, der Kampf um Freiheitsräume und Machtpositionen, um ›Gegenmacht‹ im Rahmen des kapitalistischen Systems, kann auf Grund der Kräfteverhältnisse nicht überall gleichmäßig ansetzen, sondern muß auf auszuwählende Felder konzentriert werden. Kriterien für die Auswahl sind deren strategische Bedeutung und die Chance, wirksam werden zu können.« (SB 1971: 19f.)*

Die »Hierarchie der Gewichtung der einzelnen Arbeitsfelder« unterliegt somit den sich im Transformationsprozess verschiebenden »Kräfteverhältnissen«. »Strategisch wichtige Felder« aber seien, gemäß dem »Rang und Einfluß«, den ihnen das Kapitalverhältnis anweist: »Produktion«, »Erziehung« und »Massenmedien« (ebd.).

TRANSFORMATION EINER PRODUKTIONSWEISE IN EINE ANDERE

Die Besonderheit des monadologischen Arbeitsfeldansatzes gegenüber den anderen proletarischen Organisationsformen liegt darin, kein Mittel zu sein, einen außer ihm liegenden Zweck zu erreichen, etwa traditionell die Eroberung der Staatsmacht; er ist eine Prozessgestalt. Der prozessual, wenn auch nicht linear wachsende, sich aber innerlich ausdifferenzierende ›eigentliche Körper‹ des *SB* durchdringt die Totalität der bürgerlichen Gesellschaft und wälzt sie als »Organisator eines Produktionszusammenhangs« (Negt 1976b: 310) um. In den Ansatzpunkten wird das in den Worten erläutert:

> *»Eine sozialistische Gesellschaft geht nicht mechanisch aus der Beseitigung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse hervor, sondern die sozialistische Bewegung muss neue sozialistische gesellschaftliche Formen und individuelle Verhaltensweisen entwickeln und einüben, die Emanzipation von Herrschaft und gesellschaftlicher Demokratie ermöglichen. Eine Gesellschaft mit qualitativ neuen sozialen Beziehungen und neuen gesellschaftlichen Strukturen kann nicht in einem einmaligen revolutionären Akt entstehen« (SB 1971: 18ff.).*

So müssten bereits im »Verlauf« der gesellschaftlichen Transformation »partiell und der Tendenz nach Organisationsformen und Institutionen gesellschaftlicher Selbstbestimmung« von »den Massen der Lohnabhängigen bewußt« selbst »geschaffen und gegen konterrevolutionäre Anschläge verteidigt werden«. Anstatt der Staatsmacht gelte es erstrangig »sozioökonomische Machtpositionen« zu erobern und »wo möglich Sozialisierung von Teilbereichen der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensverhältnisse« zu erreichen, »und zwar nicht nur von Bereichen, die infrastrukturelle Voraussetzungen der Kapitalverwertung sind, sondern auch und insbesondere von solchen Zitadellen ökonomischer Macht, die sich dynamisch entwickeln« (ebd.). Diese Transformation, als Einheit von Sozialisierungs- und Bildungsprozess, schafft, logisch bruchlos, die Bedingungen für die ebenfalls monadologisch organisierte wirklich kommunistische Produktionsweise, indem sie das »Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum« ersetzt, »für welches verschiedene gesellschaftliche Aufgaben einander ablösende Betätigungsweisen sind« (Marx 1962c: 512).

Die durch die Arbeitsteilung unter den Individuen, also durch Vereinseitigung in der Ausbildung von deren Anlagen hervorgebrachten menschlichen Produktivkräfte, werden sich von eben diesen Individuen wieder angeeignet, um so die Anlagen ihrer Individualität allseitig zu entwickeln. Die Tätigkeit dieser dann ›universellen Individuen‹, in deren »Kopf«, so Marx, »das akkumulierte Wissen der Gesellschaft existiert« (Marx 1953: 600), wird dann als der »große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums« (ebd.: 593) erscheinen, denn mit der »allseitigen Entwicklung der Individuen« werden »auch ihre Produktivkräfte gewachsen« sein und »alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen« (Marx 1962b: 21).

Voraussetzung dafür ist die Verwissenschaftlichung der Produktion und die Revolutionierung der Wissenschaft.

Denn hier geht es um den »verteufelten Unterschied«, »sich selbst zu allem« zu »verwenden«, oder »zu allem verwandt zu werden« (Marx 1953: 25). Nur eine Wissenschaft, die auch ihrem Forminhalt nach den Zweck hat, nicht abstrakte Gebrauchswerte für deren Verwertbarkeit durch die kapitalistische Form der Technologie zu produzieren, sondern die Individuen politisch zu ermündigen und allseitig zu bilden, kann im Kommunismus nach Marxschem Sinn als »allgemeine Arbeit« gelten. Aufgabe im Arbeitsfeld von Student_innen und Intellektuellen wäre diese Wissenschaftskritik und deren praktische Organisation, die Darstellung der Totalität bürgerlicher Gesellschaft ›ad hominem‹ als eines Praxiszusammenhangs (Marx 1962a: 385). Diese »theoretische Aktion« (Korsch 1966: 31) wäre als die Herstellung der Kompatibilität der Arbeitsfelder im Totalitätsbewusstsein eine praktische Voraussetzung für die Neugründung des *SB*, damit, wie Dutschke schrieb, die »zentrale Verallgemeinerung der Erfahrung die Ungleichzeitigkeit nicht unvermeidlicherweise mißachtet« (Dutschke 1981: 115).

Hans-Jürgen-Krahl-Institut

*.lit

AK ROTE ZELLEN (1975): *Kritische Solidarität oder Wie ein sozialistischens Büro kommunistische Politik verhindern will*, in: Resultate der Arbeitskonferenz. Theoretisches Organ der Roten Zellen AK München, Nr. 2, Dezember 1975, Online unter: http://www.dearchiv.de/php/dok.php?archiv=amg&brett=CHR157&fn=AKR.RES.

DUTSCHKE, RUDI/SCHARRER, MANFRED (1971): *Kritik der KPD/AO Politikon Nr. 36*, April/Mai 1971, s. 3–6 (laut Manfred Scharrer, Auf der Suche nach der revolutionären Arbeiterpartei. Eine Momentaufnahme, in: Ästhetik und Kommunikation, Nr 140/141, 2008, S. 53, stammt der bei uns zitierte allgemeine Teil dieses Textes von Rudi Dutschke).

DUTSCHKE, RUDI: ÜBER DIE SCHWIERIGKEITEN EINER KRITISCHEN SOLIDARITÄT, in: *Holger der Kampf geht weiter*, Dokumente und Diskussionsbeiträge zum Konzept Stadtguerilla, Gaiganz 1975, S. 119–127.

DUTSCHKE, RUDI (1981): *Aufrecht gehen. Eine fragmentarische Autobiografie. Berlin*

DUTSCHKE, RUDI (2003): *Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979. Köln*

DUTSCHKE, GRETCHEN (1996): *Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Eine Biografie.* Köln

KORSCH, KARL (1966): *Marxismus und Philosophie.* Frankfurt am Main.

MARX, KARL (1953:) *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Berlin (Ost).*

MARX, KARL (1962a): *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin (Ost) s. 378–391.

MARX, KARL (1962b): *Kritik des Gothaer Programms*, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 19, Berlin (Ost) 1962, s. 11–32.

MARX, KARL (1962c): *Das Kapital*, Bd. 1, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin (Ost).

LEIBNIZ, GOTTFRIED WILHELM (1884): *Die in der Vernunft begründeten Prinzipien der Natur und der Gnade*, in: Kleinere Philosophische Schriften, Hrsg. von R. Habs, Leipzig 1884 (zitiert nach http://gutenberg.spiegel.de/buch/kleinere-philosophische-schriften-6936/15).

LEIBNIZ, GOTTFRIED WILHELM (1998): *Monadologie*, Hrsg. und eingeleitet von Hartmut Hecht. Stuttgart.

NEGT, OSKAR (1976a): *Zur Dialektik von Erfahrung, Emanzipation und Organisation*, in: ders., Keine Demokratie ohne Sozialismus, Frankfurt am Main, S. 446–459.

edition assemblage ea

Sina Arnold / Olaf Kistenmacher
Der Fall Ethel und Julius Rosenberg
Antikommunismus, Antisemitismus und Sexismus in den USA zu Beginn des Kalten Krieges
96 Seiten, 12.80 Euro
ISBN 978-3-96042-009-5

Sebastian Friedrich
Lexikon der Leistungsgesellschaft
Wie der Neoliberalismus unseren Alltag prägt
96 Seiten, 7.80 Euro
ISBN 978-3-96042-001-9

S. Holst / J. Montanari (Hg.)
Wege zum Nein
Emanzipative Sexualitäten und queer-feministische Visionen
256 Seiten, 14.00 Euro
ISBN 978-3-96042-015-6

Lower Class Magazine
Hinter den Barrikaden
Eine Reise durch Nordkurdistan im Krieg
184 Seiten, 13.80 Euro
ISBN 978-3-96042-012-5

FaulenzA
Support your sisters not your cisters
Über Diskriminierung von Trans*weiblichkeiten
Mit Illustrationen von Yori Gagarim
144 Seiten, 10.00 Euro
ISBN 978-3-96042-010-1

www.edition-assemblage.de

KLASSE, ORGANISATION UND DETERMINATION

Ein Manifest schreiben‹ heißt, sich auf Grundlage eines theoretischen Standpunkts zu organisieren. Die *Antifa Kritik & Klassenkampf Frankfurt am Main (AKK)* hat mit ihrem Manifest *Der kommende Aufprall* einen Vorschlag zur Organisation bzw. Umgruppierung linker Kräfte vorgelegt und dabei ausführliche Kritik an anderen Organisationsformen geübt. Zusätzlich wurde der Anspruch der *AKK* deutlich, diesen Vorschlag so umfassend wie möglich mit theoretischen Überlegungen zum generellen Charakter der kapitalistischen Gesellschaft als zusammenhängendem Ganzen zu untermauern.

Diese Überlegungen sind recht schnell an bekannte Dilemmata und Gretchenfragen der Theorie gestoßen (u. a.: die Rolle des Staates, die Möglichkeit einer einheitlichen Theorie, die Frage nach programmatischer Klarheit vs. politischer Einheit und das Problem von Reformismus und Radikalismus). Nicht an allen dieser Eckpunkte ist es der *AKK* gelungen, diese Probleme theoretisch voranzubringen, anstatt sie in vermittelnden Kompromissen zu entschärfen. Zentral ist, dass das anti-orthodoxe Selbstverständnis des Papiers in Widerspruch zu seinem neu aufgelegten Klassenbegriff stehen bleibt.

DER ORGANISCHE GEHALT DER ZUWENDUNG ZU EINEM ORTHODOXEN KLASSENBEGRIFF

Die Besonderheit der Zuwendung zum Klassenbegriff, der in dem Papier der *AKK* zentral ist, wird verständlich vor dem Hintergrund des programmatischen Spektrums in Gestalt der *Interventionistischen Linken (iL)* und dem *...umsGanze!-Bündnis (UG)*, in dem die *AKK* speziell als die marxistischere, orthodoxere Alternative fungiert: Sie kritisiert die linksradikale Preisgabe des Klassenbegriffs im *UG* und grenzt sich von der gemäßigteren symbolorientierten Praxis der *IL* ab. Entscheidend ist, den Begriff *orthodox* nicht gemäß dem einstudierten Abwehrreflex als etwas Negatives, als Synonym für einen platten Determinismus oder Reduktionismus zu verstehen. Orthodox ist die Zuwendung zum Klassenbegriff deswegen, weil damit auf eine formale Strenge politischen Denkens innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen Zusammenhangs abgezielt wird, die in anderen Begriffen nicht erreicht wird. Orthodox und wünschenswert ist der Klassenbegriff dann, wenn damit nicht nur ein etwas radikaler klingendes Wort für ›Schicht‹ oder ›Milieu‹ etc. gemeint ist. Die *AKK* kommt dem erstaunlich nahe, wendet sich diesem Aspekt des Klassenbegriffs bewusst zu, schreckt aber mit Verweis auf die notwendige Abgrenzung von jeder Orthodoxie (die schlechte, reduktionistische) vor den Konsequenzen zurück.

Das Papier der *AKK* beginnt denn auch nicht mit einer solchen begrifflichen Strenge, sondern einigen abgekämpften Standardzitaten über die grundlegende Krisenhaftigkeit kapitalistischer Akkumulation. Eine Reflexion über diese Krisenhaftigkeit müsste ja damit beginnen, dass das Grundgerüst der demokratisch-kapitalistischen Gesellschaft eben trotz der großartigen Akkumulationsprobleme der letzten Jahre so wenig in der Krise steht wie selten zuvor – selbst wenn demokratische Rechte vielerorts eingeschränkt werden, steht kaum irgendwo das Prinzip von Kapitalismus und bürgerlicher Regierung zur Disposition.

Dieser schlecht gewählte Ausgangspunkt zieht sich durch das Papier. Ausgehend von abstrakten Überlegungen zu der auf der Innenseite widersprüchlichen Logik von ökonomischen Begrifflichkeiten (vor allem ausgeführt in Marx' *Kapital*) wird ohne viele Umwege auf die äußere Widersprüchlichkeit und Krisenhaftigkeit von Klassengesellschaften im Ganzen geschlossen. Die Frage, ob kapitalistische Staaten wirklich unweigerlich auf bestandsgefährdende Krisen stoßen müssen (und was es bedeuten würde, wenn dem nicht so wäre) wird nicht offen gestellt, weil das Ziel, dass am Ende eine stärkere Betonung des Klassenbegriffs herauskommen soll, schon zu Beginn festzustehen scheint.

Die Klassenanalyse scheint uns im Papier der *AKK* deshalb weniger der theoretische Ursprung für eine programmatische Neugruppierung zu sein, sondern nur ein rhetorisches ›Vehikel‹ für selbige: Es geht der *AKK* nicht um eine Rückbesinnung auf den Klassenbegriff als ein äußert mächtiges Werkzeug zur Erkenntnis von Ordnungsmustern der Gesellschaft, sondern um eine wirksame Vokabel. Was sich hinter der Zuwendung zu einem vermeintlich marxistischen Klassenbegriff verbirgt, ist weniger eine tatsächliche Frustration mit der theoretischen Unzulänglichkeit der interventionistischen Krisentheorie (die davon ausgeht, dass Krisenzeiten eine gute Gelegenheiten für politische Intervention darstellen, die nur voraussetzt, genügend Menschen aus allen Milieus hinter eben solchen starken Signifikanten zu sammeln) und den Grundlagen des radikalen Reformismus, sondern eher ein dämmerndes Bewusstsein über die eigene Eingebundenheit in ein staatstragendes System organischer Intellektualität.

Der Drang zur Aktualisierung des Klassenbegriffs verstärkt sich in der momentanen Periode, weil die herrschenden europäischen Institutionen beweisen, dass sie in Krisenzeiten nicht mehr gewillt oder genötigt sind, Konsens über politische Hegemonie herzustellen. Stattdessen gehen sie lieber direkt zur Durchsetzung ihrer Notwendigkeiten mit radikalem Entzug von Lebenschancen vor. So hat z. B. der Fall Griechenland gezeigt, dass die europäischen Institutionen ›weder‹ auf die Zustimmung der lokalen Arbeiter_innenklasse (in Form ihrer Parteien) ›noch‹ auf die Zustimmung europäisch sozialisierter Intellektueller (z. B. in Form deutscher Studierender) angewiesen sind. Die philosophische Intelligenz des Zentrums spürt in dieser Situation, dass ihre eigene Verwertbarkeit proportional mit der Kampffähigkeit der Arbeiter_innenklasse sinkt, spürt also (vielleicht zum ersten Mal seit längerem) eine nicht nur symbolische sondern ›wirkliche Verbindung‹ zur Gesamtheit der Klassengesellschaft und sucht ›deshalb‹ aufgeregt die Nähe zu einem orthodoxen Klassenbegriff.

Es ist aber durchaus zu hinterfragen, welche Konsequenzen dieser Flirt mit der Orthodoxie des Klassenbegriffs quasi aus Verlegenheit in sich trägt. Denn schnell stößt die Renaissance des Klassenbegriffs an einen inneren Widerspruch zum anti-orthodoxen und undogmatischen Selbstverständnis einer Linken, deren letzte sozialrevolutionäre Projekte nicht nur trotz, sondern manchmal sogar gerade wegen der Abwesenheit eines strikt klassistischen (d. h. in Parteinahme für eine bestimmte Klasse und in Betonung der politischen Unabhängigkeit von anderen Klassen), antikapitalistischen Moments relativen Erfolg verbuchen konnten. Das stellt die Theorie heute vor ein Dilemma: Will sie mehr als nur beschreibend sein, ist einerseits die rein additive Verbindung von verschiedenen Kämpfen mit dem Klassenbegriff nicht befriedigend (sonst würde auch bei der *AKK* nicht ständig der Versuch unternommen, von einer Totalität zu reden, die offenbar mehr sein soll als die bloße Summe ihrer Teile). Andererseits schreckt man aber vor einem starken Klassenbegriff zurück, dem man unterstellt, er würde die Partikularitäten unter sich einebnen, und nimmt stattdessen diese selbst zum Ausgangspunkt. Dieses Dilemma hatte schon viele Gesichter: Universalität/Partikularität, Totalität/Geschichtlichkeit, Theorie/Praxis, Haupt-/Nebenwiderspruch etc. Es holt auch die *AKK* ein.

Der Grund für diesen zentralen Widerspruch (von dem wir denken, dass er auch nicht durch Verweis

auf die eben immer komplexe Praxis stillgestellt werden kann) liegt nicht darin, dass Gesellschaftstheorie heute weniger möglich ist als in anderen Zeiten, sondern darin, dass linke Theorie es nicht geschafft hat, ein hohes Niveau der Antworten auf die Frage nach dem Verweisungszusammenhang von Totalität und Partikularem, von Ökonomie auf Gesellschaft durchzuhalten. Dieses Durchhalten besteht nun aber genau darin, eine Organisationsform zu finden, die diesen theoretischen Austausch verbindlich organisiert. Das ist etwas anderes als ein plattes Beschwören der Einheit von Theorie und Praxis zum Preis eines kleinsten gemeinsamen Nenners zwischen beiden.

Insofern als die Abgrenzungsbewegung der *AKK* zum Linksradikalismus und zur gemäßigten Theorie und ihr Organisierungsvorschlag in genau diese Kerbe schlagen will, insofern sie diese Fragen neu stellen will anstatt auf eine weitere inhaltliche Synthese auf dem gleichbleibenden formalen Terrain hinzuarbeiten, insofern sie deshalb die Frage nach Organisation – auch wenn nur von Organisierung gesprochen wird – aufwirft, insofern sie ferner positiv anerkennt, dass eine ›orthodoxe‹ Strenge der Theorie sich nicht in dialektischem Jargon erschöpfen kann und das Phänomen der Orthodoxie in diesem Sinne nicht nur ein Gespenst der Vergangenheit ist, sondern je nach historischer Situation mal mehr, mal weniger angemessene Lösungen für ein durchweg ›reales‹ Problem darstellen – insofern also begrüßen wir das Papier sehr.

STAATSKRITIK ALS VERMITTLUNG ODER SELEKTION?

Dieses reale Problem zwischen Ernsthaftigkeit der Orthodoxie und Erkenntnisunfähigkeit des Anti-Dogmatismus spiegelt sich konkret in einer Inkonsistenz im Staatsbegriff. Was bedeutet der Ruf der *AKK* nach »gehörige[r] Delegitimation des Staats« (AKK 2015: 5)? Der Streit um die Rolle des Staats hat seinen Ursprung u. a. in der Frage nach der richtigen Reaktion auf Krisensituationen.

Ein linker Keynesianismus (der die Kosten einer Krise mithilfe des Staates auf Unternehmen statt auf die Arbeitenden und Erwerbslosen verteilen will) und eine revolutionäre Politik (die den Staat als Schutzmacht der Unternehmen in der gegebenen Form subvertieren und sabotieren will, also z. B. Polizeiapparate auflöst, Grenzen öffnet, [immerhin steuerzahlende] Unternehmen enteignet etc.) schließen sich nicht in jeder Situation aus. ›Erst wenn‹ es aber (z. B. im Gefolge einer Wirtschaftskrise) wirklich einmal zu einer Konfrontation in dieser Frage kommt, wird die Frage für die Theorie interessant: Es wird dann nämlich eine Theorie nötig, die auf längere Sicht die Wahrscheinlichkeiten für den Erfolg der einen oder anderen Praxis abschätzen bzw. vergleichen kann, sprich, die in der Lage ist, die Verfassung der Gesellschaft insgesamt inklusive ihrer möglichen Bewegungen als Totalität näherungsweise vorherzusagen.

In der Regel wird jedem Ansatz, der in einer solchen Konfliktsituation auf der Determination des staatlichen Überbaus durch die ökonomische Basis pocht, sofort ein dogmatischer Reduktionismus vorgeworfen (beispielsweise Lenin'scher Herkunft). Der Reflex, sich einen solchen Vorwurf zu ersparen, ist entsprechend eintrainiert. Auch die *AKK* tut leider alles, um sich nur so weit wie möglich von einem solchen Denken abzugrenzen. Dennoch kommt sie nicht darum herum, korrekterweise auf einer Unabdingbarkeit der »funktionierenden Kapitalakkumulation« (ebd.) für staatliches Handeln zu bestehen. Eine scheinbar salomonische Formel, die in ihrer entschärften, weil anti-dogmatischen Verallgemeinerung, allerdings nur noch sagen kann, dass irgendwann demnächst irgendetwas zwischen Entwertung, Rentenkürzung und Faschismus passieren muss, sofern nicht eine sozialrevolutionäre Umwälzung eintritt. Statt aber diese ursprünglich sehr richtige Setzung als Theoriegrundlage ein wenig durchzuhalten kann die *AKK* in dieser Verallgemeinerung natürlich gar nicht anders, als schließlich auf ein Amalgam aus Habermas'schem (Stichwort Legitimität von Protest und Legitimationsprobleme des Staats) und postmarxistischem (Stichwort hegemoniale Verschiebungen) Denken zu setzen.

Die *AKK* scheint einen Mittelweg zwischen beiden gehen zu wollen. Sie will die Legitimationsprobleme des Staates vorantreiben, d. h. an den gesellschaftlichen Mangelerscheinungen ansetzen, die jene Möglichkeit bieten würden, dass die Menschen sich bestenfalls nicht nur ihrer Problem- sondern auch noch einer irgendwie gearteten Klassenlage bewusst werden. Gleichzeitig will sie eine Gegenhegemonie errichten, also linke Weltanschauungsmuster in das kulturelle Alltagsbewusstsein tragen, die mit dem Status Quo nicht kompatibel sind. Durch die Lappen geht dabei der Blick auf den Staat als wirkliche Inkarnation von Hegemonie und Zwang: Einerseits will das Manifest den kapitalistischen Staat als ideologische Instanz präsentieren, der sich für den Weg einer hegemonialen Einbindung der Massen entscheidet, und zu diesem Zwecke darüber richtet, was als legitim gelten kann und was nicht. Derselbe Staat (und dasselbe ideologische Terrain) soll anderseits auch das Spielfeld der partikularen Kämpfe um eine Befreiung aus der ökonomischen Determination bilden. Doch warum sollte der Staat eine solche Intervention zulassen, wenn sein Bestehen aufgrund der angeblichen inneren Widersprüche des Kapitalismus gerade von der Aufrechterhaltung von Legitimation trotz beschleunigtem Abbau von Lebenschancen durch Einsparmaßnahmen abhängt?

Es scheinen, so unsere These, in diesen Inkonsistenzen die Attitüden einer gemäßigten, pro-europäischen, pro-staatlichen Linie einerseits (die die faktischen Erfolge und Handlungsmöglichkeiten nicht ignorieren will) und einer radikalen Linie der Hegemonie-orientierten Denkarten andererseits (wie sie beispielsweise eben unter den Ansätzen einer ›radikalen Demokratie‹, ›radikaler Bedürfnisse‹ oder ›radikaler Politik‹ firmieren), die ›jeden‹ Staat autonomistisch inspiriert als rei-

nen Feind wahrnehmen, sich gegenseitig unproduktiv zu überlagern. Statt also die Tendenzen, von den sich theoretisch abgegrenzt werden soll, mit einer wirklichen, den eigenen Standpunkt aufhebenden Kritik zu versorgen, erscheint die *AKK* hier gerade als der ideologische Kitt zwischen beiden Seiten. Das Problem, dass eine scharfe Ablehnung des Kapitalismus als Totalität nicht ohne weiteres mit der partikular erfahrbaren Integrationsleistung kapitalistischer Gesellschaften zusammengeht, wird ›nur‹ als ›Organisationsproblem‹ dargestellt. Damit ist die ›prinzipielle‹ Verbindungsfähigkeit der Kämpfe immer schon unterstellt und somit die theoretische Herausforderung eigentlich verfehlt oder schlimmstenfalls sogar überdeckt.

Weil aber gleichzeitig eine Antwort auf diese Frage von der etablierten Sozialwissenschaft und Politik nicht zu erwarten ist, muss sie stattdessen tatsächlich selbst-organisiert werden und ist also auch ein Organisationsproblem. Und weil diese beiden Achsen der Organisierung an dieser Stelle so eng beieinander liegen, ist nicht immer klar, an welcher der beiden Seiten ein Sozialistisches Büro im Sinne des Vorschlags der *AKK* eigentlich arbeiten soll.

Insofern als sich mit dem Manifest ein erster Schritt dahin abzeichnet, das Phänomen, dass es innerhalb der Linken aus teils guten Gründen so unterschiedliche Auffassungen zum Staat und zur Entwicklungstendenz der (kapitalistischen) Gesellschaft gibt, selbst wieder auf die Tagesordnung von Theorie und Organisation zu setzen, begrüßen wir diesen Schritt sehr. Weil aber damit gleichzeitig die Gefahr verbunden ist, die Theorie in dieser Frage zum Zwecke einer raschen Organisationsbildung weiter zu nivellieren statt offen auszutragen, bringen wir dem Vorgang gleichzeitig eine große Skepsis entgegen.

KRITIK UND TOTALITÄT

Wir denken, dass die Kategorie der gesellschaftlichen Totalität, auf den das Manifest sich mehrfach positiv bezieht, ein wichtiger Schlüssel dafür sein kann, um diese Widersprüche innerhalb linker Theorie produktiv zu wenden. Auch der Totalitätsbegriff wird im Manifest allerdings eher mystifiziert, wenn er nur bedeuten soll, »dass die verschiedenen Herrschaftsverhältnisse nicht einfach unvermittelt nebeneinander stehen, sondern Teil einer Totalität sind, die gebunden ist an abstrakte Arbeit, Ware, Mehrwert, Akkumulation, Zweigeschlechtlichkeit, geschlechtlich konnotierte, unentlohnte Reproduktionsarbeit sowie an rassifizierenden Nationalstaat und Imperialismus« (AKK 2015: 11). Mystifiziert deswegen, weil das Wesen dieser dreifachen »Bindung«, in der einerseits Individuen in Herrschaftsverhältnisse gebunden werden, diese Verhältnisse dann wiederum in nicht-trivialer Weise an eine Totalität gebunden sind, die dann ihrerseits wieder gebunden ist an eine Handvoll der Grundkonstanten von Kapitalismus und Patriarchat, systematisch eine *black box* bleibt: Was macht die Natur dieser Bindung aus? Wie aktualisiert sie sich?

Ein solcher Begriff von Totalität, der Herrschaftsverhältnisse in Beziehung setzen will zu dem Preis, über das ›Medium‹ dieser Beziehung nicht mehr viel sagen zu können, erstens seiner Aufgabe nicht wirklich gerecht wird und zweitens eher schlecht als recht mit einem Klassenbegriff zusammenpasst. Der nämlich ist ganz dezidiert gerade Teil des Vorschlags, wie das Wesen dieser Bindung tatsächlich zu benennen und wie dagegen vorzugehen sei. Die These, »dass die gesellschaftliche Totalität nicht im Kapitalverhältnis aufgeht« (AKK 2015: 14), will schlicht nicht recht mit einem starken Klassenbegriff zusammenpassen. Dennoch ist es mutig und richtig von der *AKK*, die Frage zumindest aufzuwerfen, worin sie denn aufgeht – auch wenn eine überzeugende Antwort vorerst noch ausbleibt. Wir glauben allerdings dennoch, dass hier dem Kapitalbegriff unnötig eine Essenzialisierung untergeschoben wird, nur um sie dann im selben Atemzug zu kritisieren – eine Operation, die nur dazu geeignet scheint, gerade von dem wesentlichen Element der Kategorie der Totalität abzulenken: Der Determination.

DETERMINATION ODER DISPOSITIV?

An diesem Punkt laufen die praktischen Inkonsistenzen auf ihre theoretische Grundlage zu, in der sie bereits angelegt sind. Der Mechanismus, der den partikularen Kämpfen ihre klassenbewusste Kopplung verleihen soll, ist der explizite Verweis auf die gesellschaftliche Totalität. Dieser Gesamtzusammenhang ist jedoch theoretisch fragwürdig: So emphatisch er von der *AKK* als ein ›bestimmter‹ in Stellung gebracht wird, so hartnäckig wird darauf beharrt, er sei keinesfalls ein ›bestimmender‹. Es findet sich darin die Nachwirkung eines weitverbreiteten Allgemeinplatzes, der jedes Denken der Determination auf einen schlechten Determinismus reduziert. Von rechten Vorwürfen des Reduktionismus, der Metaphysik, bis zur innerlinken Auseinandersetzung um Haupt- und Nebenwiderspruch und den Fleißübungen im Antidogmatismus – seit Langem wird der kategorische Ausschluss einer Dimension der Totalität der Verhältnisse als Teilnahmebedingung am theoretischen wie politischen Diskurs gesetzt. Aber auch da, wo ein Totalitätsanspruch wieder behauptet wird, im Manifest der *AKK*, ist er um sein eigentliches Merkmal gebracht, als nicht-deterministische Totalität und damit, in letzter Konsequenz, als eine tautologische Beschreibungskategorie: Alles was ist, ist alles was ist.

Der entscheidende marxistische Punkt aber ist, die Totalität als ein Determinationszusammenhang zu begreifen. Wenn entschieden wird, von der Totalität des Kapitalverwertungsprozesses zu sprechen, dann ist damit die These ausgesprochen, dass die zentrale Eigenschaft dieses Prozesses – die Trennung der Arbeitenden von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel – für alle anderen Eigenschaften und Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus prinzipiell verantwortlich ist. Eine solche Annahme eines bestimmenden Gesellschaftszusammenhangs ist voraussetzungsreich

und kann natürlich verworfen werden. Nicht sinnvoll erscheint es uns aber, diese These einerseits explizit zu verwerfen und andererseits den Klassenbegriff trotzdem als nicht-determinierendes, sozusagen dynamisches Modell sozialer Schichtung mitzuschleifen.

Das Unbehagen vor einem solchen vermeintlich deterministischen Totalitätsbegriff vergisst leicht, dass wir den ›kritischen‹ Impuls gegenüber einem totalitären Denken weder postmarxistischer Theoriebildung, antiautoritärer Bewegung oder gar den reaktionären Kritiken verdanken – er ist vielmehr der Kern des Marxismus seit Anbeginn. Marx' Kritik an Hegels Theorie der Totalität der bürgerlichen Gesellschaft als eine idealistische Abstraktion, legte ihm den Grundstein für eine materialistische Analyse, die in der Kategorie der Totalität nicht den Determinationszusammenhang verwarf, sondern diesen in seiner realen Ausprägung erfasste. Kapital als Totalitätsbegriff ist nicht als Mystifikation, sondern als Abbildung der Realität konzipiert, und das macht Marx zum ersten Anti-Dogmatiker überhaupt, dessen theoretische Geste der Grundimpuls jener folgenden marxistischen Theorieangebote war.

Es ist mithin verwunderlich, die dezidiert marxistische Kategorie der Determination mit der Kritik am Determinismus zu verwerfen, zu der sie zu allererst selbst angetreten war. Aber jener Schritt ist im zeitgenössischen Anti-Dogmatismus dermaßen internalisiert, dass selbst der aufgeklärte Versuch, sich von derlei Missverständnissen in eine Aktualisierung des Klassenbegriffs zu befreien, davon kontaminiert bleibt. Das zeugt von einem theoretischen Defizit, dessen Folgen nicht unbeachtlich sind, verlagert sich doch der Fallstrick des theoretischen Idealismus (abstrakte Totalität) in die praktische Wirkungslosigkeit.

Daher bleibt auch die Frage nach dem Verhältnis zum Staat in einer idealistischen Zwischenlösung: Der Staat ist Ausdruck einer bestimmten Totalität der Verhältnisse, aber er soll für die Kämpfenden zugleich für Veränderungen erreichbar sein. Um diesen widersprüchlichen Anforderungen gerecht zu werden, wurde im Windschatten der Öffnung des Marxismus um den Mai 1968 von Michel Foucault das Konzept des Dispositivs erfunden: eine Art strategischer Knoten im Netz des Diskurses. Der Trick dabei ist, eine Analyse auf Makroebene ihrem übergreifenden Determinationszusammenhang zu entreißen, um sie damit dem mikropolitischen Widerstand zugänglich zu machen. Hier findet sich der Archetyp der Sehnsucht nach einer pragmatischen Mitte, deren Konsequenzen auch die *AKK* betreffen. Denn der Klassenbegriff, so wie er im Manifest erscheint, fungiert genau als ein solches Dispositiv – und seine Differenz zu einem marxistischen Klassen-, Staats- und Krisenbegriff im Geiste der Determination (also ein solcher, der real unterschiedliche Standpunkte nicht durch die Forderung nach einem gemeinsamen Standpunkt unterdrückt, sondern ein Angebot darstellt, die tatsächlichen Gemeinsamkeiten der Standpunkte herauszuschälen) ist eine entscheidende: Er ist zwar eine konstruierbare Klammer für unterschiedliche Kämpfe, aber gibt genau damit den Anspruch auf, die ›reale‹ Klammer zu sein.

Die Ernsthaftigkeit der Unternehmung der *AKK* müsste sich nun daran messen lassen, ob es gelingt, die Organisationsfrage des *SB* auf dieses grundlegende und reale Dilemma zu beziehen. Nehmen wir nun den Widerspruch zwischen radikalreformerischer Staatskritik und ihrer revolutionären Unmöglichkeit einmal an, so lautet die konsequente Frage: Wie würde sich ein *SB* in einer solchen Konfliktsituation verhalten? Nach welchen Kriterien bestimmt ein *SB*, wie staatstragend bzw. wie sozialdemokratisch eine Gruppierung sein ›darf‹, um am Kommunikationsnetzwerk des *SB* teilhaben zu können? Nach welchen Gesichtspunkten kann ein *SB* entscheiden, wie mit der Staatsfrage weiter umzugehen ist? Wie unterscheidet das *SB* zwischen stringenter Formanalyse des Staates und Sektierertum? Wie bindet das *SB* wissenschaftliche Untersuchungen arbeitsteilig ein, ohne sich dem Intellektuellenbetrieb preiszugeben? Das sind die wichtigen Fragen, die es für ein solches Büro ganz konkret zu stellen gilt. Die Vermutung liegt nahe, dass die Realität der kapitalistischen Totalität die undogmatischen Organisationsstrukturen nicht verschont, so subversiv sie sich auch bemühen, den Gesamtzusammenhang in handliche Dispositive zu zerlegen. Sollte es darauf unbefriedigende Antworten geben, so liegt der Schluss nahe, dass diese schon in der theoretischen Schwäche angelegt sind, das Bekenntnis zur gesellschaftlichen Totalität nicht als Bekenntnis eines gesellschaftlichen Determinationszusammenhangs zu begreifen.

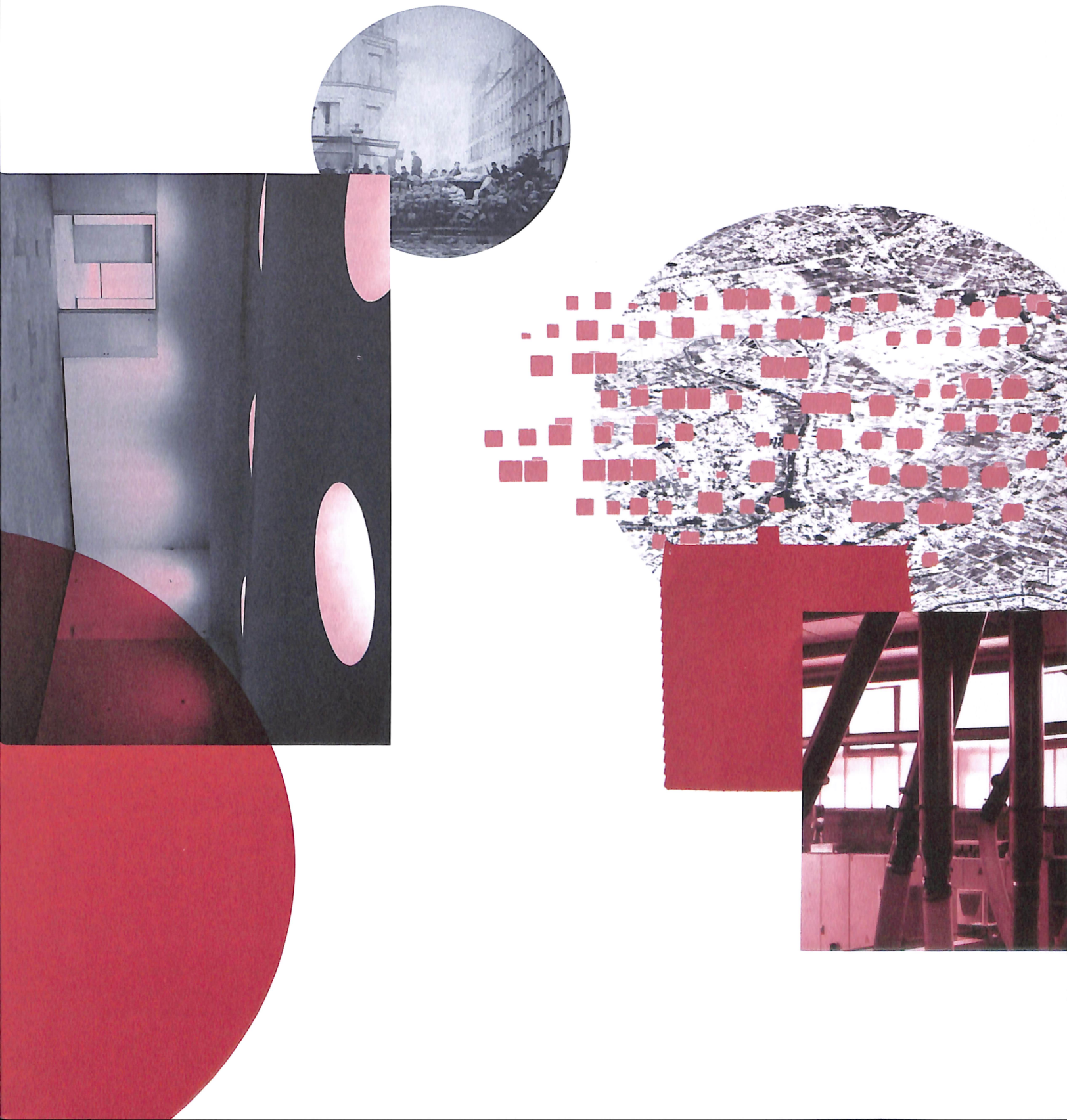
FAZIT

Es ist der Verdienst der *AKK*, im Rahmen der Suche nach einer Antwort auf die Organisierungsfrage auch die Auseinandersetzung um einen Totalitätsbegriff wieder anzustoßen, die da automatisch notwendig wird, wo der Klassenbegriff zu einer sinnvollen Geltung kommen soll. Dazu gehört auch eine schonungslose Befragung des kategorischen Anti-DogmatismuS. Das Manifest ist dazu ein wichtiger Schritt. Die Debatte, was eine angemessene Organisationsform ist, ist mit dem Manifest erneut ausgerufen und real. Bis auf weiteres aber, d. h. solange dieser Umbau weiterhin geschieht, wäre es wünschenswert, dass das Manifest als Strategiepapier anfängt, eine gewisse Verbindlichkeit auszustrahlen. Die *AKK* wäre möglicherweise gut damit beraten, nicht vor den Konsequenzen der eigenen theoretischen Arbeit zurückzuschrecken und ihre Rolle als Theoriearbeiter_innen ernst zu nehmen. Das hieße gerade die Verantwortung für einen Master-Plan zu übernehmen, die leider bereits in der Einleitung zu ihrem Papier zurückgewiesen wird.

Alex Struwe & Flo Geisler

*.lit

ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF (2015): *Der kommende Aufprall. Strategische Überlegungen auf der Suche nach der Reißleine.* Frankfurt am Main.



GLOSSAR-ARBEITSFELD

Das bürgerliche Feuilleton überschlug sich fast vor Begeisterung als 2010 das Pamphlet des französischen *Unsichtbaren Komitees* ins Deutsche übersetzt wurde. Sein Titel: *Der kommende Aufstand.*

Wie schon bei dem überschwänglich als ›Kommunistisches Manifest des 21. Jahrhunderts‹ gefeierten *Empire* von Hardt und Negri ist der Grund für die Begeisterung bei den Kopflangern und Mundstücken der herrschenden Klasse leicht zu erraten: Die wortreiche Umdeutung des Mangels an Organisation auf Seiten der Unterdrückten und Ausgebeuteten von einer realen Ohnmacht zu einer vermeintlich zeitgemäßen revolutionären Tugend.

Die Frankfurter Genoss_innen ihren strategischen Überlegungen hierauf anspielend den ironischen Titel *Der kommende Aufprall.* Es ist nicht anzunehmen, dass sie auf Seiten des Klassenfeindes einen vergleichbaren Beifall finden werden, denn mit dem *kommenden Aufprall* stellt sich die radikale Linke in Deutschland seit langem erstmals wieder die Organisationsfrage als eine Klassenfrage.

Der kommende Aufprall verweist in diesem Zusammenhang auf das Offenbacher *Sozialistische Büro (SB).*

Tatsächlich trat mit dem Arbeitsfeldansatz des *SB* eine Organisationsform in Erscheinung, die ebenso jenseits von sozialdemokratischer Massen- wie von leninistischer Kaderpartei liegt. Eine Organisationsform, die zugleich den in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer wieder spontan sich bildenden Räten eine Prozessgestalt gibt, welche über eine revolutionäre Situation und die einer solchen entsprechende Spontaneität der Massen hinausgeht.

Um es gleich zu sagen: Der *Arbeitsfeldansatz* blieb unentwickelt, weil das *SB* die beiden sich ihm bietenden historischen Chancen verpasste, um aus einem Sammelbecken undogmatischer Linker und einer Organisation des Übergangs, diese seine eigene Organisationsform als eine positiv bestimmte Alternative gegenüber den traditionellen Organisationen zu etablieren.

Das *SB* hatte sich bereits selbst überlebt, nachdem es weder in der Diskussion um die Gründung einer linkssozialistischen Partei Mitte der 1970er diesen Schritt zu machen wagte, noch dann, als es wenige Jahre später um eine einheitliche Organisierung der ›Neuen Sozialen Bewegungen‹ ging, die schließlich in der Gründung der *Grünen* mündete.

ARBEITSFELDANSATZ

Der Arbeitsfeldansatz des *SB* ist eine Organisationsform jenseits von Massen- und Kaderpartei.Das *SB* ist eine freie Assoziation Einzelner auf der Grundlage ihres gemeinsamen parteiischen Totalitäts- oder Klassenbewusstseins. Die Assoziierten sind keine Berufsrevolutionäre und ihre Vereinigung gründet nicht auf dem bloßen Bekenntnis zu einem festgeschriebenen Parteiprogramm. Ihr parteiisches Totalitäts- oder Klassenbewusstsein ist vielmehr eine Wissenschaft, deren Anwendung und Experiment die Praxis in den Arbeitsfeldern ist. Arbeitsfeld ist jeder Teilbereich in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion, in der ein ein_e Assoziierte_r des *SB* politisch arbeitet. Die Totalität gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion ist der arbeitsteilige Zusammenhang der Teilbereiche. Die gesellschaftlichen Gesamtarbeiter_innen sind die über jene Arbeitsteilung verbundenen lohnabhängig Beschäftigten. Jede_r einzelne Assoziierte stellt in Personalunion die Einheit von Totalitätsbewusstsein und konkreter, durch die Eigenart des jeweiligen Arbeitsfeldes bestimmter Praxis her.

Das *SB* als wiederum deren Einheit stellt daher tendenziell einen totalen Spiegel des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters dar, in dem alle Teilbereiche der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion auf ihre Totalität hin reflektiert werden. Die so im Spiegel des *SB* hergestellte Einheit des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters vermittelt sich nun ihrerseits über die Assoziierten den Arbeitsfeldern und den in diesen Arbeitsfeldern noch nicht klassenbewussten Lohnabhängigen. Diese Widerspiegelung ist ein hermeneutischer Prozess innerhalb dessen das anfänglich noch abstrakte Totalitätsbewusstsein der Assoziierten sich durch deren Praxis zunehmend konkretisiert.

Die politische Arbeit in den Arbeitsfeldern besteht also nicht in der Agitation und Propaganda eines Programms, sondern in der praktischen Kritik jener Interessen und Bedürfnisse der im jeweiligen Arbeitsfeld Beschäftigten vom Standpunkt der Totalität aus; und dies positiv durch die Artikulation der sich aus der Kritik ergebenden nunmehr aufgeklärten Interessen und radikalen Bedürfnisse, soweit diese dem Entwicklungsstand des *SB* und der Sozialisierung entsprechend gegen Staat und Kapital durchgesetzt und befriedigt werden können.

SOZIALISIERUNG

Die Organisierung in Arbeitsfeldern ist kein Mittel, um die politische Macht zu erobern. Ihr Zweck ist die einheitliche Assoziation der Gesamtarbeiter_innen zum gesellschaftlichen und historischen Subjekt und der Prozess der Sozialisierung selbst.

> »*Eine sozialistische Gesellschaft geht nicht mechanisch aus der Beseitigung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse hervor, sondern die sozialistische Bewegung muss neue sozialistische gesellschaftliche Formen und individuelle Verhaltensweisen entwickeln und einüben, die Emanzipation von Herrschaft und gesellschaftlicher Demokratie ermöglichen. [...] Eine Gesellschaft mit qualitativ neuen sozialen Beziehungen und neuen gesellschaftlichen Strukturen kann nicht in einem einmaligen revolutionären Akt entstehen*«, so müssen bereits im Verlauf der gesellschaftlichen Transformation »*partiell und der Tendenz nach Organisationsformen und Institutionen gesellschaftlicher Selbstbestimmung*« von »*den Massen der Lohnabhängigen bewußt geschaffen und gegen konterrevolutionäre Anschläge verteidigt werden*«. Es gilt »*sozioökonomische Machtpositionen*" zu erobern und »*wo möglich Sozialisierung von Teilbereichen der gesellschaftlichen Produktions- und Lebensverhältnisse*« zu erreichen, »*und zwar nicht nur von Bereichen, die infrastrukturelle Voraussetzungen der Kapitalverwertung sind, sondern auch und insbesondere von solchen Zitadellen ökonomischer Macht, die sich dynamisch entwickeln*« (SB 1971: 18ff.).

Der *Arbeitsfeldansatz* ist eine fraktale, dynamische und keine einfach pyramidale Räteorganisation, deren Aufbau sich nach dem jeweiligen Stand ihrer Entwicklung entsprechend verändern musS.

> »*Der Kampf um demokratische sozialistische Organisationsformen der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse, der Kampf um Freiheitsräume und Machtpositionen, um Gegenmacht im Rahmen des kapitalistischen Systems, kann auf Grund der Kräfteverhältnisse nicht überall gleichmäßig ansetzen, sondern muß auf auszuwählende Felder konzentriert werden. Kriterien für die Auswahl sind deren strategische Bedeutung und die Chance, wirksam werden zu können.*« (SB 1971: 19f.)

Die Hierarchie der Gewichtung der einzelnen Arbeitsfelder unterliegt somit den sich im Transformationsprozess verschiebenden Kräfteverhältnissen. Strategisch wichtige Felder aber sind, Produktion, Erziehung und Massenmedien.

THEORETISCHE AKTION

Mit Rücksicht auf den Entwicklungsstand der radikalen Linken hierzulande wäre allerdings der Arbeitsfeldansatz noch vor alledem und noch vor einer möglichen Neugründung des *SB* auf die noch disparaten politischen Arbeitsfelder der Linken anzuwenden.

Dringend notwendig wird dann eine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft als Totalität, die ihren Zusammenhang nicht mehr, wie noch das Marxsche *Kapital*, aus der Elementarform der Verdinglichung entwickelt, sondern, wie Marx es selbst gefordert hat, sie als einen Praxiszusammenhang darstellt, der aus der ›entfremdeten Arbeit‹ als einer Tätigkeitsform hervorgeht.

Denn nur wenn die Totalität theoretisch als Praxis begriffen wird, kann die Theorie selbst auch praktisch werden; kann sie durch die Praxis in den Arbeitsfeldern korrigiert werden, ohne zugleich empiristisch die Kategorie der Totalität einbüßen zu müssen.

Allein schon diese ›theoretische Aktion‹ ist nur kollektiv und organisiert zu bewältigen. Sie wäre ein erster Schritt.

*.lit

SOZIALISTCHES BÜRO (1971): *Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Thesen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro*, Offenbach am Main [ohne Jahreszahl].

NACHWORT

Von Zeit zu Zeit ist es für Politgruppen notwendig, einen Schritt von der eigenen Praxis zurückzutreten, um sie zu reflektieren und zu prüfen, ob sie tatsächlich verändernd in die (Vor-)Geschichte eingreift oder doch nur von dieser vor sich hergetrieben wird, um nicht weiter eingespielt und ratlos, dummmobilisiert und phantasielos in liebgewonnenen Ritualen zu verharren.

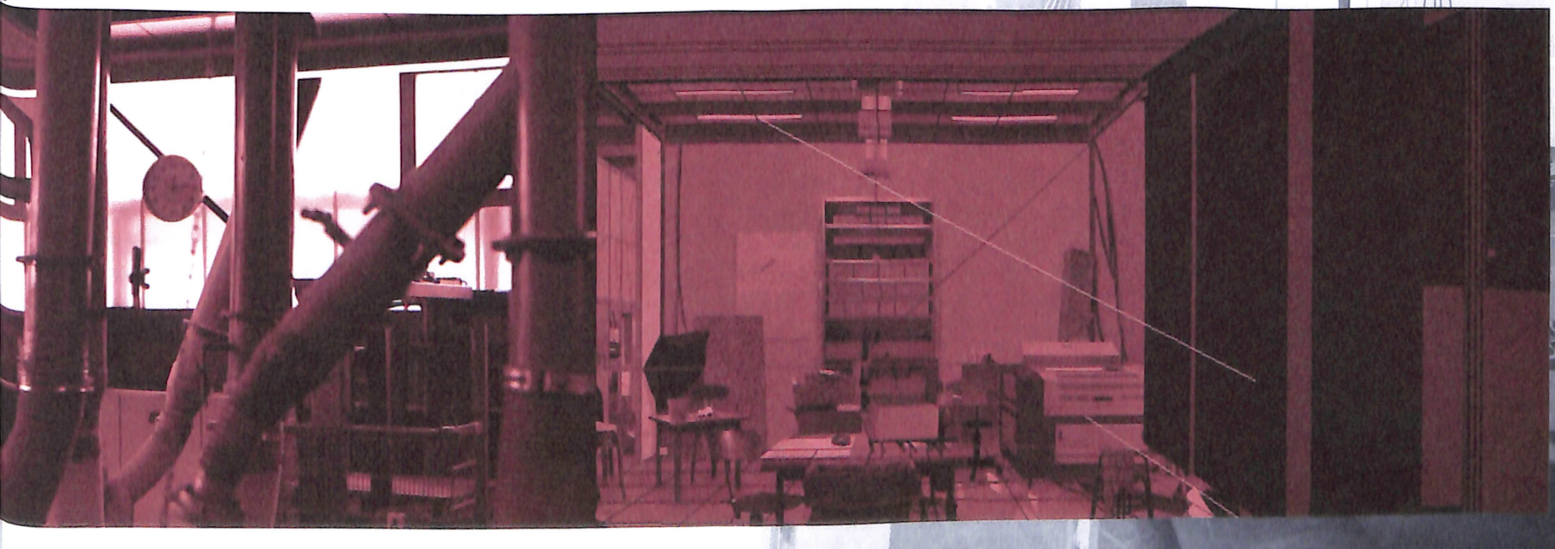
Mit unserem Papier *Der kommende Aufprall* wollten wir versuchen, ein paar Variationen, vergessene Instrumente und andere Betonungen in den linken Evergreen, der Frage nach einer sozialrevolutionären Strategie und Organisierung einzubringen. In diesem Nachtrag wollen wir nun zunächst auf die Kritik, die in den Beiträgen dieses Heftes an unserem Vorschlag formuliert wurde, eingehen. Diese Kritik bewegt sich vor allem auf theoretischer Ebene, was einerseits angesichts der geschichtlichen und inhaltlichen Tragweite der Thematik kaum überrascht, andererseits aber auch durch unser Papier provoziert wurde, kommt es doch alles andere als theoriearm daher. Das ist wohl auch der Grund für zwei Missverständnisse, mit denen wir häufig konfrontiert werden: Wir hatten erstens niemals den megalomanen Anspruch, eine umfassende Totalitätsanalyse oder ein Manifest zu schreiben. Das Papier ist Resultat einer Selbstverständigung, die das Ziel verfolgte, unserer Praxis einen neuen turn zu geben. Damit richtet es sich zweitens nicht an das breite Publikum der Lohnabhängigen, wie man aufgrund der von uns anvisierten Praxis vermuten könnte – dazu hätte es gewiss verständlicher geschrieben werden müssen – sondern an jene linksradikalen Gruppen, die in den vergangenen Jahren eine ähnliche Politik wie wir verfolgt und mit denen wir z.T. zusammengearbeitet haben und noch zusammenarbeiten. In diesen Kreisen wollten wir zu einer Debatte beitragen, die virulent wurde, nachdem die Krisenproteste in Europa abgeflaut waren, institutionalisiert und domestiziert wurden. Da diese Debatte noch lange nicht vorbei ist, versteht sich dieser Nachtrag zum Ende des Heftes nicht als Schluss, sondern als weiterführender Einwurf. In diesem Sinne wollen wir hier weniger praktische Lösungen festschreiben, sondern vielmehr – diese vorbereitend – die Umrisse wichtiger Problemstellungen schärfen.

TOTALITÄT

Einige Kritik gab es für den Totalitätsbegriff – und das wohl zu Recht. Sexistische, rassistische und nationalistische Herrschaftsverhältnisse wurden zwar erwähnt und die ehrliche Intention geäußert, sie nicht unter das Kapitalverhältnis zu subsumieren. Wie die Genoss_innen von der *translib* (*Der halbierte Blick*, in diesem Heft) gezeigt haben, ging das jedoch nicht so ganz auf. Zwar wollen wir nie behauptet haben, dass ›alle‹ sozialen Kämpfe Klassenkämpfe seien, wie uns das in ihrem Text vorgeworfen wird, ansonsten stimmen wir der Analyse jedoch zu. In unseren Bestimmungen fehlten die kulturellen und sozialpsychologischen Aspekte der Herrschaftsverhältnisse, die ihre eigenen Logiken haben und somit auch eigene Kampffelder innerhalb der Bewegung hin zum Kommunismus sein müssen. Dennoch wollen wir betonen, dass die patriarchale Geschlechterordnung in der bürgerlichen Gesellschaft eine spezifische Form annimmt, die durch die Trennung der Produktions- von der Reproduktionssphäre geprägt ist. Damit einher geht, dass ein immenses Volumen von unbezahlter Reproduktionsarbeit auf den Schultern von Frauen abgeladen wurde. U. a. dadurch, aber auch durch sozialpsychologische und kulturelle Mechanismen, sind das Kapital- und das Geschlechter-

verhältnis konstitutiv aufeinander verwiesen. Insofern ist das Geschlechterverhältnis ein kulturrevolutionäres Kampffeld, wie in *Der halbierte Blick* festgestellt wird, zugleich aber, wenn auch vermittelt, ein ökonomisches. Es scheint uns nicht zielführend hier, in Entweder-oder-Schemata zu denken, wie der Text es nahelegt. Mag eine Spaltung der Frauenbewegung von der kommunistischen Bewegung auch historisch begründet und begründbar sein, halten wir es für falsch, sie als eine »bis auf weiteres notwendige« zu adeln. Wenn sie sich nicht miteinander verbinden, werden letztlich beide scheitern – verbinden heißt dabei aber gerade nicht, einander Harmonie und Einigkeit vorzuspielen und Konflikte kleinzureden, sondern durch das Austragen von Konflikten gemeinsam weiter zu kommen. Historisch ließe sich dabei etwa an die Erfahrungen der *Mujeres Libres* anknüpfen, die innerhalb des Prozesses der sozialen Revolution in Spanien 1936 die Frage der Frauenbefreiung – teilweise auch gegen die *CNT* und *FAI* – praktisch anging und innerhalb der Revolution auf die Tagesordnung setzte.

Nehmen wir die Kritik aus *Der halbierte Blick* an unserem Totalitätsbegriff aber ernst, kann unserer Einschätzung nach nicht nur von zwei »Epizentren einer wirklichen Umwälzung« gesprochen werden, wie es in ihrem Beitrag heißt, andere Herrschaftsformen wie beispielsweise Rassismus und Imperialismus sind ebenso zentrale Kampffelder und müssen in das Verhältnis der Verhältnisse mit einbezogen werden. Wenn wir im *Aufprall* von Klassen- als Totalitätsbewusstsein sprachen, sollte dieser Aspekt – ohne das riesige Fass einer theoretisch ›sauberen‹ Verhältnisbestimmung verschiedener Herrschaftsformen aufzumachen – mitgedacht werden, denn eine Reflexion der eigenen Klassenposition beinhaltet eben auch eine Bestimmung der verschiedenen Differenzen, die es zwischen den Proletarisierten gibt. Herrschaftsförmige



Differenzen ergeben sich jedoch auch nicht nur aus rassistischen, sexistischen oder nationalchauvinistischen Herrschaftsverhältnissen, sondern auch aus anderen Formen der Positionierung, Klassifizierung und Fragmentierung der Klasse. In diesem Sinne nehmen wir auch die Kritik des Genossen von den *Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft* (FuFdkG, *Fragmentarisches zur Organisationsfrage*, in diesem Heft) an, es fehle an einer konkreten Analyse der Klassenzusammensetzung, sodass wir – wie auch die Genoss_innen der translib meinen – das Gemeinsame nicht konkret nachweisen, sondern lediglich beschwören können. Was aber folgt daraus? Für uns ist klar, dass der Schluss nicht sein kann, angesichts der vielfältigen Differenzen auf eine klassensolidarische Praxis und Organisierung zu verzichten, denn der Möglichkeit einer umfassenden Emanzipation wäre damit eine Absage erteilt. Die zentrale Frage, auf die wir in diesem Heft aber weder eine Antwort finden noch geben können, ist damit, wie diese Differenzen und die ihnen entsprechenden Interessensdivergenzen und Konflikte organisationspraktisch berücksichtigt und ausgetragen werden können – kurz: ›Wie lässt sich der Konflikt organisieren‹? Weitere Diskussionen in diese Richtung könnten an einer entsprechenden Erweiterung des Arbeitsfeldansatzes um Aspekte – wie das *Kollektiv* (*Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik, in diesem Heft*) formuliert – einer »revolutionären Kultur« ansetzen. Als »Spiegel des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters«, von dem das *Hans-Jürgen-Krahl-Institut* (Die höchste Form der Selbsttätigkeit ist ihre organisierte Form, in diesem Heft) schreibt, müsste eine nach Arbeitsfeldern gegliederte Organisierung nicht nur verschiedene Sektoren der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, sondern genauso die geschlechtlichen und rassistischen Herrschaftsverhältnisse sowie andere herrschaftsförmige Differenzen reflektieren und eine Kultur des solidarischen Streitens praktizieren.

THEORIE UND PRAXIS

Die Kritik am Totalitätsbegriff wirft darüber hinaus aber auch eine Meta-Frage auf: die nach dem Verhältnis von (Totalitäts-)Theorie und (Organisations-)Praxis. Ohne der regressiven Tendenz Tribut zu zollen, Theoriebildung unter die Kuratel der praktischen Anwendbarkeit zustellen, ist im Zusammenhang mit der Organisationsfrage dennoch zu diskutieren, in welchem Verhältnis Theorie und Praxis stehen – müssen diejenigen, die sich an einem Organisierungsprozess beteiligen, dasselbe Totalitätsverständnis haben und es ›fix und fertig‹ mitbringen? Wäre dem so, könnten wir einpacken. Unseres Erachtens bestünde die Aufgabe darin, auf der Grundlage einer theoretisch ›vorgebildeten‹ Sensibilität für die herrschaftsförmigen Differenzen organisatorisch einen Raum zu schaffen, in dem aus der praktischen Erfahrung und den Versuchen, solidarisch zu kämpfen, eine gemeinsame theoretische Reflexion derselben stattfinden kann. Der Prozess der Bildung eines Totalitätsbewusstseins muss also selbst Teil der Organisationspraxis sein. Damit stellt sich eine andere Herausforderung als die einer privatistischen Arbeit des Begriffs (die man sich erstmal leisten können muss): Es geht dann nicht um die Frage, wie der richtige Totalitätsbegriff aussieht, die sich tendenziell am bürgerlich-individualistischen und verdinglichten Modell der Wissensproduktion und Arbeitsteilung orientiert, sondern um die Frage, wie Prozesse nicht nur der praktischen, sondern auch der theoretischen Aneignung der Gesellschaft anders organisiert werden können als in einem Modus, in dem die herrschaftliche Trennung von Hand- und Kopfarbeit reproduziert wird.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der in *Fragmentarisches zur Organisationsfrage* eingeforderten Analyse der Klassenzusammensetzung. Solche Analysen wären natürlich wünschenswert, aber welchen Stellenwert könnte sie für die Entwicklung einer sozialrevolutionären Strategie haben? Würde sie als von der Praxis getrenntes, ›wissenschaftliches‹ Erkenntnisprojekt mehr liefern als die – gewiss nicht unwichtige – Einsicht, warum es kaum Praktiken der Klassensolidarität gibt? Könnte sie mehr als eine Begründung für einen »ultra-mattickistischen Objektivismus« (*Fragmentarisches zur Organisationsfrage, in diesem Heft*) liefern? In *Der kommende Aufprall* haben wir versucht einen Modus der Klassenanalyse einzufordern, der wiederum bei den konkreten Problemen der Praxis ansetzt und dadurch ›Erkenntnis und Interesse‹ vermittelt:

> *»Durch die Versuche, die Durchsetzung der eigenen Interessen mit der Durchsetzung anderer Interessen – die auch durchaus gegensätzlich sein können – zusammenzuführen, entstehen praktisch motivierte Fragen nach realen Trennungs- und Verbindungslinien zwischen den Kämpfenden im gesellschaftlichen Funktionszusammenhang.« (AKK 2015: 22)*

In den praktischen Versuchen einer Klassensolidarität entsteht bei den Subjekten selbst ein Interesse an Klassen- und Totalitätsanalyse, sodass sie nicht mit einem ihnen äußerlichen, wissenschaftlichen Wissen gefüttert werden müssen. In diesem Modus der ›Wissensproduktion‹ wäre Selbst- und Weltveränderung konkret vermittelt mit Selbst- und WelterkenntniS.

Kurz: Es stellt sich für die Organisationsdebatte insgesamt die Meta-Frage, wie weitgehend theoretische Klärungsprozesse stattgefunden haben müssen, bevor mit einer gemeinsamen Organisationspraxis begonnen werden kann. Es geht um das alte Henne-Ei-Problem – und das ist keine sprichwörtliche Verniedlichung, sondern soll darauf hinweisen, dass dieses Problem nicht theoretisch zu lösen ist. Letztlich braucht es irgendwann den Sprung ins (teilweise) ungeklärte Wasser, denn sonst folgt, wie auf so viele Organisationsdebatten – nichts. Deswegen kann, wie es im Eingangszitat von Camus in *Der kommende Aufprall* heißt, »jedes geschichtliche Unternehmen [...] *nur ein mehr oder weniger vernünftiges und begründetes* Abenteuer sein. Zuerst jedoch ein Wagnis.«

LASST HUNDERT BLUMEN BLÜHEN!

Auch das *Kollektiv* kritisiert, dass durch unseren Fokus auf ökonomische und politische Kämpfe die Umgestaltung der kulturellen Verhältnisse in den Hintergrund rückt. Sicherlich liegt darauf nicht der Fokus des Papiers, allerdings ließe sich unser Bezug auf die Bedürfnisstrukturen in eine kulturrevolutionäre Richtung weiterentwickeln, denn diese sind nicht einfach nur durch eine irgendwie geartete ›ökonomische Basis‹ oder politische und ökonomische Kämpfe bestimmt, auch ›symbolische Gewalt‹ und kulturell bedingte Praktiken strukturieren die Herrschaft, in der zu leben wir gezwungen sind. In diesem Sinne haben wir geschrieben: Die »Bedürfnis- und Bewusstseinsstrukturen [der lohnabhängigen Klasse] sowie ihr [besser: unser] Alltagsleben müssen […] untrennbarer Teil einer sozialrevolutionären Strategie und Praxis sein« (AKK 2015: 12). Dies gibt auch Anlass dazu, die eigene Subjektivität und ihre Reproduktionsbedingungen zu reflektieren und zu politisieren.

Um die Diskussion darüber, wie das geschehen könnte, zu strukturieren, scheint es uns sinnvoll, im Anschluss an das *Kollektiv* das weite Feld des Auf- und Ausbaus von Strukturen der Selbstorganisation vom Aufbau einer überregionalen, sozialrevolutionären Organisation zu unterscheiden (vgl. Kollektiv 2015: 8). Damit lässt sich auch die Organisationsfrage im engeren Sinne von der in vielerlei Hinsicht über sie hinausgehenden Frage einer sozialrevolutionären Strategie trennen, die Prozesse der Selbstorganisation vorantreibt. Letztere muss auch jene Dimensionen des Alltäglichen erfassen, die zwar in Zusammenhang mit kapitalistischer Verwertungslogik stehen, in einer Fokussierung auf politisch-ökonomische Zusammenhänge jedoch nicht ausreichend erfasst werden können. Bestandteil einer sozialrevolutionären Strategie wäre es damit, wie Emanuel Kapfinger (*Die Räteorganisation ist kommunistische Produktion ist Kulturrevolution*, in diesem Heft) schreibt, »der Reproduktion des bürgerlichen Individuums seine Voraussetzungen zu entziehen«. Um die Transformation des Alltäglichen praktisch zu machen, gilt es konkrete, kulturell bestimmte Formen in den Blick zu nehmen: Wohnformen, Geschlechternormen, Familienformen, individuelle Konsumgestaltung wie auch das Privateigentum am Kind lassen sich als Felder dieser Auseinandersetzung denken. Gerade in der vermeintlich privaten Sphäre der Kleinfamilie verschränken sich die oben genannten Aspekte in ihrer radikalsten Form. Selbstorganisation im Bereich dieser Reproduktionsstrukturen hätte das Potential, tief verwurzelte kulturelle Muster aufzubrechen, die unsere Bedürfnisstrukturen durchziehen. Durch Selbstorganisation entlang verschiedener sozialer Reproduktionsbedürfnisse können Räume geschaffen werden, in denen das Zwischenmenschliche und Alltägliche einen Wandel erfährt. Hier können bspw. in Stadtteilinitiativen die individuelle Isolation durchbrochen und (Existenz-)Ängste gemeinsam aufgefangen werden. Derartige Kämpfe ließen sich als spezifische Arbeitsfelder in die überregionale, revolutionäre Organisation einbeziehen und zueinander ins Verhältnis setzen.

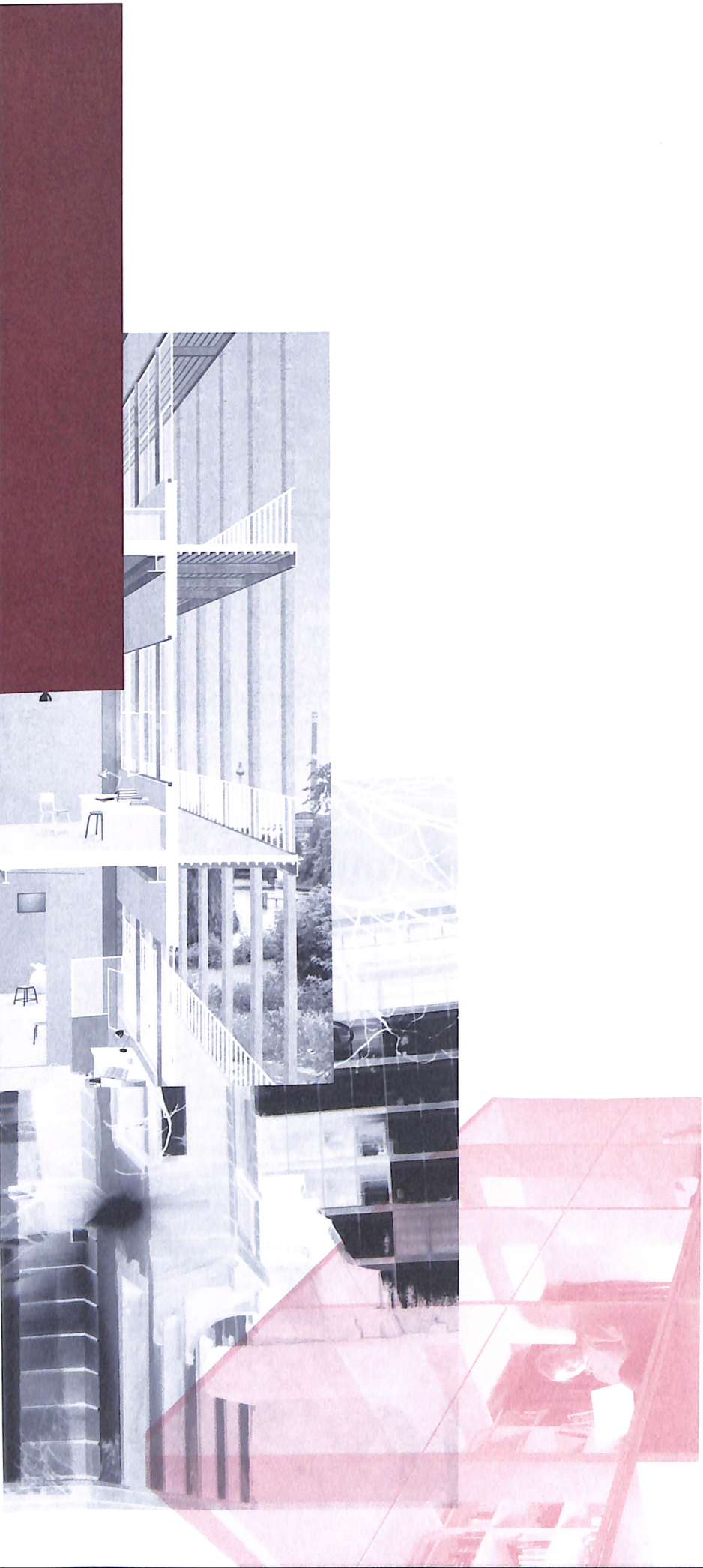
ORGANISATION UND REVOLUTION

Mit Nachdruck wird in *Fragmentarisches zur Organisationsfrage* darauf hingewiesen, dass »das Fehlen einer übergreifenden proletarischen Kampfperspektive […] nicht bloß auf ein Strategiedefizit […] der Linken zurückgeführt werden« kann. Wir geben zu, dass unser Papier einen gewissen Hang zu einem solchen Organisationsoptimismus hat – als könnte man eine großflächige Bewegung der Selbstorganisierung aus der Taufe heben, wenn man den richtigen Hebel respektive Organisationsansatz gefunden hat. Dennoch scheint uns der »ultra-mattickistische Objektivismus« im Text zu einem Attentismus zu tendieren – ein Vorwurf, mit dem ja durchaus kokettiert wird. Doch nur, weil es den richtigen Hebel nicht gibt, heißt das nicht, dass die radikale Linke nicht einiges besser machen könnte. Zum einen, und darauf heben wir bereits in unserem Strategievorschlag ab, kann es gerade nicht darum gehen, sich als aparte linke Politgruppe zu begreifen – der Anspruch aufs ›selber machen‹, auf unsere Organisierung entlang unserer eigenen Konfliktzonen und Lebensrealitäten, gilt auch und muss auch für politisch organisierte Linke gelten. Wie können wir von anderen fordern, sie sollten Kämpfe in ihrem – sei's privaten, sei's beruflichen – Alltag führen, wenn wir das selbst nicht tun?

Wir machen Gebrauchsgrafik.

Und gestalten zum Beispiel diese Zeitschrift.
Und Bücher. Und Plakate, Flyer, Broschüren, Websites,
Logos, Geschäftsausstattungen. Und, und, und…

INSTITUT FÜR GEBRAUCHSGRAFIK



Zugleich ist es wichtig, dass Politgruppen im Vorlauf zu einer Bewegung der Selbstorganisierung bestimmte Aufgaben übernehmen. Nicht, um dadurch Selbstorganisierung hervorzubringen, sondern sie zu erleichtern, ihre Verbreitung zu fördern und auf ihre Stabilisierung hinzuwirken. Hierzu verweisen wir zunächst auf den Text des *Kollektiv*, demzufolge es die Aufgabe von Politgruppen ist, Wissen, Praxiserfahrungen und gesellschaftskritische Begriffe zu vermitteln, und andererseits eine solidarische, abrufbare Infrastruktur aufzubauen.

Darüber hinaus sehen wir noch eine weitere Aufgabe für Politgruppen. Wenn – wie in der BRD seit langem – kaum je sichtbar wird, dass Selbstorganisierung möglich ist und zum Erfolg führen kann, werden die Menschen wenig Zuversicht und Mut haben, ihre Resignation und Angst zu überwinden. Daher muss es darum gehen, auf konkrete Basisorganisierungen hinzuwirken, indem etwa Gesprächsräume geschaffen werden und für Konflikte Unterstützung angeboten wird. Erfolgreiche Kämpfe können dann Modelle sein, die die Menschen inspirieren und ihnen Ideen für die eigene Vorgehensweise und Organisierung an die Hand geben. Solche Modelle zeigen ganz handgreiflich, dass es funktionieren kann, und dass es einfach völlig sinnvoll ist, sich zusammenzutun und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Emanuel weist zurecht daraufhin, dass wir in *Der kommende Aufprall* die Frage nichtkapitalistischer Produktionsbeziehungen gegenüber einer Gegenmacht im Bestehenden fast völlig an den Rand drängen. Wir hatten uns auf die Feststellung beschränkt, dass diese Gegenmacht – als Selbstorganisierung – bereits als »Keim einer […] umfassenden gesellschaftlichen Selbstverwaltung fungieren« kann. Für die weitere Organisationsdebatte zu diskutieren wäre, wie heutige Selbstorganisierung und kommunistische Produktion konkret aufeinander zu beziehen und gemeinsam aufzubauen wären. Dazu hier einige erste Gedanken.

Das *Hans-Jürgen-Krahl-Institut* umreißt in seinem Text folgenden Ansatz für diese Verbindung unter Bezugnahme auf den Arbeitsfeldansatz des *Sozialistischen Büros*: Dessen Besonderheit liege »darin, kein Mittel zu sein, einen außer ihm liegenden Zweck zu erreichen, etwa traditionell die Eroberung der Staatsmacht; er ist eine Prozessgestalt.« Die Organisation der Arbeitsfelder wälzt dabei die bürgerliche Gesellschaft »als ›Organisator eines Produktionszusammenhangs‹ um.« Dies lässt sich auf die ersten beiden Ebenen unseres Strategievorschlags übertragen. Die Basisorganisierung (Ebene 1) dient zunächst dazu, sich etwa durch Streikmacht unerträglichen Arbeitsbedingungen zu widersetzen, kann in der Tendenz aber die Organisation des Betriebs durch die Belegschaft selbst kontrollieren. Und während die überregionale Vernetzung (Ebene 2) heute vor allem zu branchenübergreifender Streiksolidarität und zum politischen Streik mobilisieren soll, könnte sie in der Tendenz den ökonomischen Zusammenhang zwischen den Betrieben politisch regulieren.

Umgekehrt kann sich die heutige, auf Gegenmacht ausgerichtete Selbstorganisierung nicht allein entlang ausschließender Interessen wie Lohnerhöhungen entwickeln. In sie muss die Perspektive auf die kommunistische Produktion, und damit der Zusammenhang der Konsumierenden mit den Produzierenden und ihren Bedürfnissen, mit eingebunden werden. So war beispw. der Charité-Streik insofern gesellschaftlich, als er das Patientenwohl mit den Interessen der Pflegekräfte verbunden hatte.

STAAT ODER REVOLUTION

Unser strategischer Punkt, an konkreten Bedürfnissen und Interessen der Lohnabhängigen anzusetzen und über sich hinauszutreiben, wirft allerdings die Frage auf, wie das Verhältnis zu jenen Apparaten aussieht, die ebenfalls beanspruchen, die Interessen der Lohnabhängigen zu repräsentieren, also vor allem zu Gewerkschaften und Parteien.

Es ist anzunehmen, dass ein Großteil der deutschen Arbeiter_innenklasse davon ausgeht, dass die legitime Variante, Lohn- und Arbeitskämpfe auszutragen, darin besteht, sich an die *DGB*-Gewerkschaften zu wenden – und umgekehrt halten diese an ihrem Repräsentationsanspruch fest. Auch wenn unser Vorschlag dem Repräsentationsprinzip der Gewerkschaften entgegengesetzt ist, müssen wir also, wollen wir in bestehende Arbeitskämpfe intervenieren, notwendig ein taktisches Verhältnis zu den *DGB*-Gewerkschaften entwickeln. Diese Frage zu umgehen, wäre nicht viel mehr als ein abstraktes Nichtverhalten. Ein taktisches Verhältnis, also ein Verhältnis, das die vorhandenen Kräfte vergrößert und da gezielt einsetzt, wo es dem Feind wehtut, das bedeutet, dass das Ziel, die Selbsttätigkeit der Beschäftigten zu unterstützen, klar im Vordergrund steht und solange das mit den *DGB*-Gewerkschaften geht, auch nicht ›dogmatisch‹ gegen diese agiert zu werden braucht. Dort aber, wo Gewerkschaften kampfbereite Belegschaften zur Raison rufen wollen und nicht mehr helfen, ihre Forderungen umzusetzen, oder gar als Streikbrecher_innen agieren, gilt es, klar für die Belegschaften Partei zu ergreifen. In derartigen Situationen bietet es sich auch an, eine Kritik am sozialpartnerschaftlichen Charakter der *DGB*-Gewerkschaften zu verbreiten und auf ihre strukturellen Grenzen hinzuweisen. Ziel muss es also sein, nicht die Zusammenarbeit mit Funktionär_innen zu suchen oder sich als unbezahlter Organizer für Gewerkschaften zu betätigen, sondern taktisch dort die Zusammenarbeit mit der organisierten Basis zu suchen, wo die Gewerkschaft selbst gar kein Interesse an einer scharf geführten Auseinandersetzung hat, während die Basis bereit ist für solch einen Kampf. Selbst wenn am Ende ›nur‹ eine gütliche Einigung stünde, so steht doch unverbrüchlich die Erfahrung, dass der Erfolg nicht dem Verhandlungsgeschick eines_einer Gewerkschaftsvertreter_in zu verdanken ist, sondern dem Selbsttätigwerden in der Geschichte. Erfolgskriterium ist also zunächst nicht, ob im Streik Lohnerhöhungen oder andere Forderungen durchgesetzt werden können, sondern die Frage, inwiefern das Erreichen konkreter Verbesserungen auf einer massenhaften Assoziation der Lohnabhängigen beruht und nicht auf Repräsentation, dem Modus des Klassenkompromisses und der Stilllegung jeglichen Kampfeswillens des Proletariats. Die wichtigste Frage aber ist letztlich gar nicht die nach dem taktischen Verhältnis zu irgendwelchen *DGB*-Gewerkschaften, sondern die Frage der Strategie der Selbstorganisierung der Lohnabhängigen und welche Rolle die radikale Linke bei Selbstorganisierungsprozessen innerhalb von Lohnkämpfen einnehmen könnte. Deswegen ist der Fokus unserer Auseinandersetzung nicht, und sollte auch nicht die zentrale Streitfrage werden, Gewerkschaften vorzuwerfen, dass sie Gewerkschaften sind und als solche handeln.

Entschieden kritisiert werden muss auch die Auffassung, der Staat könne in irgendeiner Weise in ein Werkzeug der proletarischen Emanzipation verwandelt werden. Dass es in konkreten Fällen besser ist, wenn eine Regierung den Mindestlohn durchsetzt oder die freie Wahl des Geschlechts auf dem Ausweis erlaubt, ist keine Frage, bedeutet im Umkehrschluss aber keineswegs, dass es unser Job ist, Forderungen an den Staat zu stellen und zu versuchen, diese durch die Verschiebung von Hegemonie umzusetzen. Deshalb halten wir es auch für einen Kurzschluss, uns ein Amalgam aus »Habermas'schem (Stichwort Legitimität von Protest und Legitimationsprobleme des Staats) und postmarxistischem (Stichwort hegemoniale Verschiebungen) Denken« unterzuschieben, wie Flo und Alex (*Klasse, Organisation und Determination,* in diesem Heft) das tun. Wer von der Destruktion von staatlicher Legitimität spricht, hat noch lange nicht Habermas gesagt. Und mit Gegenmacht meinen wir nicht Gegenhegemonie (sonst hätten wir das geschrieben), die immer auf eine Verankerung innerhalb der Staatsapparate angewiesen ist. Auch wenn wir an den konkreten Interessen der Lohnabhängigen ansetzen wollen, gilt weiterhin, was Krahl 1968 festhielt:

> *»Erfolge und Niederlage einer Aktion bemessen sich für eine Bewegung, die in toto den legitimen Anspruch auf Revolution stellt, konkret in der Regel nicht an den unmittelbaren positiven Zugeständnissen, welche den Herrschenden in direkter Aktion abgetrotzt werden, sondern an der quantitativen und klassenspezifischen Verbreiterung der Massenbasis und mehr noch deren qualitativer Organisierung.«* (Krahl 2008: 282)

Der Selbstorganisierungsprozess, wie er uns vorschwebt, drängt seinem Wesen nach gerade über den Staat hinaus, zumal dort, wo er mehr bedeutet als eine reine Notwendigkeit der Selbstversorgung in Bereichen, aus denen der Staat sich, wie zuletzt in Griechenland besonders krass, zurückzieht; dort also, wo Selbstorganisierung nicht als Abwehrkampf lediglich den Mangel verwaltet, sondern einen emanzipatorischen Prozess in Gang setzt. Sie versetzt uns in die Lage, an der materiellen Basis Macht zu entfalten und ist dadurch eine wirkliche Gegenmacht und nicht eine

Verschiebung auf der Ebene des Diskurses. Insofern ist die Frage eben ›auch‹ ein Organisationsproblem, denn eine klassisch-repräsentative Gewerkschaft oder eine bürgerliche Partei zu gründen hieße, von falschen theoretischen Annahmen ausgehend eine falsche Form der Organisierung einzugehen und sich die ganzen inneren Widersprüchlichkeiten und Grenzen dieser Organisationsformen mit einzuhandeln.

DEN WIDERSPRUCH ORGANISIEREN!

Verständigung über die angesprochenen theoretischen Fragen und Probleme ist wichtig – doch auch hier gilt: Die Wahrheit ist immer konkret. Welche der denkbaren Strategie- und Organisationsansätze ›erfolgsversprechend‹ sind, wird sich letztlich in der Praxis erweisen müssen. Um die Organisationsfrage unter diesem Fokus zu diskutieren, haben wir im *Aufprall* versucht, einen möglichst konkreten Vorschlag in Form eines Drei-Schritte-Plans zu machen. Dass wir dabei, nicht ohne einen Anflug von Selbstironie, von einem Büro geredet haben, wurde uns als technizistische Verkürzung vorgehalten. Dabei ging es uns jedoch nicht um eine Servicestelle für Klassenkampfbedarf, mit Adressstempel und Auftragsnummer. Es sollte vielmehr zusammengefasst werden, welche Aufgaben eine Organisation übernehmen müsste, wenn sie ernsthaft selbstorganisierte Kämpfe hier und heute unterstützen und nicht durch bloße ›Vereinsarbeit‹ blockieren soll. So lebhaft die Strategiefrage momentan auch diskutiert werden mag, stellt dieser Aspekt unserer Einschätzung nach eine der größten Leerstellen der Diskussion dar. Organisationsbestrebungen werden nur dann überzeugen können, wenn die Kämpfenden sehen und spüren, dass sie einen Sinn haben.

Insgesamt scheint es uns darüber hinaus wichtig, den Fokus darauf zu richten, mit welchen Widersprüchen sozialrevolutionäre Organisierung heute umgehen muss, sowohl – wie eben angesprochen – ›intern‹ als auch in der ›nach außen‹ gerichteten klassensolidarischen Praxis. Wie schaffen wir es, in Kämpfen um ganz konkrete Verbesserungen den Keim von Widerständigkeit und Selbstorganisation zu pflanzen? Wie können wir die konkreten Probleme der Kämpfenden ernst nehmen und dennoch für sozialrevolutionäre Umwälzung eintreten? Wie schaffen wir es, in Kämpfe hineinzuwirken, ohne uns als Avantgarde aufzuspielen, aber dennoch klar zu sagen, was wir für richtig und für falsch halten? Wie vermeiden wir es, beispielsweise wenn es darum geht, Arbeitskämpfe zu unterstützen, an denen auch Gewerkschaften beteiligt sind, lediglich als deren ›ehrenamtliche Organizer‹ zu fungieren? Dafür, wie mit solchen Problemen umzugehen ist, gibt es keine bloß theoretisch auszuheckenden Patentrezepte. Sie müssen in den jeweiligen Situationen stets neu reflektiert werden. Letztlich ist es nicht die Arbeit des Begriffs, die derartige reale Widersprüche aus der Welt schaffen kann, diese müssen vielmehr praktisch auf verschiedenen Terrains des Aufbaus selbstorganisierter Strukturen angegangen, hierzu aber auch gemeinsam reflektiert werden. Ein solches ›Widerspruchsbewusstsein‹, ein Blick für die emanzipatorischen Potentiale sozialer Auseinandersetzungen ebenso wie für Mechanismen der Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse, kann uns als Bestandteil des Totalitätsbewusstseins davor bewahren, zwischen überzogenen Hoffnungen und bleierner Resignation zu wählen.

Wir hoffen, mit diesem Heft einen kleinen Beitrag zur weiteren Diskussion geliefert zu haben und sie in größeren Kreisen weiterführen zu können. Streiten wir uns, solidarisieren wir uns, organisieren wir uns! Seien wir realistisch, tun wir das uns mögliche.

Antifa Kritik und Klassenkampf

*.lit

ANTIFA KRITIK UND KLASSENKAMPF (2015): *Der kommende Aufprall. Strategische Überlegungen auf der Suche nach der Reißleine.* Frankfurt am Main.

KOLLEKTIV BREMEN (2016): *Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik – Kritik und Perspektiven um Organisierung und revolutionäre Praxis.* Bremen.

KRAHL, HANS-JÜRGEN (2008): *Konstitution und Klassenkampf: zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution; Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966 – 1970.* Frankfurt am Main

R-W-G'

diskus
KOLLEKTIVITÄTEN

STADT STATT STADT
diskus

diskus
...wenn man trotzdem lacht.

diskus
Studieren nach Auschwitz.

diskus
Take your Time

diskus
Jenseits des Hauptwiderspruchs
...die Nebenwidersprüche antworten uns Ganze!

diskus
fun factory

diskus
... singing in the rain

diskus
Das Private ist privat

diskus
SÜPER

diskus

diskus
bzw 2
beziehungsweisen

diskus
bzw.

diskus
KLASSEN
mASSEN
sitzen
LASSEN

diskus
gut aufgehoben?

diskus

diskus
Sonderheft
Gegen hegemonie

diskus
frankfurt_m
map your town

diskus
simulate

abo? backissues?
Alte Ausgaben gibts bei uns auf Nachfrage, das Abo mit 4 Ausgaben ebenso.

diskus
Mertonstraße 26-28
60325 Frankfurt

IMPRESSUM

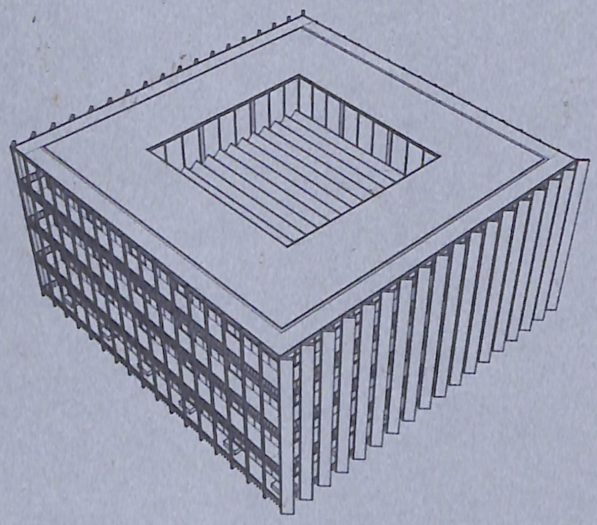
diskus Frankfurter Student_innenzeitschrift
Heft Nr. 1.16, Dezember 2016, 55. Jahrgang
***.address:** Mertonstraße 26-28, 60325 Frankfurt, Mittwochs 20 – 22 Uhr
***.mail:** diskus@copyriot.com
***.www:** diskus.copyriot.com

Herausgeber_innen: Alex Struwe, Carina Klugbauer, Christian Sperneac-Wolfer, Felix Lang, Freya Kurek, Hannah Hecker, Johannes Lütkepohl, Oliver Linnenbach (V.i.S. d.P.)
Redaktion: Christian-Sperneac-Wolfer, Felix Lang, Freya Kurek, Hannah Hecker, Johannes Lütkepohl, Jonas Balzer, Thomas Hirschlein, Jasmin Klotz, Patrick Korchmar, Stella Schäfer, Christoph Sommer
Heftredaktion: Antifa Kritik & Klassenkampf
Gestaltung & Satz: Institut für Gebrauchsgrafik, Frankfurt am Main & Nora Mohr
Bildkonzept / Collage: Realism Working Group

> Seit 2008 existiert die Realism Working Group als Zusammenhang von Kunstproduzent*innen in Frankfurt am Main. Wir organisieren uns in Workshops, Forschungsprojekten und Kunstbetriebsversammlungen. Worum es uns geht ist realistische Millieubildung gegen den opportunen Regress postmoderner Rackets innerhalb und ausserhalb der Kunst. Realismus verstehen wir dabei als radikale Erweiterung des eigenen Standpunkts, persönlicher Blickwinkel, selbständiger Arbeitsverhältnisse und autonomer Geschmacksfragen – *www.realismworkinggroup.org*

Belichtung & Druck: Kartenhaus Kollektiv Grafische Dienste GmbH, Regensburg
Auflage: Sechstausend
Erscheinungsweise: Halbjährlich
Preis: Bis Offenbach gratis – auswärts 2,5 Euro

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in der Verantwortung der Autor_innen

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG